



**Aktualisiert,  
Neueintragungen,  
neues Schulgesetz !**

**Vorschau:  
Bundesteilhabegesetz  
(BTHG) !**

# **LEBEN MIT BEHINDERUNG**

**Ein Ratgeber der Stadt Mannheim**



# **Leben mit Behinderung**

**Ein Ratgeber der Stadt Mannheim**

Herausgeber: Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales  
In Abstimmung mit:  
Stadt Mannheim, Beauftragte für die Belange von  
Menschen mit Behinderungen

Text und Gestaltung: Stefan Rodrian  
 0621 293 34 48  
stefan.rodrian@mannheim.de

Titelmotiv: „WickelDing“ - Objekt von Ralf Betz (2011)

Kontakt: Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,  
Abteilung Sozialplanung und Psychiatriekoordination  
T1, 1-2  
68165 Mannheim

Stand: 05 2017

Als PDF-Dokument:  
[www.mannheim.de/buerger-sein/download](http://www.mannheim.de/buerger-sein/download)

Druck: Hausdruckerei der Stadt Mannheim

## Vorwort



Michael Grötsch



Hermann Genz

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit dem vorliegenden Ratgeber „Leben mit Behinderung“ bieten wir Ihnen eine umfassende Übersicht über das für Menschen mit Behinderung, deren Angehörige und Nahestehende in unserer Stadt bestehende Angebot an Unterstützung, Beratung, Interessenvertretung und Hilfe unterschiedlichster Art.

Erläuterungen grundlegender Begriffe und Zusammenhänge aus dem Sozialrecht sollen Ihnen die bestmögliche Nutzung der gegebenen Möglichkeiten erleichtern. Mit praxisbezogenen Hinweisen zu typischen Problemlagen hoffen wir, Ihnen Zeit, Mühe und Sorgen zu ersparen.

Darüber hinaus möchten wir Sie über wichtige Reformziele der Stadt Mannheim im Sinne der Inklusion von Menschen mit Behinderung informieren.

Die Bundesregierung hat mit dem *Bundesteilhabegesetz (BTHG)* eine Reform der Eingliederungshilfe eingeleitet, die ab 2017 wichtige Veränderungen ermöglicht und bis 2020/2023 vollständig in Kraft tritt, hierzu finden Sie (in den gestrichelten Kästen) Hinweise.

Michael Grötsch

Bürgermeister  
für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Kultur

Hermann Genz

Leiter des Fachbereichs  
Arbeit und Soziales

## **Grußwort**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Dank dieses überarbeiteten Ratgebers sind Sie in der Lage, sich selbst einen Überblick zu verschaffen: Wer kann mir wo und in welcher Form mit Rat und Tat zur Seite stehen?

Dies ist wichtig, denn im Mittelpunkt steht – im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention – dass Menschen mit Behinderung umfassend am Leben in dieser Stadt teilhaben können. Dazu gehört auch, dass Informationen umfassend zugänglich sind.

Sie finden in diesem Ratgeber nicht nur ein ausführliches, thematisch aufgebautes Verzeichnis einschlägiger Einrichtungen, Behörden, Organisationen und Vereine mit einer Vielzahl von Detailangaben, sondern wir haben uns auch bemüht, einige sozialrechtliche Sachverhalte in kompakter Form zu erläutern.

Neben den persönlichen Rechtsansprüchen und Beratungsmöglichkeiten ist mir wichtig, dass Interessierte am regelmäßigen Forum Behinderung (siehe Abschnitt 10.3) mitwirken können, sie in Selbsthilfegruppen Gleichgesinnte finden und im Arbeits- und/oder Vereinsleben der Stadtgesellschaft dabei sind. Sie tragen damit zur Vielfalt unserer Stadt bei und das erst macht zusammen einen inklusive, vielfältige Stadt aus.

Ich danke all den Akteuren der Stadtgesellschaft, die dazu beitragen, dass Menschen mit Behinderung heute und in Zukunft Wunsch- und Wahlmöglichkeiten haben, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Damit kommen wir unserem gemeinsamen Ziel „Nicht ohne uns über uns“ ein Stück näher!

Mein Respekt gilt all denjenigen, die sich einsetzen für ein Zusammenleben in Vielfalt. Sei es ehrenamtlich in Vereinen, z. B. in der Alltagsassistenz, als Experten und Expertinnen in eigener Sache in Beratungssituationen und als hauptamtliche Mitarbeitende, die Menschen mit Behinderung unterstützen, ihr Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.

Ursula Frenz

Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen

(Meine Kontaktdaten finden Sie in den Abschnitten 1 und 10.3)

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
1 Leben mit Behinderung .....	11
1.1 Was ist eine Behinderung? .....	12
1.2 Arten der Behinderung .....	13
1.3 Amtliche Anerkennung einer Behinderung .....	14
1.3.1 Schwerbehindertenausweis .....	16
1.3.2 Merkzeichen .....	16
1.4 Schutz vor Gewalt und Missbrauch, Unterbringungsbeschluss .....	18
1.4.1 Häusliche Gewalt .....	20
1.4.2 Besondere Hilfestrukturen für bedrohte Frauen .....	22
1.4.3 Unterbringungsbeschluss („Zwangseinweisung“) .....	25
1.5 Rechtliche Betreuung .....	26
1.5.1 Wie kommt es zu einer rechtlichen Betreuung? .....	27
1.5.2 Betreuungsbehörde .....	27
1.5.3 Arten von Betreuerinnen und Betreuern .....	28
1.5.4 Betreuungsvereine .....	29
1.5.5 Vorsorgevollmacht statt rechtlicher Betreuung .....	30
1.6 Allgemeine persönliche Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung .....	30
1.6.1 Einkommensteuer .....	30
1.6.2 Kraftfahrzeugsteuer .....	32
1.6.3 Hundesteuer .....	34
1.6.4 Kindergeld für Kinder mit Behinderung über 25 Jahre .....	34
1.6.5 Rundfunkbeitrag, Befreiung, Ermäßigung .....	37
1.6.6 Gesetzliche Krankenversicherung .....	40
1.6.7 Unentgeltliche Beförderung von Menschen mit Mobilitätseinschränkung und von Begleitpersonen .....	42
1.6.8 Freibeträge nach dem Wohngeldgesetz .....	43
1.7 Persönliche Nachteilsausgleiche für abhängig Beschäftigte mit Behinderung .....	43
1.7.1 Beschäftigungspflicht .....	45
1.7.2 Schwerbehinderung und Gleichstellung .....	45
1.7.3 Besonderheiten bei der Kündigung von Arbeitsverhältnissen .....	46
1.7.4 Zusatzurlaub .....	48
1.7.5 Mehrarbeit .....	48
1.7.6 Anspruch auf angemessene Beschäftigung .....	48
1.7.7 Gewählte Schwerbehindertenvertretung (SBV) .....	49
1.7.8 Altersrente für Menschen mit Schwerbehinderung .....	49

1.7.9	Erwerbsminderungsrente .....	50
2	Das gegliederte System der sozialen Sicherung .....	54
2.1	Grundsicherung, Sozialhilfe, Prinzip der Nachrangigkeit .....	55
2.2	Eingliederungshilfe als Form der Sozialhilfe .....	57
2.2.1	Reformziel Inklusion gemäß der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung.....	61
2.2.2	Sozialräumliche Organisation der Eingliederungshilfe in Mannheim.....	62
2.2.3	Besonderheit bei Kindern und Jugendlichen mit drohender seelischer Behinderung als <i>einzig</i> er Behinderung.....	64
2.3	Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung.....	65
2.3.1	Bereichsübergreifende Beratung und Zusammenarbeit der Leistungsträger .....	65
2.3.2	Persönliches Budget.....	67
2.3.3	Rehabilitation psychisch kranker Menschen (RPK).....	68
2.3.4	Blindenhilfe .....	69
2.4	Gesamtplan.....	70
3	Inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung .....	71
3.1	Frühförderung .....	72
3.2	Tageseinrichtungen für Kinder.....	75
3.2.1	Integrative Tageseinrichtungen für Kinder mit und ohne Behinderung .....	76
3.2.2	Schulkindergärten.....	78
3.3	Schulbildung, Inklusion.....	80
3.3.1	Inklusion: Neues Schulgesetz für Baden-Württemberg .....	81
3.3.2	Verfahren zur Feststellung des Bedarfes und Wahl zwischen inklusiver und herkömmlicher sonderpädagogischer Bildung .....	84
3.4	Sonderpädagogische Beratung und Bildung.....	86
3.4.1	Sonderpädagogische und kindermedizinische (pädiatrische) Beratungsangebote außerhalb von Schulen .....	86
3.4.2	Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Raum Mannheim (bisherige Sonderschulen).....	89
3.4.3	Außenklassen der SBBZ (ehemals Sonderschulen) an allgemeinen Schulen.....	100
3.5	Inklusionsbegleitung als Dienstleistung .....	103
4	Berufsbildung, Beschäftigung und Förderung .....	106
4.1	Berufsvorbereitende Maßnahmen/Angebote für junge Menschen .....	108
4.1.1	Berufsvorbereitende Einrichtung (BVE).....	108
4.1.2	Kooperative Berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV) .....	109
4.1.3	Weitere Maßnahmen .....	109



4.2	Inklusionsbetriebe .....	114
4.3	Beschäftigungsfördermaßnahmen.....	117
4.4	Werkstätten für Menschen mit Behinderung .....	119
4.4.1	Zugang zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung .....	120
4.4.2	Aspekte des Werkstattbesuchs für Beschäftigte .....	121
4.4.3	Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt?.....	122
4.4.4	Reformperspektiven, UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung .....	123
4.5	Förderung und Tagesstrukturierende Beschäftigung .....	126
4.5.1	Leistungserbringer FUB bzw. Tagesstrukturierende Beschäftigung .....	126
4.5.2	Sozialpsychiatrische Tagesstätte .....	130
4.6	Studium .....	131
5	Ambulante Hilfe und Beratung .....	133
5.1	Abteilung Gemeindepsychiatrie des ZI .....	133
5.2	Mannheimer Initiative Kinder psychisch kranker Eltern (MaKE).....	133
5.3	Sozialpsychiatrischer Dienst in Mannheim (SpDi).....	134
6	Mobilität, Verkehr und Barrierefreiheit .....	136
6.1	Öffentlicher Personennahverkehr .....	137
6.2	RNV-Beschwerdestelle, elektronisches Beschwerdesystem.....	137
6.3	Individueller Beförderungsdienst der Stadt Mannheim.....	138
6.4	Parken für Menschen mit Behinderung.....	140
6.4.1	Blauer Parkausweis .....	140
6.4.2	Personenbezogener Dauer-Parkplatz .....	142
6.5	Weitere Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung im Straßenverkehr.....	144
6.5.1	Orangefarbener Parkausweis .....	144
6.5.2	Parkscheinautomaten und Kleinwuchs bzw. Verlust/Fehlen von mehreren Gliedmaßen .....	145
6.5.3	Ausnahmen von der Gurt- und Schutzhelmpflicht .....	146
6.5.4	Unbeschränkte Fahrt in Umweltzonen für Menschen mit Behinderung und Merkzeichen aG, H und/oder BI .....	147
6.6	Zugang zu barrierefreien öffentlichen Toiletten/ „Euro-Schlüssel“.....	147
6.7	Assistenzhunde und Barrierefreiheit .....	148
7	Wohnen und pflegerische Betreuung .....	150
7.1	Ambulant betreute Wohnformen.....	152
7.1.1	Allgemeine Angebote ambulant betreuten Wohnens (und von Pflege) in Mannheim .....	154

7.1.2	Ambulant betreutes Wohnen: Angebote für Menschen mit seelischer (psychischer) Behinderung und/oder allgemeinen sozialen Benachteiligungen .....	156
7.1.3	Begleitetes Wohnen in Gastfamilien für Menschen mit Behinderung .....	161
7.1.4	Familienunterstützende Dienste, Pflegedienste, Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege .....	162
7.2	Stationär betreute Wohnformen, Heime für Menschen mit Behinderung .....	167
7.2.1	Stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung .....	167
7.2.2	Stationäre Einrichtungen für Erwachsene mit körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderung mit körperlichem Anteil ....	167
7.2.3	Stationäre Einrichtungen für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder Mehrfachbehinderung mit geistigem Anteil .....	168
7.2.4	Stationäre Einrichtungen für Erwachsene mit seelischer (psychischer) Behinderung oder Suchterkrankungen.....	170
7.3	Behinderung und Alter .....	173
7.4	Anpassung von privatem Wohnraum an besondere Anforderungen .....	176
8	Erwachsenenbildung, Freizeit und Sport .....	178
9	Beratungsstellen, Fachverbände und Selbsthilfegruppen .....	185
9.1	Seelische/psychische Behinderung .....	189
9.1.1	Suchterkrankungen: .....	190
9.2	Geistige Behinderung .....	193
9.3	Körperliche Behinderung/Erkrankungen .....	194
9.3.1	Sinnesbehinderung .....	198
10	Arbeitskreise, Foren und Netzwerke .....	200
10.1	Arbeitskreis Drogenprobleme und Suchtprophylaxe, Suchthilfenetzwerk Mannheim .....	200
10.2	Arbeitskreis Kinder psychisch kranker Eltern .....	201
10.3	Forum Behinderung .....	202
10.4	Gesprächskreis Frühförderung .....	203
10.5	Netzwerkkonferenz .....	203
10.6	Runder Tisch benachteiligte Familien .....	204
10.7	Weitere Arbeitskreise/Foren .....	205

## 1 Leben mit Behinderung

*„Es ist normal, verschieden zu sein. Es gibt keine Norm für das Menschsein. Manche Menschen sind blind oder taub, andere haben Lernschwierigkeiten, eine geistige oder körperliche Behinderung - aber es gibt auch Menschen ohne Humor, ewige Pessimisten, unsoziale oder sogar gewalttätige Männer und Frauen.*

*Dass Behinderung nur als Verschiedenheit aufgefasst wird, das ist ein Ziel, um das es uns gehen muss. In der Wirklichkeit freilich ist Behinderung nach wie vor die Art von Verschiedenheit, die benachteiligt, ja die bestraft wird. Es ist eine schwere, aber notwendige, eine gemeinsame Aufgabe für uns alle, diese Benachteiligung zu überwinden.“*

(Richard von Weizsäcker, Bonn, 1993)

In Mannheim erfährt das Thema Behinderung eine zunehmende Aufmerksamkeit, es geht dabei um die Förderung individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Nach der Verabschiedung der **UN-Konvention** (Übereinkunft) über die Rechte von Menschen mit Behinderung stellt sich die Aufgabe ihrer angemessenen Umsetzung. Ziel muss sein, dass den betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zuteilwird.

### **Stadt Mannheim, Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen**

Ursula Frenz

Zimmer 403a

Rathaus E5

68159 Mannheim

☎ 0621 293 2005

ursula.frenz@mannheim.de

[www.mannheim.de/buerger-sein/menschen-behinderung](http://www.mannheim.de/buerger-sein/menschen-behinderung)

Der Abbau behinderungsbedingter Benachteiligungen kann allerdings nicht allein die Aufgabe sich bemügender Einzelner sein, sondern liegt in **gesamtgesellschaftlicher** Verantwortung.

Der vorliegende Ratgeber soll Menschen mit Behinderung sowie deren Angehörigen und Nahestehenden helfen, die vorhandenen **Unterstützungsstrukturen** so gut und so leicht wie möglich zu nutzen.

Dazu kann es hilfreich sein, einige **Grundbegriffe** zu kennen und näher zu verstehen. Damit bei Bedarf tiefergehende Informationen leichter nachgeschlagen werden können, werden jeweils die **gesetzlichen Grundlagen** mit angegeben.

## 1.1 Was ist eine Behinderung?

Die Definition einer Behinderung von der das **Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** in seiner Vorbemerkung (Präambel) ausgeht, ist allgemein gehalten:

Artikel 1 (Präambel)

[...]

*Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.*

[...]

Für das deutsche Sozialrecht und damit für die darin geregelte Gewährung von **Nachteilsausgleichen** ist grundsätzlich die Bestimmung (Definition) des Behinderungsbegriffes in **§ 2 SGB IX** (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) maßgeblich:

*(1) Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.*

Behinderung ist allerdings nicht nur eine **Eigenschaft einer konkret betroffenen Person** mit einer dauerhaften Beeinträchtigung. Behinderung ist ebenso die Folge **sozialen Ausschlusses** von Menschen mit Behinderung aus der Lebenswelt der Menschen ohne Behinderung, also eine **Beeinträchtigung** der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft durch Hindernisse (Barrieren) beziehungsweise **alle denkbaren Sachverhalte**, die solchen Hindernissen in der Lebenswirklichkeit gleichkommen. Neben zahlreichen anderen Nachteilen im Leben haben Menschen mit Behinderung im Mittel deutlich **schlechtere Erwerbschancen** auf dem Arbeitsmarkt, viele von ihnen können bisher am ersten Arbeitsmarkt überhaupt nicht teilhaben oder sind ganz erwerbslos. In der Folge ist ein wichtiger Teil der Behinderung oft die daraus folgende materielle **Armut**. Gerade durch diese **relative Armut** werden die allgemeinen behinderungsbedingten Probleme weiter verschärft.

## 1.2 Arten der Behinderung

Behinderungen können aufgrund einer vor oder während der Geburt entstandenen **nachteiligen Veränderung** angeboren sein oder sie können im Laufe des Lebens auftreten; sei es durch **Krankheiten, Unfälle** oder **Alterung**. Nach § 2 Abs. 1 SGB IX (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) werden **drei Behinderungsarten** unterschieden, die für Art und Struktur vieler Hilfen sowie für das **gesamte deutsche Hilfesystem** und seine Rechtsgrundlagen von großer Bedeutung sind:

- Unter **körperlichen Behinderungen** werden neben Schädigungen des Stütz- und Bewegungsapparates, anderen körperlichen Schädigungen oder chronischen (lang andauernden kaum heilbaren) Krankheiten auch Sinnesbehinderungen (Blindheit, Sehbehinderung, Gehörlosigkeit, Schwerhörigkeit, Taubblindheit) und Sprachbehinderungen zusammengefasst.
- Als **geistige Behinderung** werden dauerhaft weit unterdurchschnittliche kognitive Fähigkeiten (Denkvermögen) eines Menschen mit damit verbundene Einschränkungen aller Bereiche bezeichnet, die Ursachen liegen meist vor der Geburt. Der Begriff der geistigen Behinderung wird von Betroffenenverbänden teils abgelehnt, eine eindeutige Alternative wurde bisher aber leider nicht gefunden.
- Als **seelische Behinderung** (gleichbedeutend: **psychische Behinderung**) werden **chronische psychische Erkrankungen** bezeichnet: Ängste, Depressionen, Zwänge und weitere Verhaltensauffälligkeiten, von denen viele nicht abschließend zu heilen sind und lebenslang Belastungsfaktoren bleiben. Auch alle Arten von Suchterkrankungen werden unter dem Begriff der seelischen Behinderung zusammengefasst.

Bei dem Begriff „Behinderung“ fallen den meisten Menschen zunächst eine Gehbehinderung und das Leben im Rollstuhl ein. Es gibt jedoch viele Behinderungen mit gänzlich **anderen Merkmalen**. Behinderungsarten, die **nicht offensichtlich** und **weniger bekannt** sind, oft aus der Gruppe der **seelischen** und **geistigen Behinderungen**, können für die Betroffenen eine Härte eigener Art darstellen. Anders als bei augenfälligen Benachteiligungen schlagen ihnen nicht selten Unverständnis oder gar feindselige Reaktionen entgegen, da die Behinderung ohne entsprechende Erläuterungen den Mitmenschen nicht als solche erkennbar ist. Sie sehen sich wegen ihrer vermeintlich willkürlichen (in Wahrheit aber behinderungsbedingten) **Verhaltensabweichungen** einem **sozialen Rechtfertigungsdruck** und auch Verurteilungen ausgesetzt. Auch dann, wenn soziale Verurteilung und Ausgrenzung von den Betroffenen **nur befürchtet** wird, können sozialer Rückzug und Verlust an Freiheit als **verschärfende Faktoren** dieser Behinderungen folgen.

Eine Art der Behinderung die durch die **Alterung der Gesellschaft** eine zahlenmäßig immer größere Rolle spielt, ist **Demenz**. Im Gegensatz zur angeborenen geistigen Behinderung ist Demenz eine **degenerative** (sich immer mehr verschlimmernde) **Hirnschädigung**. Da für Demenz-Betroffene besondere Maßnahmen erforderlich sind, wird diese Art der Einschränkung in einer gesonderten Broschüre, dem **Ratgeber Demenz**, behandelt (siehe „Alzheimer Gesellschaft Mannheim – Selbsthilfe Demenz e. V.“ in Abschnitt 9). Der **Ratgeber Demenz** ist auch beim Fachbereich Arbeit und Soziales erhältlich (siehe Abschnitt 1). Weitere Arten **erworbenner Hirnschädigungen** können Folge von **Unfällen, Krankheiten, Schlaganfällen, Hirnhautentzündung** (Meningitis) oder **Drogenmissbrauch** sein.

Die obige **Dreifach-Einteilung** der Behinderungen im deutschen Sozialrecht (insbesondere SGB IX) wird **nicht allen Sachverhalten gerecht**. Insbesondere findet der medizinisch unumstrittene **Unterschied zwischen angeborener geistiger Behinderung und erworbenen Hirnschäden** keine Beachtung.

Bei gleichzeitigem Vorhandensein von zwei oder mehr Behinderungen liegt eine **Mehrfachbehinderung** vor. Die beteiligten Behinderungen können unabhängig voneinander bestehen oder ursächlich zusammenhängen und/oder sich in ihren Auswirkungen gegenseitig verstärken. Beispielsweise gibt es für Menschen mit bestimmten geistigen Behinderungen eine stark erhöhte Gefahr, im höheren Lebensalter zusätzlich noch hochgradig dement zu werden. Die Einteilung nach bestimmten **Behinderungsarten** folgt einer medizinischen Sichtweise und muss sich nicht unbedingt mit der **Selbstwahrnehmung** der jeweils betroffenen Person und ihrer Lebensführung decken. Es sei betont, dass solche Einteilungen stets der **besseren Erfassung und Beschreibung** der Situation dienen und dass dabei **keinerlei Aussage** über die **Wertschätzung** von Menschen mitschwingt.

### 1.3 Amtliche Anerkennung einer Behinderung

Voraussetzung der Nutzung des **Hilfesystems für Menschen mit Behinderung** und der Gewährung sog. **Nachteilsausgleiche** (siehe Abschnitte 1, 2, 3, 4), ist in aller Regel die **amtliche Anerkennung** der Behinderung.

Beim Verfahren zur Anerkennung einer Behinderung (§ 69 SGB IX) stellt das **Versorgungsamt** (oder die je nach Bundesland dafür zuständige Behörde) auf Antrag des/der Betroffenen, auf Grundlage angeforderter **ärztlicher Gutachten** und **Krankenakten**, nach Maßgabe der **Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV)** fest, ob eine Behinderung vorliegt und wie hoch ihr Schweregrad ist, der sogenannte **Grad der Behinderung (GdB)**.

Der festgestellte Grad der Behinderung (**GdB**) wird in Zehnerstufen von **20** bis **100** angegeben (z. B. GdB 50 oder GdB 80). In der Umgangssprache ist oft die Rede davon, jemand habe „Prozente“, obwohl diese Bezeichnung falsch ist.

Die **Anlage zu § 2 der Versorgungsmedizin-Verordnung** enthält ein genaues Verzeichnis über den Grad der Behinderung, der einer bestimmten gesundheitlichen Einschränkung angemessen ist, die sog. **Versorgungsmedizinischen Grundsätze**.

Erreicht die Behinderung einen **Grad von 50 oder höher**, handelt es sich um eine sogenannte **Schwerbehinderung**, womit, bei Vorliegen bestimmter weiterer Voraussetzungen, ein Anspruch auf wichtige Nachteilsausgleiche verbunden sein kann.

### **Der Schwerbehinderungsbegriff nach § 2 SGB IX:**

[...]

*(2) Menschen sind im Sinne des Teils 2 [Verfasser: d. h. §§ 68 ff SGB IX] schwerbehindert, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt und sie ihren Wohnsitz, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz im Sinne des § 73 rechtmäßig im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches haben.*

*(3) Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden sollen behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, bei denen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 nicht erlangen oder nicht behalten können (gleichgestellte behinderte Menschen).*

Für die Anerkennung von Behinderungen **bei Bürgerinnen und Bürgern aus Mannheim** ist das **Versorgungsamt Rhein-Neckar-Kreis in Heidelberg** zuständig. Die Formulare zur Beantragung der **Feststellung der Behinderung** (Erstantrag oder Änderungsantrag) können auf der Webseite des Amtes heruntergeladen werden und sind erhältlich bei:

**Versorgungsamt Rhein-Neckar-Kreis**

Eppelheimer Straße 15

69115 Heidelberg

☎ 06221 522 28 88

versorgungsamt@rhein-neckar-kreis.de

www.rhein-neckar-kreis.de (dort Suche: „Versorgungsamt“)

**Beratungsstelle Mannheim des Versorgungsamts Rhein-Neckar-Kreis,**

im Dienstgebäude K1 der Stadt Mannheim , Erdgeschoss, Zimmer 5

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 91 09

brigitte.jung@rhein-neckar-kreis.de

**Sprechzeiten:** Donnerstags von 9.30-15.30 Uhr

### 1.3.1 Schwerbehindertenausweis

Eine anerkannte **Schwerbehinderung** (siehe vorheriger Abschnitt) wird auf Antrag durch das **Versorgungsamt**, zusammen mit den eventuellen **Merkzeichen** (s. u.), in Form eines **Schwerbehindertenausweises** (mit Lichtbild) bescheinigt (nach Schwerbehindertenausweisverordnung), der auch in der Praxis, bei der Inanspruchnahme der Nachteilsausgleiche, **mitzuführen** und **vorzulegen** ist.

### 1.3.2 Merkzeichen

Die sogenannten **Merkzeichen** werden nach der **Schwerbehindertenausweisverordnung** gegebenenfalls ergänzend zum **Grad der Behinderung** zuerkannt und im Schwerbehindertenausweis eingetragen. Sie geben genaueren Aufschluss, wie sich die jeweilige Behinderung bei einer Person auswirkt und sind Voraussetzung entsprechender Nachteilsausgleiche:



## **Schwerbehindertenausweisverordnung (SchwbAwV),**

### **§ 3 Weitere Merkzeichen** [Hervorhebung durch Verfasser]

(1) *Im Ausweis sind auf der Rückseite folgende **Merkzeichen** einzutragen:*

1. **aG** wenn der schwerbehinderte Mensch **außergewöhnlich gehbehindert** im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 14 des Straßenverkehrsgesetzes oder entsprechender straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften ist,
2. **H** wenn der schwerbehinderte Mensch **hilflos** im Sinne des § 33b des Einkommensteuergesetzes oder entsprechender Vorschriften ist,
3. **Bl** wenn der schwerbehinderte Mensch **blind** im Sinne des § 72 Abs. 5 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch oder entsprechender Vorschriften ist,
4. **Gl** wenn der schwerbehinderte Mensch **gehörlos** im Sinne des § 145 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ist,
5. **RF** wenn der schwerbehinderte Mensch die landesrechtlich festgelegten gesundheitlichen Voraussetzungen für die Befreiung von der **Rundfunkgebührenpflicht** erfüllt,
6. **1. KI<sup>1</sup>** wenn der schwerbehinderte Mensch die im Verkehr mit Eisenbahnen tariflich festgelegten gesundheitlichen Voraussetzungen für die Benutzung der 1. Wagenklasse mit Fahrausweis der 2. Wagenklasse erfüllt,
7. **G** wenn der schwerbehinderte Mensch in seiner Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich **beeinträchtigt** im Sinne des § 146 Abs. 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder entsprechender Vorschriften ist.

---

<sup>1</sup>Das Merkzeichen „1. KI“ bezog sich ursprünglich auf eine Regelung im „Deutschen Eisenbahn Personen, Gepäck und Expreßguttarif“ der Deutschen Bundesbahn und gilt ausschließlich für Schwer(kriegs)beschädigte mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 70 im Sinne des „Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG)“ und des „Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz - BEG)“.

Durch die Umwandlung der Bundesbahn in das privatrechtliche Unternehmen Deutsche Bahn AG (Bahnreform 1994) ist die Situation eingetreten, dass der in der Schwerbehindertenausweisverordnung bezüglich „1. KI“ erwähnte Tarif überhaupt nicht mehr existiert. Die Deutsche Bahn AG trifft jedoch vergleichbare Regelungen in ihren Beförderungsbedingungen für besondere Personengruppen. Auch die Bestimmungen vieler anderer Eisenbahnunternehmen enthalten vergleichbare Regelungen, die sich auf das Merkzeichen „1. KI“ beziehen. Das Merkzeichen ist nur noch für einen kleineren Personenkreis von Bedeutung und wird so gut wie nicht mehr neu zuerkannt.

8. **TBI** wenn der schwerbehinderte Mensch wegen einer Störung der Hörfunktion mindestens einen Grad der Behinderung von 70 und wegen einer Störung des Sehvermögens einen Grad der Behinderung von 100 hat.

(2) Ist der schwerbehinderte Mensch zur Mitnahme einer **Begleitperson** im Sinne des § 146 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch berechtigt, sind auf der Vorderseite des Ausweises das Merkzeichen „**B**“ und der Satz „**Die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson ist nachgewiesen**“ einzutragen.

Weitere Auskünfte zu den Merkzeichen erteilen die **Versorgungsämter**.

Siehe auch: [www.integrationsaemter.de](http://www.integrationsaemter.de)

Die **Nachteilsausgleiche** durch den Status der **Schwerbehinderung** können z. B. besondere **Kündigungsbestimmungen**, **Zusatzurlaub**, **Steuererleichterungen**, **Parkerleichterungen**, bevorzugte Berücksichtigung in **Bewerbungsverfahren**, Zugang zu bestimmten Diensten und Einrichtungen sowie **Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr**, bei den **Kraftfahrzeug-** und **Hundesteuern** für Blinden- und Therapiehunde) umfassen (siehe Abschnitte 1.6, 1.7). Die in Frage kommende Kombination dieser Erleichterungen hängt vom Einzelfall (GdB und jeweiligen Merkzeichen) ab. Die **wichtigsten Nachteilsausgleiche** werden in diesem Ratgeber behandelt.

Die Versorgungsämter bieten eine **Kurzübersicht** der Nachteilsausgleiche in einer Informationsschrift (auch als PDF-Dokument zum Herunterladen) unter dem Titel: **Übersicht über Nachteilsausgleiche für schwerbehinderte Menschen** (siehe Internet-Seite des Versorgungsamts).

## 1.4 Schutz vor Gewalt und Missbrauch, Unterbringungsbeschluss

Menschen mit Behinderung sind in **besonderem Maße** der Gefahr von **Gewalt und Missbrauch** unterschiedlicher Formen ausgesetzt. Dabei kann es sich um **gedankenlose** Verhaltensweisen handeln, die in den Arbeitsalltag eingedrungen sind (z. B. unnötige freiheitsentziehende Maßnahmen), um **bewusste Erniedrigungen** sowie insbesondere um **sexuellen Missbrauch, Belästigung, Misshandlung, Ausbeutung, Vergewaltigung**.

## An wen können Sie sich wenden?

Für Hilfe und Informationen zum Thema **Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder mit Behinderung** sowie bei **Missbrauch** wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an die **Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen**. Eine **streng vertrauliche Behandlung** Ihrer Anliegen (gegenüber jedermann) ist hierbei sichergestellt. Die Beauftragte wird stets in Absprache mit Ihnen und nur mit Ihrer Zustimmung handeln:

**Stadt Mannheim, Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen**  
(siehe Abschnitt 1)

Bei Angelegenheiten im Zusammenhang mit **Heimen** und allen weiteren **stationären Einrichtungen für Erwachsene** in Mannheim können Sie sich ebenso an die spezialisierte **Heimaufsicht** wenden:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Heimaufsicht,**  
Abteilungsleitung: Peer-Kai Schellenberger  
Karl-Ludwig-Straße 28-30  
68165 Mannheim  
☎ 0621 293 2525 (Sachbearbeitung)  
📠 0621 293 3288  
31Heimaufsicht@mannheim.de  
www.mannheim.de (Suche „Heimaufsicht“)

Siehe auch die Beratungsstellen und Verbände im Abschnitt 9.

Die **Heimaufsicht** in stationären Einrichtungen für **Minderjährige** obliegt dem **KVJS-Landesjugendamt**:

**KVJS-Landesjugendamt** (Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg), Referat 43, Hilfe zur Erziehung und Wohnheime, Betriebserlaubnis, Beratung und Aufsicht  
Lindenspürstraße 39  
70176 Stuttgart  
**Regionale Zuständigkeit für Mannheim:**  
Viola Siegmann  
☎ 0711 63 75 455  
viola.siegmann@kvjs.de  
www.kvjs.de (Suche: „Referat 43“)

Bei **unmittelbarer Gefahr**, wenn Sie oder andere Menschen **dringend Hilfe brauchen**, wenden Sie sich **am besten an die Polizei, siehe nächster Abschnitt**.

### 1.4.1 Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt als **allgemeines gesellschaftliches Problem** kann im Falle von Menschen mit Behinderung bzw. Pflegebedürftigkeit oft **chronische** (auf Dauer bestehende) **schwerwiegende Formen** annehmen. Die Betroffenen sind oft kaum zur Gegenwehr in der Lage und es bestehen häufig **behinderungsbedingte** Abhängigkeitsverhältnisse. Häusliche Gewalt kann sowohl durch **Angehörige** als auch durch **Personal** ambulanter Pflegedienste ausgeübt werden.

Anders als in **stationären Einrichtungen** besteht im **häuslichen Bereich** keine vergleichbare **amtliche Aufsicht**, so dass eine besondere Gefahr **unentdeckter Gewalthandlungen** zum Schaden von Menschen mit Behinderung bzw. Pflegebedarf besteht.

Insofern kommt der **Aufmerksamkeit** von **Ärzten** und anderen Mitarbeitern im Gesundheitswesen, Leistungserbringern, Behördenmitarbeitern und allen sonstigen Beteiligten, aber auch **unbeteiligten** Personen wie Nachbarn und Bekannten, **große Bedeutung** zu:

- Gibt es **Hinweise** auf häusliche Gewalt?
- **Berichten** Menschen mit Behinderung von Gewalt?
- Sind am Körper von Menschen mit Behinderung **Spuren von Gewalt**?
- Manche Menschen mit Behinderung **können nicht sprechen**:  
Hier ist **besondere Aufmerksamkeit geboten**.

Im Falle **häuslicher Gewalt** können Sie sich an die **Pflegestützpunkte** der Stadt Mannheim wenden, die Sie beraten und gegebenenfalls weiterverweisen. Die **Pflegestützpunkte** stehen am **Anfang von Abschnitt 7** in diesem Buch. Falls möglich, sollten Betroffene und nahestehende Personen Gewalthandlungen **aufzeichnen**.

Bei **unmittelbarer Gefahr**, wenn **Sie oder andere Menschen dringend Hilfe brauchen**, wenden Sie sich **am besten an die Polizei**:

**Polizei:** ☎ **110**, über die bekannte **Notrufnummer 110** erreichen Sie immer die **Polizei**.

**110** dient auch als **Notfall-Faxnummer** für gehörlose bzw. sprachlich behinderte Menschen.

Zudem gibt es die Möglichkeit einer **Notfall-SMS** an die Nummer **0 15 22 / 18 07 110**.

**Beratungsstelle der Polizei in Mannheim zur Vorbeugung gegen Gewalt und andere Gefahren:**

☎ 0621 174 12 01 (**Achtung: Nicht für Notrufe !**)

praevention.ma@polizei.bwl.de

www.polizei-mannheim.de

**Teilen Sie der Polizei im Notfall mit:**

- Was ist passiert?
- Wo ist es passiert?
- Wann ist es passiert?
- Wie ist es passiert?
- Wer hat es getan?
- Sind Zeugen bekannt?
- Wer sind Sie?

### **Anonymes Hinweisgebersystem**

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg hat unter dem Namen **Anonymes Hinweisgebersystem** elektronische Kontaktmöglichkeiten eingerichtet, mit denen anonyme Meldungen und Kommunikation ohne Rückverfolgungsmöglichkeit mit der Polizei möglich sind, nähere Angaben hierzu siehe: **www.polizei-bw.de**

### **Der Verein WEISSER RING**

Der **WEISSE RING** hilft überall in Deutschland Menschen, die Opfer von **Kriminalität** und **Gewalt** geworden sind und kümmert sich auch um die Angehörigen.

Der **gemeinnützige Verein** tritt öffentlich für die Interessen der Betroffenen ein und unterstützt den Vorbeugungsgedanken. Seit seiner Gründung im Jahr 1976 hat der WEISSE RING als einzige bundesweit tätige Opferhilfsorganisation ein **flächendeckendes Hilfsnetz** für in Not

geratene Kriminalitätsoffer aufgebaut. Geschädigte können sich an mehr als 3.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in 420 Außenstellen an den WEISSEN RING wenden.


Der WEISSE RING hilft **Kriminalitätsoffern** und ihren Angehörigen auf vielfältige Weise: quer durch alle Deliktsbereiche – von Handtaschendiebstahl über Wohnungseinbrüche oder Körperverletzung bis hin **zu häuslicher Gewalt** oder Stalking.

Die Hilfeleistungen reichen von menschlichem Beistand und persönlicher Betreuung über die Begleitung zu Terminen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht, der Gewährung von Rechtsschutz bis hin zu finanziellen Unterstützungen von tatbedingten Notlagen.

#### **WEISSER RING e. V., Außenstelle Mannheim**

Leitung: Thomas Habermehl

**Kostenlose** Sonderrufnummer, von der Sie in ganz Deutschland an die **örtliche Stelle** des WEISSER RING e. V. weiterverbunden werden können:

 116 006

[weisser-ring.mannheim@web.de](mailto:weisser-ring.mannheim@web.de)

[www.weisser-ring.de](http://www.weisser-ring.de)

### **1.4.2 Besondere Hilfestrukturen für bedrohte Frauen**

Frauen mit Behinderung erleben **doppelt so häufig** körperliche und psychische **Gewalt** und zwei- bis dreimal häufiger **sexuelle Gewalt** als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. Da unter den Menschen mit Behinderung **Frauen besonders stark** von Gewalt und Missbrauch bedroht sind, gibt es für sie besondere Hilfe- Beratungs- und Schutzangebote unterschiedlicher Träger in Mannheim. Doch die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote erreichen gewaltbetroffene Frauen mit Behinderung noch zu wenig.

Bitte nutzen Sie die in Mannheim vorhandenen einschlägigen Angebote:

#### **Fraueninformationszentrum (FIZ)**

Das Fraueninformationszentrum **FIZ** ist die **Beratungsstelle des Mannheimer Frauenhaus e. V.** Es informiert und unterstützt **Frauen mit und ohne Behinderung** in Trennungs- und Scheidungssituationen. Das FIZ berät und begleitet Frauen, die **Wege aus einer gewalttätigen Beziehung** suchen, sowie Frauen, die von **Stalking** (bedrohlichen Nachstellungen und Verfolgungen) betroffen sind. Bitte teilen Sie Ihren persönlichen Unterstützungsbedarf mit, damit individuell darauf eingegangen werden kann. Es liegen auch Informationen in **Leichter Sprache** vor. Alle Beratungen sind **vertraulich** und **kostenlos**:

### **Fraueninformationszentrum (FIZ)**

Eichendorffstraße 66-68

68167 Mannheim

☎ 0621 37 97 90

📠 0621 33 93 31 4

fraueninformationszentrum@t-online.de

www.frauenhaus-fiz.de

**Öffnungszeiten:** Mo., Di., Do., Fr. von 9 Uhr bis 12 Uhr

Mi. von 16 Uhr bis 18 Uhr

### **Mannheimer Frauenhaus**

Das Frauenhaus des **Mannheimer Frauenhaus e. V.** bietet **Schutz, Hilfe und Beratung** für Frauen und Kinder, die von **häuslicher Gewalt** betroffen sind.

Das Haus verfügt über eine **rollstuhlgerechte Einzimmerwohnung** mit Küche und Bad. Die Wohnung ist für Frauen wie auch für Kinder mit **Gehbehinderung** geeignet.

Bitte teilen Sie vorab Ihren **persönlichen Unterstützungsbedarf** mit, damit das Frauenhaus die für Sie geeigneten Lösungen finden kann.

Die Beratung und Aufnahme von **Frauen mit Hörbehinderung** ist möglich. Eine Sozialpädagogin im Haus ist in **Lautsprachbegleitenden Gebärden (LBG)** ausgebildet.

### **Mannheimer Frauenhaus e. V.**

☎ 0621 74 42 42

📠 0621 74 42 43

fachbereich-frauen@frauenhaus-fiz.de

www.frauenhaus-fiz.de

### **Frauen- und Kinderschutzhaus Heckertstift**

Das Frauen- und Kinderschutzhaus **Heckertstift**, in Trägerschaft des Caritasverbandes Mannheim e. V., berät und informiert Frauen, die selbst oder deren Kinder von Gewalt betroffen oder bedroht sind. Beratungstermine können **kurzfristig** vereinbart werden, auch **aufsuchende Beratung** ist möglich. Die Beratungen sind **vertraulich** und **kostenlos**.

Im Heckertstift erhalten **gewaltbetroffene** Frauen und deren Kinder **eine sichere und anonyme Unterkunft** sowie Unterstützung. Das Haus ist **leider nicht rollstuhlgerecht**. Frauen

mit Behinderung können **dennoch Aufnahme** finden, eine individuelle Absprache vorab ist erforderlich, um geeignete **Unterstützungsmaßnahmen** bieten zu können.

**Caritasverband, Frauen- und Kinderschutzhaus Heckertstift**

☎ 0621 41 10 68

📠 0621 41 10 69

heckertstift@caritas-mannheim.de

www.caritas-mannheim.de (siehe dort Bereich „Kinder, Familien und Frauen“)

**Psychologische Beratungsstelle, Notruf und Beratung für sexuell misshandelte Frauen und Mädchen**

Es besteht eine **erhöhte Gefährdung** von Menschen mit Behinderung, **Opfer sexuell motivierter Gewalt** zu werden, da ihre besondere Situation entsprechend **ausgenutzt** werden kann.

**Traumatisierung** durch sexuelle Gewalt, insbesondere in der frühen Kindheit, kann langfristig zu einer seelischen Beeinträchtigung/Behinderung führen.

Die Psychologische Beratungsstelle bietet sexuell missbrauchten, vergewaltigten, sexuell genötigten (oder hiervon bedrohten) Frauen und Mädchen **mit und ohne Behinderung** Beratung und therapeutische Hilfe. Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle begleiten Betroffene auf Wunsch zur **Polizei** und zu **Gerichtsterminen**. Die Beratung ist **kostenlos**, erfolgt bei Bedarf in vereinfachter Sprache und die Mitarbeiterinnen unterliegen der **Schweigepflicht**.

**Sprechzeiten:**

**Mo.** 9-12 Uhr, **Di.** 10-12 Uhr und 16-18 Uhr, **Mi.** 9-12 Uhr, **Do.** 10-12 Uhr und 14-16 Uhr, sowie nach Vereinbarung

**Psychologische Beratungsstelle, Notruf und Beratung für sexuell misshandelte Frauen und Mädchen**

O6, 9

68161 Mannheim

☎ 0621 100 33

📠 0621 22 9 44

team@maedchennotruf.de

www.maedchennotruf.de



### 1.4.3 Unterbringungsbeschluss („Zwangseinweisung“)

Bei bestimmten **psychischen Erkrankungen**, insbesondere bei Auftreten **psychotischer Zustände** (oft mit Wahnerleben) und in bestimmten Fällen bei Suchterkrankungen, kann es sowohl zum **Schutz** des/der Betroffenen als auch seiner/ihrer **sozialen Umgebung** und der **Allgemeinheit** notwendig und angezeigt sein, die betroffene Person **auch gegen ihren Willen** mit polizeilicher Gewalt einer geeigneten Einrichtung zuzuführen und dort festzuhalten. Besonders die **fehlende Krankheitseinsicht** als zentrales Merkmal psychotischer Erkrankungen kann hierbei eine Rolle spielen.

Um einen **Missbrauch** dieser Möglichkeit zu erschweren und zwangsweise Unterbringungen auf das Notwendige zu begrenzen, ist in solchen Fällen ein **richterlicher Beschluss** (Unterbringungsbeschluss) erforderlich. Der zuständige Richter/die Richterin **befragen** in solchen Fällen die einzuweisende Person persönlich (**richterliche Anhörung**) und können angesichts der **dabei gewonnenen Erkenntnisse** und einer **fachärztlichen Stellungnahme** über die Einweisung abschließend entscheiden. In Fällen **unmittelbarer Gefahr**, die keinen Aufschub zulassen, kann die Einweisung auf Grundlage einer **ärztlichen Bescheinigung** schon **vor dem richterlichen Beschluss** erfolgen, der dann schnellstmöglich nachzuholen ist.

Der Vorgang der **freiheitsentziehenden Einweisung** ist bundesrechtlich im *Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)* im § 312 *Unterbringungssachen* (3.) vorgesehen, das auf nähere landesgesetzliche Regelungen verweist.

Da der Bereich des Rechts zur **zwangsweisen Unterbringung in einer Einrichtung** historisch dem Polizeirecht (und somit dem Landesrecht) angehört, gelten hierzu **länderspezifische Gesetze**. Die Namen der einschlägigen Gesetze der Bundesländer weichen voneinander ab, ihr Inhalt stimmt in diesem Punkt aber im Wesentlichen überein.

In Baden-Württemberg ist das **Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz-PsychKHG)** Rechtsgrundlage der Einweisungen.

Die Regelungen im Einzelnen (Antrag, Durchführung, zugelassene Einrichtungen, Behandlung usw.) sind in **Teil 3** des Gesetzes nachzulesen.

Mit dem Ziel der Unterbringung gegenüber dem Gericht antragsberechtigt sind nach PsychKHG die zugelassenen Einrichtungen sowie die „Untere Verwaltungsbehörde“, dies entspricht in Mannheim der kommunalen Polizeibehörde im **Fachbereich Sicherheit und Ordnung**:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Sicherheit und Ordnung,**

**Polizei- und Verkehrsbehörde**

Abteilungsleitung: Carola Wacker

Karl-Ludwig-Straße 28-30

68165 Mannheim

☎ 0621 293 9068

📠 0621 293 9067

bereich31@mannheim.de

www.mannheim.de (Suche „Polizei- und Verkehrsbehörde“)

Bei **unmittelbarer Bedrohung** durch eine psychisch erkrankte oder behinderte Person oder bei deren **Selbstgefährdung** ist die **Polizei** unter der **Notrufnummer 110** zu verständigen, siehe auch Abschnitt 1.4.

## 1.5 Rechtliche Betreuung

Eine **rechtliche Betreuung** (oft irreführend nur „Betreuung“ genannt) ist eine **rechtliche** Vertretung von **volljährigen** Bürgerinnen und Bürgern nach §§ 1896-1908 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) durch Betreuerinnen und Betreuer, die in diese Funktion vom zuständigen **Betreuungsgericht** (Abteilung des Amtsgerichtes) eingesetzt werden.

Es handelt sich hier **nicht** um eine persönliche oder pflegerische Betreuung, sondern um eine **reine Rechtsvertretung** der betreuten Person. Betreuung kann für Erwachsene notwendig sein, die erheblich **psychisch krank** sind oder bei denen eine **körperliche, geistige** oder **seelische Behinderung** in einem Ausmaß vorliegt, dass sie ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise **nicht** oder **nicht mehr** selbst regeln können. Gerade die Rechtsvertretung gegenüber Behörden, Krankenkassen, Versicherungen, Dienstleistern usw. kann zur Organisation der pflegerischen und sonstigen Betreuung wichtig sein, wenn die betroffene Person dazu selbst nicht in der Lage ist.

Rechtliche Betreuung ist keine neue Benennung der seit 1992 für volljährige Personen abgeschafften Entmündigung, sondern unterscheidet sich von dieser grundlegend. Die **Selbstbestimmung** der betroffenen Person, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, steht als Ziel im Mittelpunkt. Die Befugnisse der Betreuerinnen und Betreuer sind auf das sachlich und zeitlich notwendige Maß **beschränkt**. Bestehende Betreuungen werden in regelmäßigen Abständen vom Betreuungsgericht **überprüft** und können auch wieder **aufgehoben** werden. Grundsätzlich bleibt die **Geschäftsfähigkeit** eines unter Betreuung stehenden Menschen erhalten. Durch einen zusätzlichen **Einwilligungsvorbehalt** nach § 1903 BGB kann das Betreuungsgericht

der betreuten Person aber auferlegen, nur mit Zustimmung der Betreuerin/des Betreuers bestimmte Rechtsgeschäfte tätigen zu können (so dass sich die Geschäftsfähigkeit einschränkt). Dadurch sollen die Betroffenen davor bewahrt werden, krankheits- oder behinderungsbedingt zu ihrem eigenen Nachteil rechtswirksam zu handeln (z. B. einen unvernünftigen Vertrag abzuschließen). Die Kontrolle des Betreuungswesens durch Betreuungsbehörden und Betreuungsgerichte sorgt für wirksamen **Schutz vor Missbrauch**.

### 1.5.1 Wie kommt es zu einer rechtlichen Betreuung?

Eine Betreuung kann schriftlich oder persönlich für einen selbst oder für eine andere Person beim Amtsgericht (als zuständigem Betreuungsgericht) beantragt werden. Das Amtsgericht Mannheim hält auf seiner Internetseite eine Vielzahl **weiterführender, ausführlicher Informationen** zu Fragen der rechtlichen Betreuung bereit und bietet auch die entsprechenden **Antragsformulare** und **Informationsbroschüren** zum Herunterladen:

#### **Amtsgericht Mannheim – Betreuungsgericht –**

Zweigstelle A2, 1 (Palais Bretzenheim)

68159 Mannheim

☎ 0621 292 0

📠 0621 292 28 76

poststelle@agmannheim.justiz.bwl.de

www.amtsgericht-mannheim.de (dort Suche: „Betreuungsgericht“)

### 1.5.2 Betreuungsbehörde

Die **Betreuungsbehörde** ist neben dem zuständigen Amtsgericht (Betreuungsgericht) die **zentrale Anlaufstelle** bei Beratungsbedarf im Zusammenhang mit rechtlicher Betreuung:

#### **Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Betreuungsbehörde**

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 94 88

📠 0621 293 26 30

betreuungsbehoerde@mannheim.de

www.mannheim.de/buerger-sein/rechtliche-betreuung-volljaehrige

Die Betreuungsbehörde nimmt gegenüber dem Betreuungsgericht Stellung zur Notwendigkeit einer Betreuung. Sie kann auch Vorschläge bezüglich **geeigneter Personen** zur Betreuung machen. Dies bedeutet **nicht**, dass die zu betreuenden Personen und deren Angehörigen keinen Einfluss auf die Auswahl der Betreuerin/des Betreuers haben (wie häufig angenommen wird). Vielmehr hat das Betreuungsgericht bei der Ernennung die Wünsche der Betroffenen nach einem festgelegten System bevorzugt zu berücksichtigen und strebt grundsätzlich nach einer **ehrenamtlichen Betreuung** durch nahestehende Personen. Zudem ist sichergestellt, dass sich die Richterinnen und Richter des Betreuungsgerichtes einen **persönlichen Eindruck** von der möglicherweise zu betreuenden Person verschaffen. Durch eine **Betreuungsverfügung** kann bereits frühzeitig vorbeugend eine gegebenenfalls mit der rechtlichen Betreuung zu beauftragende Person verbindlich festgelegt werden.

### 1.5.3 Arten von Betreuerinnen und Betreuern

Grundsätzlich gibt es **ehrenamtliche Betreuungen** durch nahestehende Privatpersonen sowie durch sozial engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger (s. u.) und **professionelle Betreuung**. Ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer erhalten eine **Aufwandspauschale** von 399 € jährlich. Auf Wunsch kann auch eine Einzelabrechnung erfolgen, die jedoch einen Einzelnachweis aller Aufwendungen erfordert.

Steht keine geeignete Person zur Verfügung, die die Betreuung ehrenamtlich führen kann, schlägt die Betreuungsbehörde dem Betreuungsgericht eine freiberuflich-gewerbliche Betreuungsperson vor (**Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer**). Sollte auch keine berufsmäßige Führung der Betreuung in dieser Form möglich sein, so kann das Gericht einen anerkannten **Betreuungsverein** bestellen, der mit seinen festangestellten **Vereinsbetreuerinnen und -Betreuern** die Aufgabe übernimmt (siehe unten). Ist auch die Betreuung durch die festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Betreuungsvereins nicht hinreichend, so bestellt das Gericht die Betreuungsbehörde selbst zur Betreuerin (**Behördenbetreuerinnen und Behördenbetreuer**). Die Vergütung der Berufsbetreuerinnen und -Betreuer (sowohl freiberuflich als auch in den Betreuungsvereinen) erfolgt nach einem abgestuften, pauschalisierten System, sie wird aus dem Vermögen der betreuten Person oder aber (bei deren Mittellosigkeit) aus der Staatskasse bezahlt.

Zu den weiteren Einzelheiten rechtlicher Betreuung berät die Betreuungsbehörde ausführlich. Ist eine Betreuerin bzw. ein Betreuer vom Gericht eingesetzt, übernimmt die Betreuungsbehörde bei Bedarf auch die Einführung in die damit verbundenen Aufgaben, erläutert die rechtlichen Sachverhalte und bildet die Betreuungspersonen später entsprechend weiter.

### 1.5.4 Betreuungsvereine

Bei der Einführung der rechtlichen Betreuung sollte zugleich die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit für betreuungsbedürftige Mitmenschen verbessert werden. Unter anderem durch die Alterung der Gesellschaft war mit einem **stark steigenden Bedarf** an Betreuungen zu rechnen, der allein auf die bisherige Art schwer zu decken ist. Sogenannte **Betreuungsvereine** sollen die Arbeit **ehrenamtlicher** Betreuerinnen und Betreuer erleichtern und fördern, indem ihnen eine gemeinsame Struktur mit **professionellen**, bei den Vereinen angestellten Betreuerinnen und Betreuern (**Vereinsbetreuerinnen und Vereinsbetreuern**) geboten wird. Die angestellten professionellen Betreuerinnen und Betreuer der Betreuungsvereine übernehmen insbesondere kompliziertere Betreuungen. Sie geben Wissen und Erfahrung an die dem Verein angeschlossenen ehrenamtlichen Betreuungspersonen weiter und stehen bei Problemen zur Verfügung, so dass ein **leistungsfähiges Netzwerk** genutzt werden kann. Betreuungsvereine bemühen sich zudem um die Gewinnung neuer ehrenamtlicher Betreuungspersonen und betreiben zu diesem Zweck geeignete Öffentlichkeitsarbeit.

**Kommunaler Betreuungsverein Mannheim e. V.,  
(Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales)**

Geschäftsführer: Michael Kühn

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 94 87

📠 0621 293 47 94 87

michael.kuehn@mannheim.de

www.mannheim.de (dort Suche: „Kommunaler Betreuungsverein“)

**Betreuungsverein des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) Mannheim e. V.**

B5, 20

68159 Mannheim

Regina Steinmetz

☎ 0621 120 80 14

📠 0621 120 80 80

info@skf-mannheim.de

www.skf-mannheim.de

### 1.5.5 Vorsorgevollmacht statt rechtlicher Betreuung

Eine Betreuung in oben beschriebener Form kann vermieden werden, indem rechtzeitig einer Vertrauensperson eine **Vollmacht** nach **§§ 164 ff. BGB** (ab § 164, Bürgerliches Gesetzbuch), erteilt wird (**Vorsorgevollmacht**). Diese Person ist dann ebenso befugt, an Stelle der/des Betroffenen zu handeln. Die Erteilung einer Vollmacht sollte nur nach **gründlicher Überlegung** und gegebenenfalls Rechtsberatung erwogen werden, da die Befugnisse der bevollmächtigten Person wesentlich weiter gehen können und **keine amtliche Kontrolle**, wie bei der rechtlichen Betreuung, gegeben ist. Die **Betreuungsvereine** (siehe vorheriger Abschnitt) beraten auch zu der Möglichkeit der Vorsorgevollmacht. Auch **Bevollmächtigte** (Personen mit Vorsorgevollmacht) erhalten Beratung und Unterstützung durch **Betreuungsbehörde** und **Betreuungsvereine**. Eine **öffentliche Beglaubigung** der Vollmacht ist durch die Betreuungsbehörde (siehe oben) oder das **Notariat Mannheim** möglich:

#### Notariat Mannheim

N7, 19

68161 Mannheim

☎ 0621 292 0

📠 0621 292 13 69

poststelle@notmannheim.justiz.bwl.de

www.notariat-mannheim.de

Wurde von Betroffenen nicht nur eine **Vorsorgevollmacht**, sondern eine wesentlich weiter gehende **Generalvollmacht** an jemanden erteilt, so ist zum Schutz vor Missbrauch auch die Benennung von sogenannten **Kontrollbetreuerinnen** und **Kontrollbetreuern** möglich.

## 1.6 Allgemeine persönliche Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung

### 1.6.1 Einkommensteuer

Nach dem **Einkommensteuergesetz** (§ 33 EStG) können außergewöhnliche Belastungen einen Ausgleich durch Verminderung des zu versteuernden Teils des Gesamteinkommens (der **Bemessungsgrundlage**) rechtfertigen. Zu diesen steuerermäßigenden Sonderbelastungen können auch die **Zusatzaufwendungen** gezählt werden, die für Menschen mit Behinderung

in ihrer Lebensführung auftreten. Hierbei werden Zusatzbelastungen je nach Einkommen, Familienstand und Zahl der Kinder zwischen **1% und 7% des jährlichen Gesamteinkommens als zumutbar angesehen**. Nur darüber hinausgehende und nachgewiesene Zusatzaufwendungen (Sonderbelastungen) können von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden.

### **Pauschalbeträge nach § 33b Einkommensteuergesetz**

Wegen des hohen Aufwands mit dem Nachweis der Zusatzaufwendungen sind die **Pauschalbeträge („Pauschbeträge“)** zur Entlastung von Menschen mit Behinderung nach **§ 33b Einkommensteuergesetz** in der Praxis von großer Bedeutung. Hier werden Steuererleichterungen für Menschen mit Behinderung **nach der Schwere der Behinderung** abgestuft gewährt, eine wichtige Rolle dabei spielt der **anerkannte Grad der Behinderung** (GdB, siehe Abschnitt 1.3). Für **blinde und/oder hilflose Menschen** besteht eine Sonderentlastung. Die genauen Bestimmungen, wie die jeweiligen Voraussetzungen **nachzuweisen** sind, können in der **Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV)** nachgelesen werden.

Die Pauschbeträge nach § 33b Einkommensteuergesetz erhalten:

- Menschen mit Behinderung, deren Grad der Behinderung auf **mindestens 50** festgestellt ist;
- Menschen mit Behinderung, deren Grad der Behinderung auf weniger als 50, aber **mindestens auf 25** festgestellt ist, wenn die Behinderung zur einer dauernden Einbuße der **körperlichen Beweglichkeit** geführt hat oder auf einer typischen **Berufs-krankheit** beruht oder wenn ihnen wegen ihrer Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften **Renten** oder andere laufende Bezüge zustehen.

Siehe: **§ 33b Einkommensteuergesetz (EStG), Pauschbeträge für behinderte Menschen, Hinterbliebene und Pflegepersonen.**

Als Pauschbeträge werden 310-3700 € je nach Schwere der Behinderung (GdB) gewährt, siehe Tabelle in **§ 33b EStG**.

Der Behinderten-Pauschbetrag wird immer als **Jahresbetrag** gewährt, also auch dann, wenn die Voraussetzungen nicht während des ganzen Jahres vorgelegen haben. Wird der Grad der Behinderung im Laufe des Jahres herauf- oder herabgesetzt, steht für dieses Jahr der **höhere** Pauschbetrag zu (R 33b Abs. 7 EStR 2008, Einkommenssteuerrichtlinie 2008).

Für behinderte Menschen, **die hilflos sind, und für Blinde** erhöht sich der Pauschbetrag auf **3.700 €**, § 33b Abs. 3 S. 3 EStG).

**Nähere Erläuterungen erhalten Steuerpflichtige mit Behinderung beim Finanzamt.**

Die Ausführungen in diesem Ratgeber sind **allgemeine Hinweise** auf die aktuelle Gesetzeslage und stellen **keine Steuerberatung** dar.

Die **Finanzverwaltung** bietet auf ihren Internetseiten eine Vielzahl **weiterführender Informationen** und insbesondere die **wichtigen Steuerformulare zum Herunterladen** an. Somit erhalten Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, sich frühzeitig und in Ruhe mit den Formularen und zugrundeliegenden Sachverhalten zu befassen:

**Finanzamt Mannheim-Stadt**

L3, 10

68161 Mannheim

(PLZ für Post: 68150 Mannheim)

☎ 0621 292 0

📠 0621 292 36 40

poststelle-38@finanzamt.bwl.de

www.fa-mannheim-stadt.de

**Formularserver des Bundesfinanzministeriums:**

www.formulare-bfinv.de

## 1.6.2 Kraftfahrzeugsteuer

Nach dem **Kraftfahrzeugsteuergesetz** gibt es für Menschen mit Schwerbehinderung unter bestimmten Bedingungen eine **Befreiung** von der Kraftfahrzeugsteuer bzw. deren **Ermäßigung**:

**§ 3a Kraftfahrzeugsteuergesetz, Vergünstigungen für Schwerbehinderte** [Hervorhebungen durch Verfasser]:

(1) Von der Steuer **befreit** ist das Halten von Kraftfahrzeugen, solange die Fahrzeuge für **schwerbehinderte Personen** zugelassen sind, die durch einen Ausweis [Verfasser: gemeint ist der Schwerbehindertenausweis] im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (oder des Artikels 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. Juli 1979, BGBl. I S. 989) mit dem **Merkzeichen "H", "BI" oder "aG"** nachweisen, dass sie **hilflos, blind oder außergewöhnlich gehbehindert** sind.

(2) Die Steuer **ermäßigt sich um 50 vom Hundert** für Kraftfahrzeuge, solange die Fahrzeuge für **schwerbehinderte Personen** zugelassen sind, die durch einen Ausweis im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder des Artikels 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr [Verfasser: gemeint ist der **Schwerbehindertenausweis**] mit **orangefarbenem Flächenaufdruck** nachweisen, dass sie



die Voraussetzungen des § 145 Abs. 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch erfüllen. Die Steuerermäßigung wird **nicht gewährt**, solange die schwerbehinderte Person das **Recht zur unentgeltlichen Beförderung nach § 145 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch in Anspruch nimmt**. [Verfasser: siehe Abschnitt 1.6.7]. Die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung ist von der für die Ausübung der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer zuständigen Behörde auf dem Schwerbehindertenausweis **zu vermerken**. Der **Vermerk** ist von der für die Ausübung der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer zuständigen Behörde zu **löschen**, wenn die **Steuerermäßigung entfällt**.

(3) Die Steuervergünstigung der Absätze 1 und 2 steht den behinderten Personen **nur für ein Fahrzeug und nur auf schriftlichen Antrag** zu. Sie entfällt, wenn das Fahrzeug zur Beförderung von Gütern (ausgenommen Handgepäck), zur entgeltlichen Beförderung von Personen (ausgenommen die gelegentliche Mitbeförderung) oder durch andere Personen zu Fahrten benutzt wird, die nicht im Zusammenhang mit der Fortbewegung oder der Haushaltsführung der behinderten Personen stehen.

Für die Kraftfahrzeugsteuer als Bundessteuer ist seit 2014 die **Zollverwaltung des Bundes** zuständig, sie hält **umfangreiche Informationen** und **Antragsformulare** als PDF-Dokumente zum Herunterladen bereit.

Die örtlich zuständige Dienststelle der **Zollverwaltung** in Mannheim:

**Zollamt Mannheim**

Fruchtbahnhofstraße 1

68159 Mannheim

☎ 0621 86 24 09 0

📠 0621 86 24 09 33

poststelle.za-mannheim@zoll.bund.de

www.zoll.de (dort Suche nach „schwerbehinderte Personen“).

**Kontakt Kfz-Steuer, Öffnungszeiten** (Zugang nicht barrierefrei):

Montag-Donnerstag      7:30 - 16 Uhr

Freitag                      7:30 - 14:30 Uhr

☎ 0621 86 24 09 0

📠 0621 86 24 09 61

poststelle@hzaka.bfinv.de

### 1.6.3 Hundesteuer

Nach der kommunalen **Satzung über die Erhebung der Hundesteuer in Mannheim** (§ 6) gibt es u. a. eine Befreiung von der Hundesteuer für **Blindenführhunde** und andere **Assistenzhunde**.

#### § 6 Steuervergünstigungen [Hervorhebungen durch Verfasser]

(1) **Steuerbefreiung** ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

1. Hunden, die ausschließlich dem **Schutz und der Hilfe** von Personen dienen, die einen **Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen "Gl", "B", "Bl", "aG" oder "H"** besitzen. [...]

Auskünfte und Anmeldeformulare, online und als PDF-Dokumente zum Herunterladen, sind beim **Steueramt** der Stadt Mannheim erhältlich:

#### **Stadt Mannheim, Steueramt**

E4, 10

68159 Mannheim

Jürgen Spatz

☎ 0621 293-3010

📠 0621 293-3002

steueramt@mannheim.de

[www.mannheim.de/hundesteuer](http://www.mannheim.de/hundesteuer)

#### **Hinweis:**

Bei Fragen bezüglich **Blindenführhunden** berät der **Badische Blinden- und Sehbehindertenverein**, siehe **Abschnitt 9.3.1..**

### 1.6.4 Kindergeld für Kinder mit Behinderung über 25 Jahre

#### **Allgemein**

Der **Familienleistungsausgleich** soll einen Ausgleich von Mehraufwendungen für Lebensunterhalt und Ausbildung von Kindern durch die Erziehungsberechtigten bewirken.

Für sogenannte unbeschränkt steuerpflichtige Personen, also im **Wesentlichen die Einwohner Deutschlands**, ist **§ 31 Einkommensteuergesetz** maßgeblich für den Familienleistungsausgleich. Für beschränkt steuerpflichtige Personen (kein Wohnsitz und ständiger Aufenthalt

im Bundesgebiet) besteht der Anspruch nach **Bundeskindergeldgesetz** (BKGG) mit gleichen Beträgen.

Kindergeld muss **schriftlich** bei der zuständigen **Familienkasse** der **Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsagentur)** beantragt werden. Öffentliche Arbeitgeber betreiben für ihre Beschäftigten eigene Familienkassen, die Ansprüche sind jedoch gleich.

Je nach **Einkommenssituation** der kindergeldberechtigten Person (in der Regel die Erziehungsberechtigten bei denen ein Kind wohnt) wird der Familienleistungsausgleich nach der vom **Amts wegen** (d. h. ohne Beantragung) vorgenommenen sogenannten **Günstigerprüfung** entweder als **Transferzahlung** nach § 66 Einkommensteuergesetz (Höhe des Kindergeldes, Zahlungszeitraum, siehe unten) oder als **Steuerfreibetrag** nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz gewährt.

In beiden Fällen werden jedoch die **monatlichen Kindergeldbeträge nach § 66** Einkommensteuergesetz ausgezahlt (siehe unten) und am Ende des Steuerjahres geprüft, ob stattdessen die Gewährung der **Kinderfreibeträge** dem oder der Steuerpflichtigen einen Vorteil erbracht hätte. Dies ist (2017) etwa ab einer Einkommensschwelle von 64 000 € bei Verheirateten und 32 000 € bei Alleinstehenden gegeben.

Das System der **Kinderfreibeträge** in Verbindung mit der **Günstigerprüfung** (siehe oben) verschafft besserverdienenden Erziehungsberechtigten, die die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz ausschöpfen können, eine in absoluten Beträgen **höhere Entlastung** als Geringverdienenden, die stets nur die **Transferzahlung** nach § 66 Einkommensteuergesetz erhalten können.

Dies entspricht **nicht** dem Grundprinzip der Belastung nach Leistungsfähigkeit.

Kindergeld wird grundsätzlich bis zum **18. Lebensjahr** eines Kindes gezahlt. Der Anspruch verlängert sich bis zum 21. Lebensjahr wenn das Kind bei der Arbeitsagentur als **arbeitslos gemeldet** ist. Darüber hinaus verlängert sich der Anspruch **bis zum 25. Lebensjahr**, wenn das Kind sich in der **ersten** Ausbildung zu einem **berufsqualifizierenden Abschluss** befindet (§ 32 Einkommensteuergesetz).

## **§ 66 Höhe des Kindergeldes, Zahlungszeitraum**

[Hervorhebungen durch Verfasser, Beträge Stand 2017]:

*(1) Das Kindergeld beträgt monatlich für **erste und zweite Kinder jeweils 192 €**, für **dritte Kinder 198 €** und für das **vierte und jedes weitere Kind jeweils 223 €**.*

*(2) Das Kindergeld wird monatlich vom Beginn des Monats an gezahlt, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, bis zum Ende des Monats, in dem die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen.*

Die Bundesagentur für Arbeit bietet auf ihrer Seite weitergehende Informationen zu allgemeinen und spezielleren Fragen im Zusammenhang mit dem Kindergeld:

**www.arbeitsagentur.de (dort Suche „Kindergeld“, „Familienkasse“).**

Für Beschäftigte in der Privatwirtschaft in Mannheim ist die Familienkasse in Heidelberg zuständig:

**Familienkasse Baden-Württemberg West - Standort Heidelberg**

Czernyring 22/11

69115 Heidelberg

☎ 0800 4 5555 30 (persönliche Anliegen; kostenfrei, Montag - Freitag 8-18 Uhr)

☎ 0800 4 5555 33 (Auszahlungstermine; kostenfrei, täglich 0-24 Uhr)

📠 06221 52 43 85

**Kindergeld:**

Familienkasse-Baden-Wuerttemberg-West.F11@arbeitsagentur.de

Kinderzuschlag:

Familienkasse-Baden-Wuerttemberg-West.F41@arbeitsagentur.de

www.arbeitsagentur.de

**Kindergeld und Behinderung: Kindergeld nach dem 25. Lebensjahr des Kindes**

**Nach dem 25. Lebensjahr** des Kindes besteht ein Anspruch auf Kindergeld (außer in einigen sehr speziellen Fällen) **nur dann**, wenn bei dem Kind **eine Behinderung** vorliegt, die dazu führt, dass es seinen Lebensunterhalt **nicht selbst bestreiten, d. h. kein hinreichendes eigenes Einkommen erzielen kann**. Weitere Bedingung für den fortdauernden Kindergeldanspruch ist, dass die betreffende Behinderung **vor dem 25. Lebensjahr bei dem Kind erstmals aufgetreten** sein muss (die Feststellung/Anerkennung kann später erfolgt sein).

Die **Familienkasse** prüft bei Beantragung des Kindergeldes für **über 25-jährige Kinder mit Behinderung** durch entsprechende Datenerhebung, ob das Kind kein **hinreichendes** eigenes Einkommen erzielen kann. Dabei wird sein **Einkommen** mit dem angenommen Lebens-**Grundbedarf** (gemäß **Grundfreibetrag** in Höhe von 8.820 € im Jahr 2017), **zuzüglich** behinderungsbedingter individueller Mehrbedarfe, verglichen. Diese **einzelfallabhängigen Mehrbedarfe** müssen entweder entsprechend **nachgewiesen** werden oder es kann von einem

Mehrbedarf in Höhe des entsprechenden **Pauschbetrages** nach § 33b Einkommensteuergesetz ausgegangen werden (siehe Abschnitt 1.6.1). Nur wenn sein **Bedarf** sein **Einkommen übersteigt** besteht ein Anspruch der Eltern auf Kindergeld nach dem 25. Lebensjahr des Kindes mit Behinderung.

Anders als bei der **Grundsicherung/Sozialhilfe** spielt für den Kindergeldanspruch das Vermögen des Kindes **keine Rolle**. Ist das Kind mit Behinderung in einer **voll- oder teilstationären Einrichtung** untergebracht, so kann angesichts der damit regelmäßig verbundenen Schwere der Behinderung davon ausgegangen werden, dass es zum Selbstunterhalt nicht in der Lage ist.

In Fällen „lebenslangen“ Kindergeldes nimmt die Familienkasse **regelmäßig wiederkehrende Prüfungen** der Anspruchsvoraussetzungen vor, hier ist von den betroffenen Eltern ein entsprechendes Erhebungsformular auszufüllen. Das Kindergeld kann ohne Altersgrenze weiter gezahlt werden, solange eine **kindergeldberechtigte Person** (z. B. Elternteil) lebt.

### 1.6.5 Rundfunkbeitrag, Befreiung, Ermäßigung

Die Reform der Finanzierung der öffentlich rechtlichen Medien Radio und Fernsehen (Rundfunk) seit 2013, mit der Umstellung von **Gebühren** auf **Beiträge** (also wie bei Steuern eine **Nutzungsunabhängigkeit** der Zahlungspflicht) hat auch zu neuen Bestimmungen hinsichtlich der **Entlastung bestimmter Gruppen von Menschen mit Behinderung** geführt, wobei für diesen Personenkreis Verschlechterungen eingetreten sind. Die Einzelheiten finden sich in **§ 4 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags**:

Es wird dabei nach

- **vollständiger Befreiung** von der Beitragspflicht und
- **Ermäßigung der Beiträge (auf ein Drittel)** unterschieden.  
Zudem gibt es nach (6), siehe unten, noch eine gesonderte
- **Härtefallregelung**

**Unabhängig** von einer Behinderung werden Bezieherinnen und Bezieher **staatlicher Sozialleistungen/Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung)** auf Antrag von der Rundfunkbeitragspflicht **befreit**.

Da sehr viele Menschen mit Behinderung wegen ihrer **geringen Erwerbschancen** zu diesem Personenkreis zählen, werden hier auch die diesbezüglichen Regelungen wiedergegeben, die als solche **nichts mit einer Behinderung** zu tun haben.

## Befreiung

### § 4, Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, Befreiungen von der Beitragspflicht

[Hervorhebungen durch Verfasser]:

(1) *Von der Beitragspflicht [...] werden auf Antrag folgende natürliche Personen **befreit**:*

1. *Empfänger von **Hilfe zum Lebensunterhalt** nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches (Sozialhilfe) oder nach den §§ 27a oder 27d des Bundesversorgungsgesetzes,*
2. *Empfänger von **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (Viertes Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches),*
3. *Empfänger von **Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II** einschließlich von Leistungen nach § 22 des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches, soweit nicht Zuschläge nach dessen § 24 gewährt werden, die die Höhe des Rundfunkbeitrages übersteigen,*
4. *Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,*
5. *nicht bei den Eltern wohnende Empfänger von*
  - a) ***Ausbildungsförderung** nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,*
  - b) ***Berufsausbildungsbeihilfe** nach den §§ 99, 100 Nr. 3 des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches oder nach dem Vierten Kapitel, Fünfter Abschnitt des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches oder*
  - c) ***Ausbildungsgeld** nach den §§ 104 ff. des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches,*
6. ***Sonderfürsorgeberechtigte** im Sinne des § 27e des Bundesversorgungsgesetzes,*
7. *Empfänger von **Hilfe zur Pflege** nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches oder von Hilfe zur Pflege als Leistung der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz oder von **Pflegegeld** nach landesgesetzlichen Vorschriften,*
8. *Empfänger von **Pflegezulagen** nach § 267 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes oder Personen, denen wegen Pflegebedürftigkeit nach § 267 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c des Lastenausgleichsgesetzes ein Freibetrag zuerkannt wird,*
9. *Volljährige, die im Rahmen einer Leistungsgewährung nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches **in einer stationären Einrichtung** nach § 45 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches leben, und*
10. ***taubblinde Menschen und Empfänger von Blindenhilfe** nach § 72 des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches.*

## **Ermäßigung** (siehe auch Abschnitt 1.3.2)

**§ 4, Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, Ermäßigung der Beitragspflicht** [Hervorhebungen durch Verfasser]:

*(2) Der Rundfunkbeitrag nach § 2 Abs. 1 wird auf Antrag für folgende natürliche Personen **auf ein Drittel ermäßigt**:*

- 1. **blinde oder nicht nur vorübergehend wesentlich sehbehinderte** Menschen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens **60 vom Hundert allein wegen der Sehbehinderung**, [entspricht Merkzeichen **BI**]*
- 2. **hörgeschädigte Menschen, die gehörlos** sind oder denen eine ausreichende Verständigung über das Gehör auch mit Hörhilfen nicht möglich ist, [entspricht Merkzeichen **GI**] und*
- 3. behinderte Menschen, deren Grad der Behinderung nicht nur vorübergehend wenigstens **80 vom Hundert beträgt** und die wegen ihres Leidens **an öffentlichen Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können**. [Entspricht Merkzeichen **RF**]*

*(3) Die dem Antragsteller gewährte Befreiung oder Ermäßigung **erstreckt sich innerhalb der Wohnung***

- 1. auf dessen **Ehegatten**,*
- 2. auf den **eingetragenen Lebenspartner** und*
- 3. auf die Wohnungsinhaber, die bei der Gewährung einer Sozialleistung nach Absatz 1 als **Teil einer Einsatzgemeinschaft** im Sinne des § 19 des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches berücksichtigt worden sind.*

## **Allgemeine Bestimmungen und Härtefallregelung (6)**

*(4) Die Befreiung oder Ermäßigung beginnt mit dem **Ersten des Monats, zu dem der Gültigkeitszeitraum des Bescheids beginnt**, wenn der Antrag innerhalb von zwei Monaten nach dem Erstellungsdatum des Bescheids nach Absatz 7 Satz 2 gestellt wird. **Wird der Antrag erst zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so beginnt die Befreiung oder Ermäßigung mit dem Ersten des Monats, der der Antragstellung folgt.** Die Befreiung oder Ermäßigung wird für die Gültigkeitsdauer des Bescheids **befristet**. Ist der Bescheid nach Absatz 7 Satz 2 unbefristet, so kann die Befreiung oder Ermäßigung auf drei Jahre befristet werden, wenn eine Änderung der Umstände möglich ist, die dem Tatbestand zugrunde liegen.*

*(5) Wird der Bescheid nach Absatz 7 Satz 2 unwirksam, zurückgenommen oder widerrufen, so endet die Befreiung oder Ermäßigung **zum selben Zeitpunkt**. Derartige Umstände sind vom Beitragsschuldner unverzüglich der zuständigen Landesrundfunkanstalt mitzuteilen.*

(6) Unbeschadet der Beitragsbefreiung nach Absatz 1 hat die **Landesrundfunkanstalt** in besonderen **Härtefällen** auf **gesonderten Antrag von der Beitragspflicht zu befreien**. Ein **Härtefall** liegt insbesondere vor, wenn eine Sozialleistung nach **Absatz 1 Nr. 1 bis 10** in einem durch die zuständige Behörde erlassenen Bescheid mit der Begründung versagt wurde, **dass die Einkünfte die jeweilige Bedarfsgrenze um weniger als die Höhe des Rundfunkbeitrags überschreiten** [„Sozialleistung nach Absatz 1 Nr. 1 bis 10“ siehe oben unter „Befreiung“, dies kommt insbesondere im Fall des Bezugs **geringer Alters-/Erwerbsunfähigkeits- und Witwenrenten** in Frage].

(7) Der Antrag auf Befreiung oder Ermäßigung ist vom Beitragsschuldner schriftlich bei der zuständigen Landesrundfunkanstalt zu stellen. Die Voraussetzungen für die Befreiung oder Ermäßigung sind durch die entsprechende **Bestätigung der Behörde oder des Leistungsträgers im Original oder durch den entsprechenden Bescheid im Original oder in beglaubigter Kopie nachzuweisen**; im Falle des Absatzes 1 Nr. 10 1. Alternativ genügt eine ärztliche Bescheinigung. Dabei sind auch die Namen der weiteren volljährigen Bewohner der Wohnung mitzuteilen.

**Auskünfte** zu allen Fragen der Rundfunkbeitragspflicht und insbesondere auch die **Antragsformulare (als pdf-Dokumente)** zur Beitragsbefreiung, und -ermäßigung, zur Härtefallregelung nach § 4 Abs. 6 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (siehe oben) sowie zur Abmeldung bei Heimeintritt/Wohnungsaufgabe usw. sind unter **www.rundfunkbeitrag.de** erhältlich:

**ARD ZDF Deutschlandradio, Beitragsservice**

Freimersdorfer Weg 6

50829 Köln

☎ 0221 50 61 0

📠 0185 999 50 105

service@rundfunkbeitrag.de

www.rundfunkbeitrag.de

## 1.6.6 Gesetzliche Krankenversicherung

In der **Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)** nach **SGB V** (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch), der etwa 90% der Bevölkerung in Deutschland (über 70 Millionen Menschen) angehören, gibt es einige **Nachteilsausgleiche** für **Menschen mit Behinderung** bzw. **chronischen Erkrankungen**:



## Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Für Menschen, die wegen ihres Lebenslaufs und der Art ihrer Erwerbstätigkeit (z. B. Selbständigkeit) nicht ohne Weiteres Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung werden können, dies aber anstreben, gibt es behinderungsbezogene Erleichterungen beim Zugang, siehe: **§ 9 Abs. 1 Nr. 4 SGB V (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch), Freiwillige Versicherung.**

## Verminderung der persönlichen Belastungsgrenze bei Zuzahlungen

Die sogenannte **persönliche Belastungsgrenze** in der Gesetzlichen Krankenversicherung ist der auf ein Kalenderjahr bezogene maximal zumutbare Gesamtbetrag an **Zuzahlungen** bei Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln sowie Krankenhausbehandlungen nach **§ 61 SGB V**. Oberhalb dieses Betrages besteht für Versicherte **keine Zuzahlungspflicht** mehr, darüber hinaus bereits geleistete Zuzahlungen werden ihnen von der Krankenkasse **auf Antrag** erstattet. Die persönliche Belastungsgrenze beträgt **grundsätzlich 2%** des Jahresbruttoeinkommens einer Person, **§ 62 SGB V Belastungsgrenze**.

Ein **Nachteilsausgleich** für Menschen mit bestimmten **Behinderungen** bzw. **chronischen Erkrankungen** ist die **Absenkung** der persönlichen Belastungsgrenze **auf 1%**. Wegen komplexer Regeln in **§ 62 SGB V** kann die persönliche Belastungsgrenze meist nicht auf anschauliche Weise bestimmt werden, insbesondere nicht, wenn mehrere Personen mit bestimmten Merkmalen zum Haushalt gehören oder bei Sozialleistungsbezug.

Die ebenso komplexen Regeln, **welche** Gesundheitseinschränkungen genau zur verringerten **1%-Belastungsgrenze** berechtigen, finden sich in der *Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Umsetzung der Regelungen in § 62 SGB V für schwerwiegend chronisch Erkrankte* (sog. „Chroniker-Richtlinie“) und sollten in Zweifelsfällen genau nachgelesen werden.

Die in **§ 62 SGB V** weiterhin erwähnten **Gesundheitsuntersuchungen**, die für **jüngere Menschen** (d. h. nach dem 1. April 1972 geboren) als **zusätzliche Bedingung** zur Gewährung der **1%-Belastungsgrenze** hinzukommen, sind in § 25 SGB V Gesundheitsuntersuchungen geregelt und dort nachzulesen.

Üblicherweise teilen die Krankenkassen den Versicherten nach **Erhebung/Auswertung der entsprechenden Daten** ihre persönliche Belastungsgrenze schriftlich mit, so dass diese sie in Beziehung zu ihren Zuzahlungs-Ausgaben setzen können. Zur **Überprüfung**, gerade in Zweifelsfällen oder bei Streitigkeiten, kann es unter Umständen aber doch nötig oder sinnvoll sein, sich als Versicherter/Versicherte mit den erwähnten **Rechtsgrundlagen** im Detail zu befassen oder entsprechende **Fachberatung** zu nutzen.

### 1.6.7 Unentgeltliche Beförderung von Menschen mit Mobilitätseinschränkung und von Begleitpersonen

Menschen mit **Schwerbehinderung** und den **Merkzeichen G** (Gehbehinderung), **aG** (außergewöhnliche Gebehinderung), **H** (Hilflosigkeit), **BI** (Blindheit) und/oder **GI** (Gehörlosigkeit) im **Schwerbehindertenausweis** (siehe Abschnitt 1.3), sowie deren **Begleitpersonen**, werden nach § 145 SGB IX (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) im öffentlichen **Nahverkehr** (in der Regel Verbindungen **bis 50 km**, vgl. § 8 PBefG, Personenbeförderungsgesetz) **kostenlos befördert**.

Dazu wird jedoch **zusätzlich** zum **Schwerbehindertenausweis**, mit den besagten **Merkzeichen**, eine beim Versorgungsamt erhältliche, jährlich neu zu beantragende Wertmarke zum Preis von **72 € jährlich** oder **36 € halbjährlich** als Eigenanteil benötigt, die während der Fahrten stets mitzuführen ist.

#### **Völlig kostenfreie Beförderung für bestimmte Personengruppen:**

Wer als Mensch mit Schwerbehinderung blind ist (Merkzeichen **BI**) und/oder als hilflos gilt (Merkzeichen **H**) und **Grundsicherungsleistungen** nach den **Sozialgesetzbüchern (SGB)** bezieht, kann die **auch dann benötigte** Wertmarke (siehe oben) **kostenfrei erhalten**, siehe **§ 145 SGB IX**.

Ist ständig eine Begleitperson erforderlich (Merkzeichen **B**) wird diese stets kostenfrei mit befördert, **auch ohne Wertmarke und auch im Fernverkehr** (in der Regel Verbindungen **über 50 km**, vgl. § 42a PBefG, Personenbeförderungsgesetz). Zudem kann ein Rollstuhl und/oder ein Führ- oder Hundshund kostenfrei mitgeführt werden.

Die Nutzung der **unentgeltlichen Beförderung** mit kostenpflichtiger oder kostenfreier Wertmarke, und die **Erleichterungen bei der Kraftfahrzeugsteuer** (siehe Abschnitt 1.6.2) **schließen sich gegenseitig aus** (können nicht gleichzeitig beansprucht werden), der **Wechsel** von einer der beiden Vergünstigungsarten in die andere **ist jedoch möglich**.

Zu Fragen der Mobilität und des Verkehrs **siehe auch Abschnitt 6**.

**Versorgungsamt Rhein-Neckar-Kreis sowie Beratungsstelle Mannheim des Versorgungsamts Rhein-Neckar-Kreis, siehe Abschnitt 1.3.**

### 1.6.8 Freibeträge nach dem Wohngeldgesetz

Wohngeld wird gewährt

- als Mietzuschuss für Personen, die Wohnraum angemietet haben oder Heimbewohner sind.
- als Lastenzuschuss für Bewohner einer Eigentumswohnung oder eines Einfamilienhauses.

Zum Ausgleich behinderungsbedingter Mehrbelastungen sieht das **Wohngeldgesetz (WoGG)** bei der Bestimmung des für die Wohngeldberechnung zu berücksichtigenden Einkommens einen **Freibetrag von 1500 € für Menschen mit Behinderung** vor. Die Einzelheiten der diesbezüglichen Bestimmungen sind in § 17 Nr. 1 Wohngeldgesetz (WoGG) nachzulesen.

Bei Bezug anderer **Wohnkosten-deckender Sozialleistungen** (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Grundsicherung) besteht **grundsätzlich kein Anspruch** auf Wohngeld.

Auskünfte hierzu erteilt:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Abteilung Wohngeld**

R1, 12

68159 Mannheim

☎ 0621 293 78 39 (Montag-Freitag 9-11 Uhr)

☎ 0621 293 78 47 (Montag-Freitag 9-11 Uhr)

📠 0621 293 78 61

wohngeld@mannheim.de

www.mannheim.de/buerger-sein/wohngeld

## 1.7 Persönliche Nachteilsausgleiche für abhängig Beschäftigte mit Behinderung

### Allgemein

Erfreulicherweise kann ein bedeutender Teil der Menschen mit Behinderung, auch mit **Schwerbehinderung**, im ersten Arbeitsmarkt, auf **regulären Dauerarbeitsplätzen** mit mehr als 18 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit, am Erwerbsleben teilnehmen, vgl. **Arbeitsplatzdefinition** in **§ 73 SGB IX** (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch).

Die gesetzlichen Regelungen sehen eine Reihe von **Nachteilsausgleichen** im Arbeitsleben vor, die die betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit Schwerbehinderung entlasten, aber auch

die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung fördern sollen. Die wichtigsten diesbezüglichen Regelungen finden sich im **SGB IX** besonders im **Teil 2**, auch als **Schwerbehindertenrecht** bezeichnet.

Die **Integrationsämter** nach **§ 102 SGB IX** sind spezialisierte Behörden zur **Umsetzung des Schwerbehindertenrechts** in der Arbeitswelt der abhängig Beschäftigten mit dem Ziel der Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung. Ihnen obliegen die Erhebung der **Ausgleichsabgabe** (siehe unten), die Prüfung von **Kündigungsbegehren** der Arbeitgeber (siehe Abschnitt 1.7.3) sowie die Organisation und Finanzierung sogenannter **Begleitender Hilfen** zur Förderung und Sicherung der Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung (siehe auch Abschnitt 4), nicht zuletzt mit Hilfe ihres **Technischen Beratungsdienstes** und ihrer örtlich tätigen **Integrationsfachdienste (IFD)**.

Für Mannheim zuständig:

**Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS),**  
**- Integrationsamt -**  
Erzbergerstraße 119  
76133 Karlsruhe  
☎ 0721 81 07 0  
📠 0721 81 07 975  
info@kvjs.de  
www.kvjs.de

Der IFD in Mannheim:

**Integrationsfachdienst (IFD) in Mannheim**  
Leitung: Markus Hölz  
Kaiserring 38  
68161 Mannheim  
☎ 0621 170 29 30  
📠 0621 170 29 50  
info.mannheim@ifd.3in.de  
www.bw-lv.de/integrationsfachdienste/ifd-mannheim  
**IFD landesweit:** www.ifd-bw.de

Die Integrationsämter aller Bundesländer sind in der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH)** bundesweit organisiert und bieten unter **www.integrationsaemter.de** sehr **umfangreiche und ausführliche Informationen** zu allen

Fragen, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem **zusätzlichen Kündigungsschutz** für Beschäftigte mit Schwerbehinderung und für Gleichgestellte:

<p><b><a href="http://www.integrationsaemter.de">www.integrationsaemter.de</a></b></p>
--

Wegen der Komplexität und der großen Bedeutung der **Rechtsprechung** in diesem Bereich seien Betroffenen diese Informationsquellen empfohlen, im Rahmen dieses Ratgebers ist nur eine grobe Übersicht möglich.

### 1.7.1 Beschäftigungspflicht

Für Arbeitgeber besteht die grundsätzliche **Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen** (2. Kapitel SGB IX). Demnach müssen Arbeitgeber mit mehr als **20 Arbeitsplätzen** (reguläre Dauerarbeitsplätze, ab 18 Wochenstunden, Anforderungen in § 73 SGB IX erfüllt) **mindestens fünf Prozent Menschen mit Schwerbehinderung** beschäftigen. Auf einen Arbeitgeber mit beispielsweise **100 Arbeitsplätzen** entfallen somit **fünf Menschen mit Schwerbehinderung**. Aus der Gesamtzahl der Arbeitsplätze ergibt sich die Anzahl sogenannter **Pflichtplätze** (§ 74 SGB IX). Dabei sollen Menschen mit verschiedenen Arten der Behinderung vertreten sein (§ 72 SGB IX). Erfüllen Arbeitgeber die gesetzliche Beschäftigungspflicht nicht, müssen sie eine **Ausgleichsabgabe** an das Integrationsamt zahlen. Sie beträgt monatlich zwischen 115 und 290 € pro **unbesetztem Pflichtplatz**.

Für Arbeitgeber mit unter 60 Arbeitsplätzen gibt es eine **Kleinbetriebsregelung**, Auskünfte hierzu gibt das Integrationsamt. Die Ausgleichsabgabe wird von den Integrationsämtern vereinnahmt, die sie **zweckgebunden** u. a. zur Finanzierung sogenannter **Begleitender Hilfe im Arbeitsleben** verwenden. Damit sollen Arbeitsplätze für Menschen Schwerbehinderung dauerhaft gesichert werden. Dieser Bereich spielt auch eine wichtige Rolle für die Förderung von **Inklusionsbetrieben**, siehe Abschnitt 4.2.

Selbst wenn ein Unternehmen seine **Mindestquote** an Menschen mit Schwerbehinderung erfüllt hat, muss es bei **Einstellungen** prüfen, ob die Stelle mit einer Person mit Schwerbehinderung besetzt werden **kann** (§ 122 SGB IX).

### 1.7.2 Schwerbehinderung und Gleichstellung

Nach § 2 SGB IX **sollen** Menschen **ohne Schwerbehinderung** (siehe Abschnitt 1.3), jedoch mit einem Grad der Behinderung (GdB) von **30** oder **40 auf Antrag** die sogenannte **Gleich-**

**stellung** (im Arbeitsleben) durch die **Agentur für Arbeit** (Arbeitsagentur, „Arbeitsamt“) erhalten, wenn sie wegen ihrer Behinderung ohne diese Gleichstellung keinen geeigneten Arbeitsplatz erlangen oder behalten können. Diese Gleichstellung ist **Teil** der **beruflichen** Nachteilsausgleiche für schwerbehinderte Menschen (§ 68 SGB IX).

Die **Gleichstellung** nach dem SGB IX gilt nur bezüglich der **Teilhabe am Arbeitsleben**, aber nicht für andere Lebensbereiche. Durch diese Gleichstellung gelten einige **Nachteilsausgleiche** im Arbeitsleben, wie insbesondere der **zusätzliche Kündigungsschutz** auch für **Gleichgestellte**. Rentenrechtliche Sonderregelungen (siehe Abschnitt 1.7.8) oder Anspruch auf Zusatzurlaub (siehe Abschnitt 1.7.4) bleiben jedoch Menschen mit **Schwerbehinderung** (also mit mindestens GdB 50) vorbehalten.

Wichtig ist, dass Arbeitgeber ihre Pflichtplätze auch mit **gleichgestellten Personen** besetzen können, deren Beschäftigung dadurch gefördert wird.

Die **Ansprechstelle** in Mannheim zu Fragen der Gleichstellung und zu deren **Beantragung**:

**Bundesagentur für Arbeit Mannheim, Berufliche Rehabilitation**

M3 a

68161 Mannheim

☎ 0800 4 55 55 00 (Der Anruf ist für Sie gebührenfrei)

📠 0621 16 51 71

Mannheim.161-Reha@arbeitsagentur.de

www.arbeitsagentur.de

### 1.7.3 Besonderheiten bei der Kündigung von Arbeitsverhältnissen

Ein wichtiger Nachteilsausgleich, der aber wegen **komplexer Regeln** auch oft zu Auseinandersetzungen führt, sind die besonderen Bestimmungen zur **Kündigung von Beschäftigten mit Schwerbehinderung**. Anders als in der Bevölkerung häufig angenommen wird, bedeutet eine Schwerbehinderung **keineswegs** einen **absoluten Schutz** vor Kündigung. Auch das Rechtsgut der **Vertragsfreiheit**, im Sinne der Arbeitgeber, ist zu berücksichtigen. Die gesetzlichen Regelungen im **SGB IX**, insbesondere, dass zur Kündigung in der Regel die **Zustimmung des Integrationsamts** eingeholt werden muss, dienen in erster Linie dazu, sicherzustellen, dass vor einer Kündigung alles versucht werden kann, diese mit Hilfe der **Beteiligten**, der **Fachbehörden** und **einschlägigen Dienste** entweder zu verhindern oder so rasch als möglich eine neue berufliche Perspektive zu eröffnen.

Grundsätzlich **erfordert die Kündigung** von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Schwerbehinderung (oder Gleichstellung) eine **Zustimmung des Integrationsamts** (§ 85 SGB IX). Wegen häufiger rechtlicher Auseinandersetzungen spielt auf diesem Gebiet die **einschlägige Rechtsprechung** eine wichtige Rolle.

Es gibt Bedingungen, unter denen die **Kündigung von Menschen mit Schwerbehinderung** (oder mit Gleichstellung) **ohne Zustimmung** des Integrationsamtes möglich ist:

- Wenn eine Mindest-Beschäftigungsdauer von **6 Monaten** nicht erreicht ist
- Wenn die Person älter als **58 Jahre** ist, durch einen **Sozialplan** versorgt wird und sie keine Einwände gegen die Kündigung hat
- Wenn bei Schwerbehinderung Knappschaftsausgleichsleistung oder Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus beansprucht werden kann und die betroffene Person keine Einwände gegen die Kündigung hat
- Wenn Witterungsumstände der Kündigungsgrund (z. B. Saisonarbeitskräfte) sind, bei gleichzeitiger Zusage der späteren Wiedereinstellung
- bei befristeten Arbeitsverhältnissen, die regulär, d. h. nicht vorzeitig, enden.

**Ansonsten benötigen Arbeitgeber zu einer wirksamen Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit einer schwerbehinderten oder gleichgestellten Person die vorherige Zustimmung des Integrationsamts.**

Durch diese Bestimmung wird erreicht, dass das Amt über den Fall **informiert wird** und bei der Suche nach alternativen Lösungen im Sinne des Menschen mit Behinderung **bestmöglich helfen** kann. In der Regel entscheidet das Integrationsamt nach **pflichtgemäßem Ermessen**. Das bedeutet, je größer der Zusammenhang zwischen der Kündigung und der Behinderung ist, desto wirksamer und stärker ist der besondere Kündigungsschutz. Das Integrationsamt prüft in diesen Fällen, ob es tatsächlich keine dem Arbeitgeber zumutbare Möglichkeit mehr gibt, das Arbeitsverhältnis weiterzuführen.

Unter **bestimmten Umständen** ist das Ermessen des Integrationsamts und damit die Wirksamkeit des zusätzlichen Kündigungsschutzes stark eingeschränkt:

- bei Schließung des Betriebes
- bei einer wesentlichen Verringerung des Umfangs der betrieblichen Aktivitäten („wesentliche Betriebseinschränkung“) wenn durch die übrigen Menschen mit Schwerbehinderung im Betrieb die 5%-Quote noch erfüllt ist
- oder wenn ein alternativer Arbeitsplatz für den Betroffenen bereits in Aussicht steht oder wenn es klar ist, dass sie/er diesen leicht bekommen kann

Bei der Entscheidung über die **Zustimmung zur Kündigung** schwerbehinderter Beschäftigter hat das Integrationsamt eine **Anhörung** der/des Betroffenen vorzunehmen und eine **Stellungnahme** des Betriebs-/Personalrates und der Schwerbehindertenvertretung (siehe Abschnitt 1.7.7) einzubeziehen. Auch externe Fachleute wie z. B. Ärzte werden bei Bedarf eingeschaltet.

Wurde vom Integrationsamt **gegen den Willen** der/des Beschäftigten der Kündigung zugestimmt, kann dem innerhalb eines Monats **widersprochen** und eine erneute Würdigung des Sachverhalts erwirkt werden. Dazu gibt es beim Integrationsamt einen **Widerspruchsausschuss**. Gibt dieser dem Widerspruch nicht statt (d. h. die Zustimmung wird aufrechterhalten), ist dagegen eine **Klage vor dem Verwaltungsgericht** möglich.

Parallel ist innerhalb von drei Wochen nach Ausspruch der Kündigung eine **Kündigungsschutzklage** der/des Betroffenen vor dem **Arbeitsgericht** möglich.

#### 1.7.4 Zusatzurlaub

Angesichts ihrer behinderungsbedingten höheren Belastungen erhalten schwerbehinderte Beschäftigte jährlich **fünf bezahlte Urlaubstage** zusätzlich zu ihrem üblichen - tariflichen oder gesetzlichen – Urlaubsanspruch (§ 125 SGB IX).

#### 1.7.5 Mehrarbeit

Menschen mit Schwerbehinderung können **Mehrarbeit** („Überstunden“) ablehnen, ohne dass ihnen daraus ein Nachteil entstehen darf (§ 124 SGB IX).

Als Mehrarbeit gilt die Arbeit, die über die gesetzliche Arbeitszeit von **werktäglich acht Stunden** (§ 3 Arbeitszeitgesetz) hinausgeht.

#### 1.7.6 Anspruch auf angemessene Beschäftigung

Schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben gemäß Schwerbehindertenrecht Anspruch auf eine **geeignete Arbeit**, die ihrer **Qualifikation** gerecht wird. Das **Integrationsamt**, die **Integrationsfachdienste** aber auch die betrieblichen **Interessenvertretungen** (Betriebs-/Personalrat, Schwerbehindertenvertretung) unterstützen den Arbeitgeber bei der Suche und bei der Schaffung geeigneter Arbeitsplätze (§ 81 SGB IX).

Wenn ein **neu zu schaffender Arbeitsplatz** für Menschen mit Behinderung passend gestaltet werden soll, ist in der Regel die **Agentur für Arbeit** zuständig. Die **Anpassung bzw. Veränderung** eines **schon bestehenden Arbeitsplatzes** von Menschen mit Behinderung erfolgt



jedoch meist mit Hilfe anderer **Träger der beruflichen Rehabilitation** oder des **Integrationsamts**.

### 1.7.7 Gewählte Schwerbehindertenvertretung (SBV)

In Betrieben mit mehr als **fünf Beschäftigten** mit einer **Schwerbehinderung** kann nach **§ 94 SGB IX** eine **Schwerbehindertenvertretung (SBV)** gewählt werden. Diese oft auch Vertrauensmann (bzw. Vertrauensfrau) genannte Vertretung wird von den **schwerbehinderten** und **gleichgestellten Beschäftigten** – ähnlich den Betriebs- bzw. Personalräten – gewählt. Eine wichtige Aufgabe der Schwerbehindertenvertretung (SBV) ist die **Information und Beratung** der Menschen mit Schwerbehinderung. Die Amtszeit beträgt vier Jahre.

### 1.7.8 Altersrente für Menschen mit Schwerbehinderung

Die Altersrente für Menschen mit **Schwerbehinderung** unterscheidet sich **nicht grundsätzlich** von der Regel-Altersrente und anderen Sonder-Rentenarten mit ihrem gesamten komplexen Regelwerk, niedergelegt im **SGB VI** (Sechstes Buch Sozialgesetzbuch). Der Nachteilsausgleich für Menschen mit **Schwerbehinderung** (gegenüber anderen gesetzlich rentenversicherten Personen) besteht in der **Absenkung der Altersgrenze** um einige Jahre. Die Rentenreformen der Vergangenheit, mit Anhebung der allgemeinen Altersgrenzen, haben sich auch auf die Altersrente für Menschen mit Schwerbehinderung ausgewirkt, sie wurden entsprechend angepasst.

Nach **SGB VI (Gesetzliche Rentenversicherung)** können Menschen mit **Schwerbehinderung** Altersrente beziehen, wenn sie:

- eine Wartezeit (Mindestversicherungszeit) von 35 Jahren erfüllt haben
- zu **Rentenbeginn** als schwerbehindert anerkannt sind
- das 65. Lebensjahr vollendet haben, mit Möglichkeit zur vorzeitigen Inanspruchnahme der Altersrente mit entsprechenden Abschlägen ab Vollendung des 62. Lebensjahres (**§ 37 SGB VI**).
- oder das 63. Lebensjahr vollendet haben und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, mit
- Möglichkeit zur vorzeitigen Inanspruchnahme der Altersrente mit entsprechenden Abschlägen ab Vollendung des 60. Lebensjahres (**§ 236a SGB VI**).

Zum **Vergleich**: Für ab 1964 geborene Personen **ohne Schwerbehinderung** gilt die Regel-Altersgrenze von **67 Jahren**.

**Wartezeit (Mindestversicherungszeit)** als rentenrechtlicher Fachausdruck ist die Summe bestimmter **rentenrechtlicher Zeiten**, dies können Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, Ersatzzeiten, Berücksichtigungszeiten und weitere Zeiten sein. Der Bezug verschiedener Rentenarten setzt **unterschiedlich lange Mindestversicherungszeiten** voraus, die sich ihrerseits, je nach Rentenart, auch noch aus einer **unterschiedlichen Kombination** solcher Zeiten zusammensetzen können. Die verschiedenen Arten rentenrechtlicher Zeiten folgen dabei genauen Definitionen, die nicht aus dem Alltagsdenken abzuleiten sind. Insgesamt ergibt sich im Rentenrecht eine beträchtliche **Komplexität** der Regelungen, die unbedingt eine **persönliche Fachberatung** erfordert (siehe unten).

### 1.7.9 Erwerbsminderungsrente

Die **Erwerbsminderungsrente** nach § 43 SGB VI (Rente wegen Erwerbsminderung), hat mit der **Altersrente** (siehe oben) gemein, dass beide Leistungen zum Rentensystem nach SGB VI gehören, das grundsätzlich nach dem **Versicherungsprinzip** aufgebaut ist. Hier ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen Sozialsystemen die **allgemeine fünfjährige Wartezeit**, d. h. **Mindest-Zugehörigkeitszeit** zur gesetzlichen Rentenversicherung (durch Erwerbstätigkeit) als Voraussetzung. Während dieser fünf Jahre müssen wenigstens **drei Jahre auch Rentenversicherungsbeiträge gezahlt** worden sein.

Anders als die **Altersrente** kann die **Erwerbsminderungsrente** (oft nach einer älteren Bezeichnung falsch auch „Erwerbsunfähigkeitsrente/EU-Rente“ genannt) nicht erst bei Erreichen einer **Altersgrenze** sondern bei Vorliegen der **sonstigen Voraussetzungen** schon in **jungen Jahren** gezahlt werden. Mit Erreichen der Altersgrenze endet die **Erwerbsminderungsrente** bzw. wandelt sich in eine Altersrente um. Bezugszeiten von **Erwerbsminderungsrente** können dabei die Höhe der folgenden **Altersrente** beeinflussen.

Unterschieden werden **teilweise Erwerbsminderung** (d. h. höchstens **sechs Stunden** täglicher Arbeit möglich) und **volle Erwerbsminderung** (d. h. höchstens **drei Stunden** täglicher Arbeit möglich), § 43 SGB VI Rente wegen Erwerbsminderung. Das Konzept der **Erwerbsminderung** bezieht sich an sich nur auf den Bereich der Erwerbsarbeit, nicht (wie der **Grad der Behinderung**, siehe Abschnitt 1.3) auf alle Lebensbereiche, hat aber trotzdem **sehr weitreichende Auswirkungen** über die Arbeit hinaus.

Die **Ärzte und Ärztinnen der Rentenversicherungsträger** entscheiden nach **Untersuchung/Begutachtung** der Person und **Auswertung der Akten** über das Vorliegen der **jeweiligen gesundheitlichen Einschränkungen**.

Bei **Nicht-Einverständnis** mit den Entscheidungen der Ärztinnen und Ärzte der Rentenversicherung können nach erfolglosem **Widerspruchsverfahren** die **Sozialgerichte** bemüht werden. Die Antragstellerinnen und Antragsteller können dabei die Anhörung eines **selbstgewählten weiteren Arztes/einer Ärztin** zu ihrem Fall verlangen, wobei sie die **Kosten** hierfür selbst zu tragen haben.

Bei Menschen, die wegen einer sogenannten **wesentlichen Behinderung** (siehe auch Abschnitte 1.3 und 4.4) nicht zur Arbeit auf dem **allgemeinen Arbeitsmarkt** in der Lage sind (also in **Werkstätten für behinderte Menschen**, WfbM, nach § 136 SGB IX, Neuntes Buch Sozialgesetzbuch, arbeiten können, siehe Abschnitt 4.4), **liegt regelmäßig volle Erwerbsminderung** vor (§ 43 Abs. 2 SGB VI).

Die **Höhe der Erwerbsminderungsrente** zu einem bestimmten Zeitpunkt bei gegebener Erwerbsgeschichte errechnet sich nach dem gleichen komplexen System von **Anwartschaften** wie die Altersrente, hier ist auf jeden Fall eine **individuelle Fachberatung** durch die Beratungsstellen der **Deutschen Rentenversicherung** (siehe unten) erforderlich.

Die **Erwerbsminderungsrente** wird zunächst **auf bis zu drei Jahre** befristet gewährt, erst nach zweimaliger Weitergewährung aufgrund **erneuter Würdigung** der gesundheitlichen Lage des/der Betroffenen erfolgt nach neun Jahren eine **unbefristete** Gewährung.

In den meisten Fällen reicht die Erwerbsminderungsrente als alleinige Lebensgrundlage nicht aus, so dass bei **voller Erwerbsminderung** ergänzend **Grundsicherung bei Erwerbsminderung** nach **SGB XII** (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch, Sozialhilfe) erforderlich ist. Handelt es sich jedoch nur um **teilweise Erwerbsminderung**, so kann Anspruch auf **Grundsicherung für Arbeitssuchende** nach **SGB II** (Zweites Buch Sozialgesetzbuch, Arbeitslosengeld II, „Hartz IV“) bestehen (siehe Abschnitt 2).

Häufig sind Menschen mit **Erwerbsminderungsrenten** in einer Höhe **knapp über der Sozialhilfegrenze besonders von Benachteiligung betroffen**, da sie viele Ermäßigungen und Erleichterungen **nicht erhalten**, die insbesondere Bezieherinnen und Bezieher von **Grundsicherung** (nach SGB II und SGB XII) zustehen oder freiwillig gewährt werden (siehe auch: **Härtefallregelung** bei den Rundfunkbeiträgen, Abschnitt 1.6.5).

### **Besonderheiten bei wesentlicher Behinderung/Werkstattbeschäftigung**

Nach § 43 Abs. 6 SGB VI (Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) erlangen Menschen, die **rentenversichert** sind und **bereits vor Ende der fünfjährigen normalen Wartezeit als voll erwerbsgemindert** anerkannt wurden, nach 20 Jahren weiterer „Wartezeit“ (ab der Feststellung) in diesem Status Anspruch auf eine **Erwerbsminderungsrente** (ohne Untersuchungen und Begutachtungen wie bei der „gewöhnlichen“ Beantragung einer Erwerbsminderungsrente). Da

insbesondere bei **angeborenen** Behinderungen **volle Erwerbsminderung** oft schon früh zuerkannt wird (innerhalb der fünf Jahre), erreichen viele Personen während ihrer Tätigkeit in einer Werkstatt (nach § 136 SGB IV, Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) diese „Wartezeit“ und damit den **Erwerbsminderungsrenten-Anspruch**.

Die eigentliche Besonderheit dabei ist, dass nach § 162 Nr. 2 SGB VI bei der Berechnung der von der Werkstatt zu zahlenden **Rentenbeiträge** (und damit der **Höhe der Erwerbsminderungsrente**) ein **Mindestwert** von **80% der jeweils gültigen Bezugsgröße** (§ 18 SGB IV, Viertes Buch Sozialgesetzbuch) als Grundlage festgelegt ist, also wesentlich **mehr**, als es dem geringen Werksattentgelt eigentlich entspricht. Die jährlich ermittelte **Bezugsgröße** ergibt sich nämlich aus dem **Durchschnittsentgelt aller Versicherten** der gesetzlichen Rentenversicherung im vorvergangenen Jahr (also zwei Jahre vorher). Daraus folgt ein nahezu automatischer Anspruch der Werkstattbeschäftigten auf eine **vergleichsweise hohe** Erwerbsminderungsrente, die sogar höher liegen kann als der Durchschnitt der Erwerbsminderungsrenten gewerblich Beschäftigter allgemein.

Allerdings sehen Fachleute hierin auch einen **Fehlanreiz**, der zu verstärkten Werkstatteintritten beitragen kann (vgl. „Entwicklung der Zugangszahlen zu Werkstätten für behinderte Menschen“, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 2008).

Die geringen Vergütungen in Werkstätten werden nach § 96a Abs. 1 Nr. 2 SGB VI nicht als **Zuverdienst** erfasst, so dass die Betroffenen sich in der Kombination Werkstattentgelt/Erwerbsminderungsrente **deutlich besser stellen** können als in der Kombination Werkstattentgelt/Grundsicherung (wegen teilweiser Anrechnung).

Das allgemein **absinkende Rentenniveau** betrifft jedoch auch die Erwerbsminderungsrenten, so dass dieser Vorteil sich in der Zukunft eher abschwächen wird.

Wegen der Namensähnlichkeit kann die hier behandelte **Erwerbsminderung** als Begriff der **Gesetzlichen Rentenversicherung** nach **SGB VI** (Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) leicht mit der **Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)** der **Gesetzlichen Unfallversicherung** nach **§ 56 SGB VII** (Siebtes Buch Sozialgesetzbuch) verwechselt werden.

## **Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung**

Die **Deutsche Rentenversicherung** bietet **umfangreiche Informationen** zu Rentenfragen, sowohl was die Altersrente als auch die Erwerbsminderungsrente betrifft:

**[www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de)**

Wegen der **beträchtlichen Komplexität** des Rentenrechts ist zur Klärung konkreter persönlicher **Rentenfragen (Anspruch und Höhe)** insbesondere die örtliche **Fachberatungsstelle** der **Deutschen Rentenversicherung** nach § 109 SGB VI (Renteninformation und Rentenauskunft) anzusprechen:

### **Deutsche Rentenversicherung, Regionalzentrum Mannheim**

Mozartstraße 3

68161 Mannheim

☎ 0621 82 00 5 0

📠 0621 82 00 5 120

[regio.ma@drv-bw.de](mailto:regio.ma@drv-bw.de)

[www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de)

## 2 Das gegliederte System der sozialen Sicherung

Das System der Sozialleistungen in Deutschland hat sich historisch entwickelt und umfasst eine Vielzahl von Leistungen für bestimmte **Personenkreise** und **Lebenslagen** mit jeweils eigener gesetzlicher Grundlage. Insbesondere die zwölf **Sozialgesetzbücher (SGB)** spielen eine wichtige Rolle; einige der Leistungssysteme sind grundsätzlich als Versicherungen angelegt.

### Übersicht der wichtigsten Sozialleistungen in Deutschland

Leistungsträger	Gesetz	Art der Leistungen
Arbeitslosenversicherung, Arbeitsförderung	SGB III	Teilhabe am Arbeitsleben, unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen
Jobcenter (Grundsicherung für Arbeitssuchende)	SGB II	Unterhaltssichernde Leistungen und Förderung der Erwerbsfähigkeit
Jugendhilfeträger	SGB VIII	Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit (drohender) seelischer Behinderung als einziger Behinderung, allgemeine Jugendhilfe
Gesetzliche Krankenversicherungen	SGB V	Medizinische Rehabilitation, unterhaltssichernde (Krankengeld) und andere ergänzende Leistungen
Rentenversicherung	SGB VI	Medizinische Rehabilitation, Teilhabe am Arbeitsleben, Altersrente, Rente bei Erwerbsminderung
Bund	BVG (Bundesversorgungsgesetz), OEG (Opferentschädigungsgesetz)	Medizinische Rehabilitation, Teilhabe am Arbeitsleben Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen
Sozialhilfeträger	SGB XII	Eingliederungshilfe, Grundsicherung, medizinische Rehabilitation, Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
Unfallversicherungen	SGB VII	medizinische Rehabilitation, Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen, Unfallrente

Für **Menschen mit Behinderung** nehmen das **SGB IX** (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch), **Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen**, und das **SGB XII** (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch), **Sozialhilfe**, eine zentrale Stellung ein. Eine wichtige Rolle spielen auch das **SGB V** (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch) über die **Gesetzliche Krankenversicherung** sowie das **SGB VI** (Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) über das **Gesetzliche Rentensystem**.

## 2.1 Grundsicherung, Sozialhilfe, Prinzip der Nachrangigkeit

Wegen **geringer Erwerbschancen** ist ein Teil der Menschen mit Behinderung leider auf Sozialleistungen zur **Unterhaltssicherung** angewiesen.

Die **Grundsicherung für Arbeitssuchende** nach den Bestimmungen des **SGB II** (Zweites Buch Sozialgesetzbuch), auch **Arbeitslosengeld II** genannt („Hartz IV“), steht Menschen mit Behinderung zu, solange sie grundsätzlich dem allgemeinen Arbeitsmarkt für eine **täglich dreistündige** Tätigkeit zur Verfügung stehen:

**§ 8 SGB II, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Erwerbsfähigkeit** [Hervorhebungen durch Verfasser]:

*(1) **Erwerbsfähig** ist, wer nicht wegen **Krankheit oder Behinderung** auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens **drei Stunden täglich** erwerbstätig zu sein.*

[...]

Die Feststellung der **Erwerbsfähigkeit** in diesem Sinn obliegt nach § 44a SGB II der **Agentur für Arbeit**, die hierfür medizinisch/psychologisch kompetentes Personal einsetzt. Das **Jobcenter** veranlasst die Begutachtung, sobald ein Mensch mit Behinderung **Grundsicherungsleistungen** beantragt:

### **Jobcenter Mannheim, Berufliche Rehabilitation**

Ifflandstraße 2-6

68161 Mannheim

☎ 0800 4 55 55 00 (Anruf kostenfrei)

📠 0621 18 16 65 56

mannheim.161-reha@arbeitsagentur.de

www.arbeitsagentur.de

Menschen mit Behinderung, deren Einschränkungen so **schwerwiegend** sind, dass sie nicht im Sinne von § 8 SGB II **mindestens drei Stunden am Tag arbeiten** können, gelten als **nicht erwerbsfähig** (dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehend, volle Erwerbsminderung), für sie ist damit **nicht** das **Jobcenter** sondern der **Sozialhilfeträger** nach den Regeln des SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) zuständig.

Im Vergleich zu den Bestimmungen der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (§ 12 SGB II) sind die Regeln der **Grundsicherung nach Sozialhilferecht** weitaus einschränkender was das Vermögen in Geld und Sachwerten anbelangt, das vor Bezug der Hilfen **verwertet** (d. h. ausgegeben) werden muss (siehe: Verordnung zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch).

Nach dem **Rentenrecht** des SGB VI (Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) entspricht die Feststellung der **Nichterwerbsfähigkeit** der sogenannten **vollen Erwerbsminderung** (siehe auch Abschnitt 1.7.9). **Teilweise** erwerbsgeminderte Personen nach Rentenrecht (also für sechs Stunden täglich arbeitsfähig) **verbleiben** im System der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (SGB II, Zuständigkeit **Jobcenter**).

Die **Sozialhilfe** des SGB XII ist selbst ein Oberbegriff, der sowohl die **Grundsicherung des Existenzminimums** als auch die sogenannte **Eingliederungshilfe** (6. Kapitel SGB XII) und weitere Hilfearten umfasst:

#### **§ 8 SGB XII, Leistungen** [Hervorhebungen durch Verfasser]:

Die **Sozialhilfe** umfasst:

1. Hilfe zum **Lebensunterhalt** (§§ 27 bis 40),
2. **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 bis 46a),
3. Hilfen zur Gesundheit (§§ 47 bis 52),
4. **Eingliederungshilfe** für behinderte Menschen (§§ 53 bis 60),
5. Hilfe zur Pflege (§§ 61 bis 66),
6. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67 bis 69),
7. Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70 bis 74)

sowie die jeweils gebotene Beratung und Unterstützung.

Die unterschiedlichen Zweige der Sozialhilfe haben voneinander abweichende **Anspruchsvoraussetzungen**. Bei **unterhaltssichernden Leistungen** wird dabei regelmäßig ein bestimmter Zustand der **Bedürftigkeit** (Hilfebedürftigkeit) vorausgesetzt.



Für Menschen mit Behinderung, die als **nicht erwerbsfähig** gelten (siehe oben) erfolgt die Unterhaltssicherung nach **SGB XII** (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) entweder als **Hilfe zum Lebensunterhalt** (§§ 27 bis 40 SGB XII) oder als **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (§§ 41 bis 46a SGB XII).

Eine besondere Stellung im Rechtssystem der Hilfe erwächst dem **Sozialhilfeträger** („Sozialamt“, in Mannheim: **Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales**) aus dem sogenannten **Nachrang der Sozialhilfe** (gemäß § 2 SGB XII). Danach wird (insbesondere unterhaltssichernde) **Sozialhilfe** grundsätzlich **immer dann (und nur dann)** gewährt, wenn sich Menschen durch den Einsatz ihrer **Arbeitskraft**, ihres **Einkommens**, ihres **Vermögens** und die Verwirklichung von **Ansprüchen** gegenüber **Personen** und anderen **Institutionen** nicht selbst helfen können. Dies schließt nicht nur Ansprüche gegenüber anderen **Kostenträgern** des Sozialsystems ein (z. B. Zahlungen der **Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Berufsgenossenschaft, nach Bundesversorgungsgesetz/ Opferentschädigungsrecht**), sondern umfasst auch **Unterhaltsansprüche** nach dem **Unterhaltsrecht des BGB** (Bürgerliches Gesetzbuch) gegenüber Kindern, Eltern oder Ehepartnern. Nur wenn auch durch Ausschöpfen **aller dieser Möglichkeiten** das Existenzminimum nicht zu sichern ist, kann **unterhaltssichernde Sozialhilfe** bezogen werden, daher auch der Begriff der **Grundsicherung**. Auf diese Weise stellt das Handeln des Sozialhilfeträgers die Erfüllung der Pflichten **anderer Träger** und die Heranziehung **Zahlungspflichtiger** sicher.

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**  
**Abteilung Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt**  
K1, 7-13  
68159 Mannheim  
Manfred Becker  
☎ 0621 293 9241  
📠 0621 293 9202  
manfred.becker@mannheim.de

## 2.2 Eingliederungshilfe als Form der Sozialhilfe

Die **Eingliederungshilfe** nach SGB XII wird, je nach Bundesland, vom **örtlichen** oder **überörtlichen Träger der Sozialhilfe** geleistet, ist hochgradig **individualisiert** und umfasst die größte Gruppe der speziell für Menschen mit Behinderung verfügbaren Nachteilsausgleiche, die aus einer **Vielzahl** möglicher **Einzelleistungen** bestehen können. Aufgabe der **Eingliederungshilfe** ist es nach § 53 Abs. 3 SGB XII, eine „**drohende Behinderung zu verhüten**“

*oder eine Behinderung oder deren Folgen zu **beseitigen** oder zu **mildern** und die **Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft einzugliedern**“.*

Voraussetzung der **Eingliederungshilfe** ist nach § 53 SGB XII, mit Bezug auf § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX, eine sogenannte **wesentliche Behinderung**. Die ergänzende **Eingliederungshilfe-Verordnung** (Abschnitt I, §§ 1-3) der Bundesregierung nach § 60 SGB XII zur genaueren Festlegung von Einzelheiten der Eingliederungshilfe stellt darauf ab, dass die Betroffenen durch ihre Behinderung **wesentlich in ihrer Teilhabefähigkeit** eingeschränkt sein müssen, um einen Leistungsanspruch zu begründen.

Der Begriff der **wesentlichen Behinderung** bleibt hinter der „Genauigkeit“ und Nachvollziehbarkeit (Objektivierbarkeit) des Systems der **Grade der Behinderung (GdB)/Schwerbehinderung** des gleichen SGB IX zurück, das über die **Versorgungsmedizin-Verordnung** unmittelbar mit **medizinischen Sachverhalten** verbunden ist (siehe Abschnitt 1.3).

Andererseits sind **Eingliederungshindernisse** bzw. **-chancen** für Menschen mit Behinderung auch von vermittelnden Umständen wie insbesondere dem **Arbeitsmarkt**, dem **Wohnungsmarkt**, dem **Maß der Barrierefreiheit** der Umgebung, der **Wirtschaftsstruktur** und **verbreiteten Einstellungen** beeinflusst. Sie können, in Kombination mit der Behinderung, entscheidend für das Ausmaß der Schwierigkeiten sein, obgleich sie **nicht Eigenschaften** der betroffenen Person sind. Insofern hat der allgemeinere Begriff **wesentliche Behinderung** aus Sicht der Eingliederungshilfe seine Berechtigung.

Die **Leistungen** der Eingliederungshilfe für Menschen mit wesentlicher Behinderung umfassen Leistungen:

- zur medizinischen Rehabilitation
- zur Teilhabe an Arbeit
- zur Bildung
- zur sozialen Teilhabe

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit wesentlicher Behinderung nach SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) ist eine **individualisierte** Sozialleistung bei der die **Bedarfe des einzelnen Menschen** mit Behinderung im Mittelpunkt stehen (mit grundsätzlich „offenem Leistungskatalog“, anders als z. B. bei den Leistungen der Krankenkassen nach SGB V, Fünftes Buch Sozialgesetzbuch).

Ein wichtiger Unterschied zwischen den Sozialhilfeleistungen der **Grundsicherung** (des Existenzminimums) und denen der **Eingliederung** (Hilfe zur Teilhabe) ist, dass letztere nach § 92 SGB XII **teilweise unabhängig** von Einkommen und Vermögen der betroffenen Personen

gewährt werden. Dies bedeutet, dass hier das Prinzip des **Nachranges der Sozialhilfe** nicht oder nur eingeschränkt gilt:

**§ 92 SGB XII, Anrechnung bei behinderten Menschen** [Hervorhebungen durch Verfasser]:

(1) Erfordert die Behinderung Leistungen für eine **stationäre Einrichtung**, für eine **Tageseinrichtung** für behinderte Menschen oder für **ärztliche oder ärztlich verordnete Maßnahmen**, sind die Leistungen hierfür **auch dann in vollem Umfang** zu erbringen, wenn den in § 19 Abs. 3 genannten Personen die Aufbringung der Mittel zu einem Teil **zuzumuten** ist. **In Höhe dieses Teils** haben sie zu den Kosten der erbrachten Leistungen **beizutragen**; mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

(2) Den in § 19 Abs. 3 genannten Personen ist die Aufbringung der Mittel **nur für die Kosten des Lebensunterhalts zuzumuten**

1. bei **heilpädagogischen Maßnahmen** für Kinder, die noch nicht eingeschult sind,
2. bei der Hilfe zu einer **angemessenen Schulbildung** einschließlich der Vorbereitung hierzu,
3. bei der Hilfe, die dem behinderten noch nicht eingeschulten Menschen die für ihn erreichbare **Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft** ermöglichen soll,
4. bei der Hilfe zur **schulischen Ausbildung** für einen **angemessenen Beruf** oder zur **Ausbildung** für eine sonstige **angemessene Tätigkeit**, wenn die hierzu erforderlichen Leistungen in besonderen Einrichtungen für behinderte Menschen erbracht werden,
5. bei Leistungen zur **medizinischen Rehabilitation** (§ 26 des Neunten Buches),
6. bei Leistungen zur **Teilhabe am Arbeitsleben** (§ 33 des Neunten Buches),
7. bei Leistungen in **anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen** nach § 41 des Neunten Buches und in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten (§ 56),
8. bei Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, die erforderlich und geeignet sind, behinderten Menschen die für sie erreichbare **Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen**, soweit diese Hilfen in besonderen teilstationären Einrichtungen für behinderte Menschen erbracht werden.

Die in Satz 1 genannten Leistungen sind **ohne Berücksichtigung von vorhandenem Vermögen** zu erbringen. Die Kosten des in einer Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts sind in den Fällen der Nummern 1 bis 6 nur **in Höhe der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen** anzusetzen; dies gilt nicht für den Zeitraum, in dem gleichzeitig mit den Leistungen nach Satz 1 in der Einrichtung durchgeführte andere Leistungen überwiegen.

*Die Aufbringung der Mittel nach Satz 1 Nr. 7 und 8 ist **aus dem Einkommen nicht zumutbar**, wenn das Einkommen des behinderten Menschen insgesamt einen Betrag in Höhe des **Zweifachen der Regelbedarfsstufe 1** nach der Anlage zu § 28 nicht übersteigt [Verfasser: Betrag der Regelbedarfsstufe 1, 2017: 409 €]. Die zuständigen Landesbehörden können Näheres über die Bemessung der für den häuslichen Lebensbedarf ersparten Aufwendungen und des Kostenbeitrags für das Mittagessen bestimmen. Zum Ersatz der Kosten nach den §§ 103 und 104 ist insbesondere verpflichtet, wer sich in den Fällen der Nummern 5 und 6 vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht oder nicht ausreichend versichert hat.*

*(3) Hat ein anderer als ein nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtiger nach sonstigen Vorschriften Leistungen für denselben Zweck zu erbringen, dem die in Absatz 2 genannten Leistungen dienen, wird seine Verpflichtung durch Absatz 2 nicht berührt. Soweit er solche Leistungen erbringt, kann abweichend von Absatz 2 von den in § 19 Abs. 3 genannten Personen die Aufbringung der Mittel verlangt werden.*

Aufgabe des **Sozialhilfeträgers** ist nach § 58 SGB XII auch die Aufstellung eines **Gesamtplans** bezüglich der Hilfen und Maßnahmen (siehe Abschnitt 2.6).

Grundsätzlich werden von **Leistungsträgern** (d. h. Kostenträgern) Leistungen sogenannter **Leistungserbringer** bezahlt. Hiermit sind alle **Dienste, Einrichtungen und Unternehmen** gemeint, die für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger **arbeiten**, z. B. Einrichtungen der Frühförderung, integrative Kindergärten, Betreuungsleistungen, berufsvorbereitende und berufsbegleitende Angebote, Integrationsprojekte, Inklusionsbegleitung, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Wohneinrichtungen, familienentlastende Dienste sowie Beratungs- und Servicestellen in freier Trägerschaft. Viele dieser Einrichtungen sind im vorliegenden Ratgeber aufgeführt.

**Vorschau:**

Künftig gibt es eine **Trennung** der Leistungen zur allgemeinen **Existenzsicherung** (einschließlich Wohnversorgung) und der **behinderungsbezogenen** sogenannten **Fachleistungen** der **Eingliederungshilfe**. Anders als bisher wird die Eingliederungshilfe **keine** Form der Sozialhilfe mehr sein, sondern eine gesonderte **Leistung zur Teilhabe** von Menschen mit Behinderung.

Die allgemeinen Leistungen zur Existenzsicherung der (Sozialhilfe, Grundsicherung) entsprechen dabei grundsätzlich in allen Aspekten denen für **bedürftige Personen ohne Eingliederungshilfe-Anspruch**, bei denen es nur behinderungs- oder krankheitsbedingte Erleichterungen (z. B. besondere Mehrbedarfe) gibt.

Durch das **Bundesteilhabegesetz** kommt es bei der Berücksichtigung von **Einkommen** und **Vermögen** im Zusammenhang mit **Eingliederungshilfe-Leistungen** (**nicht** bei Leistungen zur **Existenzsicherung**) zu einer Besserstellung der Betroffenen (Erhöhung der Freibeträge). Dabei erfolgt eine Umstellung der Systematik der Kostenbeteiligung von einem **Anrechnungs-** auf ein **Beitragssystem**.

**Unterhaltsverpflichtungen** (z. B. von Ehepartnern) werden vermindert, sich daraus ergebende „Heiratshindernisse“ werden im Sinne der UN-Konvention abgebaut.

### 2.2.1 Reformziel Inklusion gemäß der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung

Die **UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung** betrifft nicht nur den Bereich Erziehung und Bildung junger Menschen (siehe Abschnitt 3), sondern ist für alle Themen und Aufgaben im Zusammenhang mit menschlicher Behinderung der entscheidende Leitfaden (siehe **Geschäftsbericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung 2010-2012**). In allen Lebensbereichen wird die bisherige beschränkte Auffassung von Rehabilitation im Sinne einer individuellen (**Wieder-)** **Befähigung** und **Eingliederung** (sogenannter „Defizit-Ansatz“) verlassen. Es geht nach heutigem Verständnis gleichberechtigt auch darum, auf **einschränkende Lebensumstände** Einfluss zu nehmen, also bauliche, technische und soziale Hindernisse im Leben von Menschen mit Behinderung **zu beseitigen**, um Inklusion mehr und mehr zu ermöglichen. Teilhabe wird nicht mehr allein auf den Arbeitsmarkt bezogen, sondern umfasst **alle für Menschen in einer Gesellschaft bedeutsamen Aktivitätsbereiche**.

Was Verständnis und Praxis von **Sozialleistungen** betrifft, werden Menschen mit Behinderung nicht mehr hauptsächlich als untätige **Fürsorgeempfänger**, sondern als **Handelnde der Teilhabe** angesehen.

Ein Kernstück der Bemühungen um Inklusion ist das Bestreben, **behinderungsbezogene Sondersysteme** und **Sondereinrichtungen** (stationäre Sonder-Wohneinrichtungen mit Heimcharakter, Sonderschulen, Sonderkindergärten und Sonderwerkstätten ohne hinreichende Wertschöpfung und Einkommenschancen) durch inklusive Lösungen zu ersetzen. Die **UN-Konvention** geht davon aus, dass insbesondere die **Abdrängung** von Menschen mit Behinderung in diese **Sonderstrukturen** und damit ihre regelmäßige Trennung von der Mehrheit der Menschen ohne Behinderung eine nicht länger hinzunehmende, **grundlegenden Benachteiligung** darstellt, der mit entsprechenden langfristig angelegten Reformprogrammen abgeholfen werden muss.

### 2.2.2 Sozialräumliche Organisation der Eingliederungshilfe in Mannheim

Im Jahre 2005 wurde im Land **Baden-Württemberg** im Zuge einer Reform die Zuständigkeit für die **Eingliederungshilfe** an die Landkreise und kreisfreien Städte, so auch an die Stadt Mannheim, übertragen. In Mannheim ist bereits die sogenannte **sozialräumliche Organisation der Eingliederungshilfe** nach Wohngebieten verwirklicht. Diese Organisation behördlicher Zuständigkeiten gilt als moderne Alternative zur herkömmlichen **alphabetischen Zuordnung** (nach Familiennamen) der Bürgerinnen und Bürger zu den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern eines Amtes. Ziel der Zuordnung nach **Wohngebieten** ist die **erleichterte Behandlung** von Problemen, die nicht nur **einzelne Personen** isoliert betreffen, sondern die im Zusammenhang mit der **sozialen und baulichen Wohnumgebung** stehen können und die daher für viele Bewohnerinnen und Bewohner eines Viertels gleichermaßen von Bedeutung sind. Dadurch sollen die **Kenntnisse** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltung über die **örtlichen Gegebenheiten** in den Stadtteilen verbessert und ihre Arbeit erleichtert werden (auch durch Einsparung von Wegezeiten bei aufsuchender Arbeit, da die Adressen nahe beieinanderliegen).

Der ursprüngliche Gedanke sozialräumlicher Betrachtungs- und Vorgehensweise ist die bessere Nutzung **vorhandener Ressourcen** und Hilfestrukturen im **Wohnquartier**.

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**

**Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung**

Abteilungsleitung: Anita Reidel

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 34 34

📠 0621 293 34 70

anita.reidel@mannheim.de

**Bezirk Nord** (Sandhofen, Scharhof, Kirschgartshausen, Blumenau, Schönau, Waldhof, Speckweggebiet, Gartenstadt, Luzenberg, Käfertal, Sonnenschein, Vogelstang, Wallstadt, Straßenheim):

Sachgebietsleiterin: Jeanette Braggié

☎ 0621 293 87 28

📠 0621 293 26 10

jeanette.braggie@mannheim.de

**Bezirk Mitte** (Innenstadt, Jungbusch, Neckarstadt-West, Friesenheimer Insel, Neckarstadt-Ost, Herzogenried, Wohlgelegen, Oststadt, Schwetzingenstadt, Neuostheim, Neuhermsheim, Feudenheim):

Sachgebietsleiter: Lutz Ruden

☎ 0621 293 92 45

📠 0621 293 34 70

lutz.ruden@mannheim.de

**Bezirk Süd** (Lindenhof, Seckenheim, Suebenheim, Hochstätt, Friedrichsfeld, Alteichwald, Neckarau, Niederfeld, Almenhof, Casterfeld, Mallau, Rheinau, Pfingstberg):

Sachgebietsleiter: Heinz Winker

☎ 0621 293 34 80

📠 0621 293 34 70

heinz.winker@mannheim.de

## **Ausnahmen vom sozialräumlichen Organisationsprinzip**

**Bestimmte Leistungen**, die nur für eine vergleichsweise geringe Anzahl von Betroffenen von Bedeutung sind, werden **jedoch nicht** nach dem sozialräumlichen Organisationsprinzip bearbeitet, sondern liegen stadtweit in der **Zuständigkeit spezialisierter Sachbearbeiterinnen**

**und Sachbearbeiter** (siehe Blinderhilfe Abschnitt 2.3.4, Frühförderanträge Abschnitt 3.1, individueller kommunaler Beförderungsdienst Abschnitt 6.3).

### **2.2.3 Besonderheit bei Kindern und Jugendlichen mit drohender seelischer Behinderung als *einzig*er Behinderung**

Auch für **Kinder und Jugendliche** mit einer wesentlichen **geistigen, körperlichen oder Mehrfachbehinderung** (d. h. geistig und/oder körperlich und/oder seelisch) ist der **Sozialhilfeträger** im Rahmen der **Eingliederungshilfe** nach SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) zuständig (siehe vorheriger Abschnitt).

Die **Eingliederungshilfe** für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) **seelischen Behinderung** (siehe Abschnitt 1.2) als **einzig**er Behinderung (d. h. nicht in Kombination mit Behinderungen anderer Art/Mehrfachbehinderung) **liegt jedoch nicht** in der Zuständigkeit des **Sozialhilfeträgers** nach SGB XII sondern des **Trägers der Jugendhilfe** (Jugendamt) nach § 35a SGB VIII (Achstes Buch Sozialgesetzbuch), **Kinder- und Jugendhilfe**.

Bei **Erwachsenen** gibt es keine solche abweichende Zuständigkeit im Falle drohender **seelischer Behinderung** als alleiniger Behinderung. Hier ist, wie oben beschrieben, stets der **Sozialhilfeträger** im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB XII zuständig.

Die **Feststellung**, ob die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft (z. B. in der Schule) durch eine **(drohende) seelische Behinderung** beeinträchtigt ist (ob also **Bedarf** für Eingliederungshilfe besteht), bzw. ob dies zu erwarten ist, erfolgt ebenso wie die **Ausgestaltung der individuellen Hilfen**, durch die örtlichen **Jugendämter** nach § 35a SGB VIII.

Bei Maßnahmen der **Jugendhilfe** (also nicht der Eingliederungshilfe), die mit der Behinderung **nichts zu tun haben**, ist auch für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung der **Jugendhilfeträger** (das Jugendamt) zuständig.

**Stadt Mannheim, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt -**,  
Soziale Dienste  
R1, 12  
68161 Mannheim  
☎ 0621 293 36 31  
soziale.dienste@mannheim.de  
www.mannheim.de/jugendamt



Die besagte Eingliederungshilfe nach **Jugendhilferecht** gleicht inhaltlich grundsätzlich der nach **Sozialhilferecht**. Nach den §§ 91-94 SGB VIII sind die Möglichkeiten zur **Heranziehung** von Eltern, Ehegatten und Lebenspartnern zur **Finanzierung** der Maßnahmen aber deutlich größer als die Verpflichtungen bei der Eingliederungshilfe nach **Sozialhilferecht** bei Kindern und Erwachsenen (siehe auch Abschnitt 2.2).

## 2.3 Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Im SGB IX (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) sind das **Rehabilitationsrecht** und das **Schwerbehindertenrecht** zusammengefasst, die für Menschen mit Behinderung von großer Bedeutung sind (siehe auch Abschnitt 1.7).

Nach § 3 SGB IX ist der **Vorrang der Vorbeugung** vor der Heilung und Rehabilitation zu beachten.

Je nach individueller Lebenssituation des betroffenen Menschen mit Behinderung sind verschiedene **Leistungsträger** zuständig. Diese sind nach § 12 SGB IX zur **Zusammenarbeit** verpflichtet. Mit Bezug auf SGB IX, **Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen**, werden die beteiligten Leistungsträger oft auch **Rehabilitationsträger** („Reha-Träger“) genannt, besonders im Bereich der Arbeitsverwaltung, Renten- und Unfallversicherung.

Die neben dem **Träger der Sozialhilfe** wichtigen weiteren **Kosten-/Rehabilitationsträger** nach § 6 SGB IX:

- Gesetzliche Krankenkassen
- Gesetzliche Unfallversicherung
- Gesetzliche Rentenversicherung
- Bundesagentur für Arbeit
- Träger der öffentlichen Jugendhilfe

### 2.3.1 Bereichsübergreifende Beratung und Zusammenarbeit der Leistungsträger

Da **Komplexität** und Vielfalt des Hilfesystems und des zugrundeliegenden **Sozialrechts** für Betroffene eine **erhebliche Erschwernis** darstellen, muss eine **bereichsübergreifende Beratung sichergestellt** sein:

**Leistungen zur Teilhabe** sind nach § 12 SGB IX „*nahtlos, zügig sowie nach Gegenstand, Umfang und Ausführung einheitlich*“ zu erbringen, **Abgrenzungs-** und **Zuständigkeitsfragen** einvernehmlich zu klären.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, hat der Gesetzgeber mit § 23 SGB IX die sogenannten **Gemeinsamen Servicestellen** (unter dem Dach der **Deutschen Rentenversicherung**) geschaffen, die eine bereichsübergreifende und dem Einzelfall angepasste Beratung (oder Weiterleitung) zu allen **Fragen der Nachteilsausgleiche** (und nicht nur des Rentenrechts) zu leisten haben:

**Deutsche Rentenversicherung, Gemeinsame Servicestelle für Rehabilitation**

Mozartstraße 3

68161 Mannheim

☎ 0621 82 00 52 01

📠 0621 82 00 52 20

servicestelle.ma@drv-bw.de

www.reha-servicestellen.de

Gemäß **§ 59 SGB XII** (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) besteht für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige außerdem die Möglichkeit, sich im **Fachbereich Gesundheit** („Gesundheitsamt“) der Stadt Mannheim kostenlos beraten zu lassen:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit**

R1, 12

68161 Mannheim

☎ 0621 293 22 06

📠 0621 293 22 80

gabriele.thoma@mannheim.de

**Vorschau:**

Durch das **Bundesteilhabegesetz** wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Leistungsträger bei **Bedarfsfeststellung** und **Leistungsgewährung** bundeseinheitlich und genauer als bisher geregelt, so dass sich Abstimmungsschwierigkeiten nicht mehr zum Nachteil der Betroffenen auswirken sollen (**Bedarfsermittlungsverfahren, Hilfeplanverfahren, Teilhabeplanung**).

Die bisherigen **Gemeinsamen Servicestellen** werden als nicht erfolgreiche Struktur abgeschafft, die Stellen gehen in der Regel in **Rentenberatungsstellen** der Deutschen Rentenversicherung über.

Die neuen Verfahren der **trägerübergreifenden Hilfeplanung** nach dem **Bundesteilhabegesetz** mit einer Reihe von Neuerungen werden ab 2018 angewendet.

### 2.3.2 Persönliches Budget

**Leistungsberechtigte** Bürgerinnen und Bürger können nach § 57 SGB XII auf Antrag bestimmte Leistungen der Hilfe für Menschen mit Behinderung auch als Teil eines sogenannten **Persönlichen Budgets** (persönliche Geldmittel) erhalten. Die Einzelheiten hierzu sind in § 17 SGB IX und in der gesonderten **Budgetverordnung** (BudgetV) festgelegt. Menschen mit Behinderung haben das Recht, die ihnen zustehenden Leistungen in dieser Form als **trägerübergreifende** sogenannte **Komplexleistungen** (zusammengesetzte Leistungen) zu erhalten. Die **Leistungsträger** finanzieren dabei nicht, wie bisher üblich, unmittelbar die **Leistungserbringer** (Einrichtungen und Dienste), sondern der Mensch mit Behinderung erhält eine entsprechende **Geldleistung**. Zu dieser Geldleistung tragen gegebenenfalls mehrere Stellen bei („**trägerübergreifend**“) und ermöglichen dem oder der Betroffenen, sich die erforderlichen Dienste und Produkte nach persönlicher Auswahl **selbst einzukaufen**. Ziel dieser Neuerung ist **Selbstbestimmung** statt **Fremdbestimmung**.

Erfahrungen zeigen inzwischen, dass das Verfahren der **Persönlichen Budgets**, trotz des beträchtlichen Aufwands der von Betroffenen bzw. deren Betreuerinnen und Betreuern zu leisten ist, in deutlich **steigendem Umfang** in Anspruch genommen wird.

Zur Beratung und Antragstellung bezüglich des **Persönlichen Budgets** siehe **Übersicht in Abschnitt 2.2.2**.

### 2.3.3 Rehabilitation psychisch kranker Menschen (RPK)

Für Menschen mit **psychischer Erkrankung/seelischer Behinderung** besteht eine auf diesen Personenkreis abgestimmte therapeutische Leistung, die **Rehabilitation psychisch kranker Menschen (RPK)**, nach § 111 SGB V (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch), Versorgungsverträge mit Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Da viele psychische Erkrankungen/Behinderungen **nicht abschließend geheilt** werden können (siehe auch Abschnitt 1.2) geht es dabei insbesondere um die Vermeidung bzw. Beendigung von Zeiten der **Erwerbsunfähigkeit**, der sozialen Isolation und des Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt (siehe auch Abschnitt 1.7). Da die betroffenen Menschen, anders als die meisten Bürgerinnen und Bürger mit angeborenen Behinderungen, in vielen Fällen vor ihrer Erkrankung/Behinderung bereits in **regulären Arbeitsverhältnissen** standen, sind hier die zuständigen **Kostenträger** in erster Linie die **Rentenversicherung** und die **Agentur für Arbeit**, aber auch die **gesetzlichen und privaten Krankenkassen**. Der Sozialhilfeträger spielt für die Finanzierung von RPK **nur in Ausnahmefällen** eine Rolle. Auf die Erbringung von **hierzu speziell definierten Leistungen** der RPK haben sich gemäß § 111 SGB V bestimmte Einrichtungen konzentriert, die landes- und bundesweit unter **www.bagrpk.de** aufzufinden sind (s. u.). Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation psychisch kranker Menschen e. V.** bietet darüber hinaus auf ihrer Seite reichhaltige Informationen:

**Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation psychisch kranker Menschen e. V.**

Günther-Wagner-Allee 13

30177 Hannover

☎ 0511 34 92 514

📠 0511 34 92 524

theissing@beta89.de

www.bagrpk.de

**RPK-Leistungserbringer in Mannheim:**

**Diakonie, Elisabeth-Lutz-Haus**, Abteilung Rehabilitation psychisch kranker Menschen,

Einrichtungsleitung: Gisela Müller, Ärztliche Leitung: Dr. Jens Bullenkamp

Stresemannstraße 8

68165 Mannheim

☎ 0621 42 64 70

📠 0621 42 64 725

gisela.mueller@ekma.de

www.diakonie-mannheim.de

### 2.3.4 Blindenhilfe

Blinde Menschen sind im Alltag gegenüber Sehenden besonders benachteiligt. Durch ihre Behinderung entstehen ihnen in der Regel **Mehrkosten**.

Zum Ausgleich sind in den **Landesblindenhilfegesetzen** der Bundesländer sowie im SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) des **Bundes** gesonderte Hilfen für diese Gruppe der Menschen mit Behinderung vorgesehen. Es gibt also grundsätzlich Blindenhilfe nach **Landesrecht** und, dazu ergänzend, unter bestimmten Voraussetzungen (siehe unten), Blindenhilfe nach **Bundesrecht**.

Die **medizinischen Voraussetzungen** für den Bezug von Blindenhilfe **beider Arten** liegen bei Personen vor, wenn **entweder**

- sie auf beiden Augen vollständig blind sind
- ihre Sehschärfe auf keinem Auge mehr als 1/50 beträgt  
(auch nicht bei beidäugiger Prüfung)
- eine andere gleich schwere Beeinträchtigung der Sehfähigkeit gegeben ist

Für Baden-Württemberg gilt das **Gesetz über die Landesblindenhilfe (BliHG)**. Das Vorliegen der Voraussetzungen (§ 1 Gesetz über die Landesblindenhilfe) muss augenärztlich festgestellt und bescheinigt werden. Bei der **Landesblindenhilfe** handelt es sich um eine monatlich fortlaufend gewährte Geldleistung, **unabhängig von Einkommen und Vermögen** der betroffenen Person. Sie beträgt für volljährige blinde Menschen **410 €** und für minderjährige Blinde **205 €**. Die Blindenhilfe wird bei Vorliegen der medizinischen Voraussetzungen **auf Antrag** gewährt.

Soweit Einkommen und Vermögen einer **Landesblindenhilfe** beziehenden Person (bzw. ihrer **Bedarfsgemeinschaft**) gering sind, also **Bedürftigkeit** nach den Einkommens- und Vermögensgrenzen des Sozialhilferechts nach SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) vorliegt (siehe auch Abschnitte 2, 2.1) kann, **ergänzend** zur Landesblindenhilfe, Anspruch auf Blindenhilfe nach **Bundesrecht** bestehen (§ 72 SGB XII).

Von dieser „**Bundesblindenhilfe**“ ist die bereits gewährte Landesblindenhilfe entsprechend abzuziehen, da sie als **gleichartige Leistung** (das heißt Leistung zum gleichen Zweck, aus dem gleichem Grund) gilt. Die Höhe der **Landesblindenhilfe** ist in den Ländern unterschiedlich, sie kann dort auch vollständig abgeschafft werden. Die „**Bundesblindenhilfe**“ bewirkt also im Ergebnis eine bundesweite Vereinheitlichung des Blindenhilfeanspruches blinder **Bedürftiger**.

Grundsätzlich ist Blindenhilfe (sowohl nach Landes- als auch nach Bundesrecht) **kein Einkommen** im Sinne der Einkommensfeststellung zur Überprüfung des Sozialhilfeanspruches einer Person oder Bedarfsgemeinschaft, wird dabei also **nicht angerechnet** (§ 82 SGB XII).

Einschränkungen gibt es jedoch bei gleichzeitigem Bezug von Leistungen der **Pflegeversicherung** nach SGB XI (Elftes Buch Sozialgesetzbuch) oder bei **stationärer Unterbringung** (in Heimen) sowie bei einigen weiteren speziellen Sachverhalten. Hier verringern sich die Leistungen der Blindenhilfe, da eine **teilweise Verrechnung** vorgenommen wird (§ 72 Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB XII). Näheres hierzu ist gegebenenfalls im Rahmen der **Einzelfallberatung** (s. u.) zu klären.

**Ansprechpartner** für alle Fragen der Blindenhilfe und die Ausgabe der **Antragsunterlagen**:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**

**Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung,**

**Bereich Blindenhilfe**

K1, 7-13

68159 Mannheim

Peter Seiler

☎ 0621 293 36 73

📠 0621 293 26 10

peter.seiler@mannheim.de

## 2.4 Gesamtplan

Ein wichtiger Schritt in komplexen Fällen der Eingliederungshilfe ist die Erstellung eines **Gesamtplans** nach § 58 SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch): Der **Träger der Sozialhilfe** („Sozialamt“, in Mannheim: **Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales**) stellt so frühzeitig wie möglich diesen **Gesamtplan** zur Durchführung der einzelnen Leistungen auf. Dabei bezieht er sowohl den Antragsteller/die Antragstellerin (bzw. dessen/deren gesetzliche Vertretung), den/die Leistungserbringer sowie andere Beteiligte, je nach **Maßgabe des Einzelfalles**, in die Beratungen ein. Mit dem Gesamtplan ist der **Bedarf** der Antragstellerin/des Antragstellers festzulegen und zu bestimmen, mit welchen Maßnahmen die Ziele erreicht werden sollen.

### 3 Inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung

Entsprechend der seit 2009 für Deutschland gültigen **UN-Konvention** (Übereinkunft der Vereinten Nationen) **für die Rechte von Menschen mit Behinderung** streben wir auch in Mannheim danach, **alle Kinder und Jugendlichen, wann immer möglich, in den für ihr Wohngebiet zuständigen allgemeinen Schulen zu unterrichten und in allgemeinen Kindergärten zu betreuen**. Das heißt, es soll wenn möglich nicht ein Teil der Kinder und Jugendlichen Sondereinrichtungen besuchen, die sie von der Mehrheit der gleichaltrigen Kinder und Jugendlichen trennen (Inklusion, gesellschaftlicher Einschluss), siehe **Artikel 24 UN-Konvention**.

Vieles deutet darauf hin, dass die Trennung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung für **alle Menschen**, und auf lange Sicht auch für die **gesamte Gesellschaft, nachteilig** ist. Zur frühzeitigen Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses, zur Förderung des gemeinsamen Lernens und für mehr **Chancengleichheit** und Durchlässigkeit ist es **vorteilhaft**, möglichst alle Kinder und Jugendlichen **zusammen zu unterrichten** und niemanden abzusondern.

#### Wahlfreiheit

Zugleich ist anzuerkennen, wenn Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern aus eigener Entscheidung einschlägige Sondereinrichtungen bevorzugen, es soll **kein Kind und kein Jugendlicher mit Behinderung** zum Besuch anderer Einrichtungen gezwungen werden.

#### Neue Fähigkeiten der Betreuungseinrichtungen und Schulen sind Voraussetzung

Um den Kindern und Jugendlichen mit Behinderung den Besuch der **allgemeinen Schulen** im Sinne der Inklusion (der unbeschränkten Zugehörigkeit) zu ermöglichen, sind auch dort die notwendigen besonderen **Unterstützungsmaßnahmen** und **sonderpädagogischen Fähigkeiten** sicherzustellen, die früher nur in Sondereinrichtungen gegeben waren.

Gegenwärtig (2017) sind diese Möglichkeiten **noch im Aufbau begriffen** und nicht überall in hinreichendem Maße verwirklicht. Erfahrungen von **SBBZ/Sonderschulen**, die seit vielen Jahren Kinder und Jugendliche mit Behinderung im **zielgleichen** (und teilweise zieldifferenten) Unterricht an allgemeinen Schulen (teilweise in **Außenklassen**) am Wohnort beraten und unterstützen, werden sorgfältig ausgewertet und deren Fachleute an der Verwirklichung der inklusiven Maßnahmen beteiligt (siehe Abschnitt 3.3). Dies bezieht, neben der unmittelbaren Tätigkeit in der jeweiligen Schule, die Ausarbeitung von **Fortbildungsplänen** für Lehr- und

Erziehungspersonal genauso ein wie die **Entwicklung** und **Prüfung** von **Lehr- und Lernmitteln**, die auf die besonderen behinderungsbedingten Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmt sind. Keinesfalls darf der Reformansatz der Inklusion zum Verlust oder zur Nichtnutzung **sonderpädagogischen Spezialwissens** führen, das in Einrichtungen bisheriger Art gewonnen wurde, vielmehr muss dieses Wissen künftig in den **allgemeinen Einrichtungen** verfügbar sein.

### 3.1 Frühförderung

Frühförderung bezeichnet die **medizinischen, therapeutischen und pädagogischen** Hilfen für Kinder mit Behinderung oder drohender Behinderung in den **ersten Lebensjahren**.

Dabei gilt:

**„Frühe Hilfen sind wirksame Hilfen“.**

Daher bietet das System der Frühförderung vielfältige Unterstützung in den **Bereichen Diagnostik** (Erkennung von Schwächen, Behinderungen, Krankheiten), **Therapie, Beratung** und **pädagogische Förderung**. Die Angebote der Frühberatung und Frühförderung richten sich an Eltern von Kindern,

- deren Entwicklung verzögert oder beeinträchtigt ist
- die durch einen besonderen Umstand (z. B. Frühgeburt oder Krankheit) einem Entwicklungsrisiko ausgesetzt sind
- mit Verhaltensproblemen
- mit einer geistigen Behinderung oder einer Mehrfachbehinderung
- mit einer Körperbehinderung
- mit einer Seh- oder Hörschädigung
- mit einer Beeinträchtigung ihrer Sprachentwicklung oder Sprachfähigkeit
- vom Zeitpunkt der Geburt bis zum Schuleintritt

Die Angebote der Frühberatung und Frühförderung sind für die Eltern **kostenlos** und die Beratungsstellen unterliegen der **Schweigepflicht**. Frühfördermaßnahmen können nur mit schriftlichem Einverständnis bzw. im Auftrag der Eltern vorgenommen werden.

Auch Kindertageseinrichtungen können sich im Auftrag und mit **Einverständnis** der Eltern an eine Beratungsstelle wenden.

Auch wenn Eltern sich nicht sicher sind, welches Problem bei ihrem Kind vorrangig ist, können sie sich grundsätzlich an jede der aufgeführten **spezialisierten Beratungsstellen** wenden und werden dann **gegebenenfalls weiterverwiesen**.



Für **Abstimmung** und **Zusammenarbeit** der verschiedenen Einrichtungen der Frühförderung in Mannheim ist die **Arbeitsstelle Frühkindliche Bildung und Frühförderung, Bereich Frühförderung**, beim Staatlichen Schulamt Mannheim zuständig (siehe nächster Kasten).

Frühförderung soll bewirken, dass Kinder mit Behinderung soweit wie möglich ein **Leben in Normalität** führen können (siehe auch Abschnitt 3.4). Im Sinne des Zieles der gesellschaftlichen Inklusion (der Zugehörigkeit) können sie **allgemeine Kindergärten** und **allgemeine Schulen besuchen**. Sie sollen nicht (mehr) auf Sondersysteme, d. h. Sonderschulen oder Heimsonderschulen, Schulkindergärten (d. h. Kindergärten von Sonderschulen) usw., angewiesen sein.

Die oben genannte UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung betont ausdrücklich, **dass alle Kinder ein Recht auf den Besuch wohnortnaher allgemeiner Bildungseinrichtungen haben**. Davon unberührt bleibt das Wahlrecht der Eltern bezüglich der Art der zu nutzenden Angebote.

Rechtliche Grundlagen der sonderpädagogischen Frühförderung und Früherkennung von Förderbedarfen bilden insbesondere § 30 SGB IX (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) und die gesonderte „Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung von Kindern mit Behinderung oder drohender Behinderung“ (**Frühförderungsverordnung**). Frühförderung und Früherkennung gehören zu den Leistungen der **medizinischen Rehabilitation** (Wiederherstellung durch Heilung).

Durch **Frühförderung** werden Kinder und Eltern von Geburt bis Einschulung **zu Hause**, an wohnortnahen **allgemeinen Kindergärten** und anderen Einrichtungen durch das Personal der Frühförderstellen unterstützt. Die sonderpädagogische/heilpädagogische Frühförderung zielt auf Aktivität und Teilhabe, zum Beispiel durch Förderung der Beziehung Kind-Eltern, Wahrnehmung, Kommunikation, Bewegung und Begriffsbildung und unterstützt auch die Vorbereitung des Besuches eines **allgemeinen Kindergartens** bzw. die Aufnahme an der von den **Eltern gewünschten** Schule/Schulart.

Frühförderung wird als sogenannte **Komplexleistung** aus medizinischen und heilpädagogischen Maßnahmen erbracht. Leistungsträger für den **medizinischen Teil** ist die **Krankenkasse**, für die **heilpädagogischen Leistungen** der Träger der Eingliederungshilfe. Gesonderte Frühfördermaßnahmen in der **Verantwortung des Landes** (z. B. integrierte **Frühförderstellen** an **SBBZ/Sonderschulen/Schulkindergärten**) werden von diesem direkt finanziert.

Die speziellen auf der **Frühförderungsverordnung** beruhenden Leistungen erbringen in Baden-Württemberg die sogenannten **Frühförderstellen** und **sozialpädiatrischen Zentren/Beratungsstellen** (s. u.). Die integrative/inklusive Förderung in Kindertageseinrichtungen und

die Kindertagespflege gelten hingegen nicht als Frühfördermaßnahmen im Sinne der Verordnung, wenn auch inhaltlich oft an ähnlichen Aufgaben gearbeitet wird.

Hilfen für **Kinder mit Behinderung oder mit drohender Behinderung** sollen nach § 4 Abs. 3 SGB IX (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) nach Möglichkeit in ihrem sozialen Umfeld und inklusiv (d. h. **nicht** in **Sondereinrichtungen**) erbracht werden.

**Interdisziplinäre Frühförderstellen** sind eigenständige Einrichtungen, in denen medizinische, psychologische und sozialpädagogische Fachkräften arbeiten. Sie bieten eine „ganzheitliche“ familienorientierte Förderung für alle Entwicklungsstörungen von Kindern.

**Beratung durch das Staatliche Schulamt Mannheim zu Fragen der Frühförderung:**

**Staatliches Schulamt Mannheim, Bereich Frühförderung  
(Arbeitsstelle Frühkindliche Bildung und Frühförderung)**

Augustaanlage 67

68165 Mannheim

☎ 0621 292 41 40

📠 0621 292 41 44

ruth.gaisser@ssa-ma.kv.bwl.de

www.schulamt-mannheim.de

**Sprechzeiten:** Nach Vereinbarung

**Beratung durch die Stadt Mannheim zu Fragen der Frühförderung:**

**Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit**

R1, 12

68161 Mannheim

☎ 0621 293 22 06

📠 0621 293 22 80

gabriele.thoma@mannheim.de

### Leistungserbringung und Beratung zur Frühförderung:

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Familienzentrum Mannheim/Frühförderstelle  
für Kinder mit Entwicklungsauffälligkeiten**

M2, 15b

68161 Mannheim

☎ 0621 72 80 40

📠 0621 72 80 499

famz.mannheim@reha-suedwest.de

www.reha-suedwest.de/ffstma

**Anträge** auf Frühförderung (durch die Reha-Südwest Regenbogen gGmbH Frühförderstelle):

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,  
Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung**

K1, 7-13

68159 Mannheim

Fabian Geier

☎ 0621 293 91 13

📠 0621 293 26 10

fabian.geier@mannheim.de

## 3.2 Tageseinrichtungen für Kinder

Jedes Kind mit oder ohne Behinderung hat ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz** (Kinderförderungsgesetz, KiföG). Nach § 2 Abs. 2 KiTaG (Kindertagesbetreuungsgesetz) Baden-Württemberg sollen **Kinder mit und ohne Behinderung** in Kindertageseinrichtungen **gemeinsam** gefördert werden, soweit der Hilfebedarf dies zulässt. Die vorschulische Betreuung kann in Form von **Einzelinklusion** (unbedingte Zugehörigkeit) im **allgemeinen Kindergarten**, im **integrativen Kindergarten** (allgemeiner Kindergarten mit integrativer Gruppe) oder in Zusammenarbeit zwischen **Schulkindergarten** und **allgemeinem Kindergarten** erfolgen.

**Allgemeine Kindertageseinrichtungen der Stadt Mannheim** mit Eltern-Kind-Zentrum (ElKiZ) und **heilpädagogischen Plätzen**, auch für Kinder mit **Behinderung** oder **Entwicklungsverzögerung**. Aufgabe der Eltern-Kind-Zentren (ElKiZ) ist die bessere Berücksichtigung der familiären Gesamtsituation bei Betreuung, Förderung und Erziehung aber auch wohnortnahe Elternberatung unabhängig vom Besuch der Einrichtung:

**Eltern-Kind-Zentrum (ElKiZ) Oberer Ried** (Waldhof Ost),  
heilpädagogische Gruppe mit sechs heilpädagogischen Plätzen  
Frischer Mut 1-4  
68305 Mannheim  
☎ 0621 75 44 30  
📠 0621 72 96 813  
[elkiz.oberer-ried@mannheim.de](mailto:elkiz.oberer-ried@mannheim.de)

**Eltern-Kind-Zentrum (ElKiZ) Rheinau** (im Familienzentrum Rheinau),  
heilpädagogische Gruppe mit sechs heilpädagogischen Plätzen  
Relaisstraße 155  
68219 Mannheim  
☎ 0621 293 65 90  
📠 0621 293 65 90  
[elkiz.rheinau@mannheim.de](mailto:elkiz.rheinau@mannheim.de)

### 3.2.1 Integrative Tageseinrichtungen für Kinder mit und ohne Behinderung

**Katholischer Kindergarten St. Franziskus**  
Speckweg 6  
68305 Mannheim  
☎ 0621 74 47 85  
📠 0621 76 44 812  
[kita-st.franziskus@kathma-nord.de](mailto:kita-st.franziskus@kathma-nord.de)  
[www.gkg-mannheim.de](http://www.gkg-mannheim.de) (siehe Bereich „Kindergärten“)

**Lebenshilfe Mannheim e. V., Inklusive Kindertageseinrichtung „Don Bosco“**

(14 Plätze „Schulkindergarten“, 14 Plätze allgemeine Kindertageseinrichtung)

Am Sandhang 21

68239 Mannheim

☎ 0621 86 23 55 51

📠 0621 86 23 55 52

info@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Kindergarten „Regenbogen I“ und Krippen**

Stiller Weg 19

68305 Mannheim

☎ 0621 74 15 29

📠 0621 74 78 79

info@regenbogen-ggmbh-ma.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Kindergarten „Regenbogen II“ - Blumenau**

Viernheimer Weg 222

68307 Mannheim

☎ 0621 78 35 00

blumenau@reha-suedwest.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

**Waldorfkindergarten Gänsweide e. V. (Waldorfpädagogik)**

Neckarauer Waldweg 129

68199 Mannheim

☎ 0621 85 27 88

📠 0621 85 44 342

info@gaensweide.de

www.gaensweide.de

### 3.2.2 Schulkindergärten

**Schulkindergärten** bestehen in Baden-Württemberg nach dem **Schulgesetz für Baden-Württemberg** (§ 20) und der **Verwaltungsvorschrift** des Kultusministeriums über öffentliche Schulkindergärten (siehe [www.landesrecht-bw.de](http://www.landesrecht-bw.de)). Nach Aufhebung *allgemeiner* Schulkindergärten (Vorschulen) sind nur noch **Sonderschulkindergärten** (als deren Variante) geblieben, die daher die etwas unspezifische Bezeichnung **Schulkindergarten** tragen. Er sind **Sonderkindergärten** in staatlicher oder privater Trägerschaft, die ein **nicht-inklusives** Angebot für Kinder mit Behinderung (und festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf) darstellen. Schulkindergärten sind organisatorisch und räumlich oft an ein **SBBZ** (frühere Sonderschule) **angegliedert**. In Schulkindergärten steht die Vorbereitung der Kinder auf die (Sonder-) Schule besonders im Mittelpunkt des sonderpädagogischen Konzepts. Im Unterschied zu sonstigen Kindertageseinrichtungen gelten die **staatlichen** (Sonder-) **Schulkindergärten** als **schulische Einrichtungen**, sind damit Teil des öffentlichen Schulwesens und **nicht gebührenpflichtig**. Der hingegen **kostenpflichtige** Besuch eines **privaten Schulkindergartens** kann unter Umständen im Rahmen der Eingliederungshilfe ermöglicht werden.

In anderen Bundesländern steht der Begriff „Schulkindergarten“ meist für allgemeine vorschulische Angebote, die mit Behinderung nichts zu tun haben.

Die **UN-Konvention** verlangt die **Aufgabe von Sondersystemen** wie Schulkindergärten und Sonderschulen, die in Deutschland noch eine erhebliche Rolle spielen (siehe Abschnitt 3.3). Auf **Wunsch** der Eltern können Kinder mit entsprechend festgestelltem sonderpädagogischem Förderanspruch jedoch Schulkindergärten besuchen (Wahlrecht).

Damit auch Kinder in Schulkindergärten an **inklusive** Erziehung und Betreuung zusammen mit Kindern ohne Behinderung **teilhaben** können, gibt es die Möglichkeit zur Kooperation dieser Einrichtungen mit allgemeinen Kindertageseinrichtungen. Am weitesten geht dabei die sogenannte **Intensivkooperation** (siehe besagte Verwaltungsvorschrift), bei der die beteiligten Einrichtungen **gemeinsame Gruppen** von **Kindern mit und ohne Behinderung** bilden, so dass, zumindest auf der Ebene der Kinder selbst, die Trennung **nahezu aufgehoben** ist.

Vier **Schulkindergärten** gibt es im Raum Mannheim (Stand 2017). Die Schulkindergärten der **Schloss-Schule** (Ilvesheim) und der **Hermann-Gutzmann-Schule** sind **staatliche**, die Schulkindergärten der **Lebenshilfe** und der **Reha-Südwest Regenbogen gGmbH** hingegen **private** Einrichtungen.

### **Hermann-Gutzmann-Schulkindergarten**

(an SBBZ mit Förderschwerpunkt Hören/Sprache, zuständig für Kinder aus Mannheim, Weinheim und Teilen des Rhein-Neckar-Kreises)

Anemonenweg 4

68305 Mannheim

Leitung: Martina Korn

☎ 0621 293 76 38

📠 0621 293 76 60

hermann-gutzmann-schulkindergarten.direktion@mannheim.de

www.gutzmann-schule.de

### **Schulkindergarten für sehbehinderte und blinde Kinder an der Schloss-Schule**

**Ilvesheim** (an SBBZ mit Internat, Förderschwerpunkt Sehen)

Schlossstraße 23

68549 Ilvesheim

☎ 0621 49 69 917

inge.ziehmann@sbbzint-ilv.kv.bwl.de

www.schloss-schule-ilvesheim.de

#### **Hinweis:**

Die **Schloss-Schule Ilvesheim** umfasst auch eine **Frühfördereinrichtung** für blinde und sehbehinderte Kinder.

### **Schulkindergärten mit Intensivkooperation**

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH**, Schulkindergarten/Regenbogen-Kindergarten, inklusive Einrichtung für körper-, mehrfach- und schwerstbehinderte sowie nicht behinderte Kinder

Stiller Weg 19

68305 Mannheim

☎ 0621 74 15 29

📠 0621 74 78 79

info@regenbogen-ggmbh-ma.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

Die Reha-Südwest Regenbogen gGmbH ist zugleich Träger eines **privaten Schulkindergartens** als auch einer **allgemeinen integrativen Kindertageseinrichtung** (siehe Abschnitt 3.2.1). Diese beiden Einrichtungen, auf unterschiedlicher Rechtsgrundlage, arbeiten in **Intensivkooperation** unter einem Dach zusammen, so dass für die Kinder kein Unterschied spürbar und **Inklusion** erreicht ist. Die Betreuung erfolgt an den zwei Standorten „Regenbogen I“ und „Regenbogen II“ (siehe Abschnitt 3.2.1).

**Schulkindergarten der Lebenshilfe Mannheim e. V.**

(Haupthaus: 35 Plätze)

Distelsand 11

68219 Mannheim

**Außenstelle „Don Bosco“**(siehe auch 3.2.1)

Am Sandhang 21

68239 Mannheim)

☎ 0621 86 23 55 51

📠 0621 86 23 55 52

[schulkindergarten@lebenshilfe-mannheim.de](mailto:schulkindergarten@lebenshilfe-mannheim.de)

[www.lebenshilfe-mannheim.de](http://www.lebenshilfe-mannheim.de)

Die Lebenshilfe Mannheim e. V. ist zugleich Träger eines **privaten Schulkindergartens** als auch einer **allgemeinen integrativen Kindertageseinrichtung** (siehe Abschnitt 3.2.1). Diese beiden Einrichtungen, auf unterschiedlicher Rechtsgrundlage, arbeiten in der Kindertageseinrichtung „Don Bosco“ in **Intensivkooperation** unter einem Dach zusammen, so dass für die Kinder kein Unterschied spürbar und **Inklusion** erreicht ist. Darüber hinaus betreibt der Schulkindergarten der Lebenshilfe, ebenfalls im Rahmen der **Intensivkooperation**, an folgenden Stellen **Außengruppen** (Kooperationsgruppen) zusammen mit dortigen **allgemeinen Kindertageseinrichtungen**:

Stadtteil	Anschrift	Anzahl Betreuungsplätze
Gartenstadt	68305 Mannheim, Rottannenweg 38	7
Rheinau-Süd	68219 Mannheim, Halmhuberstraße 16	7

### 3.3 Schulbildung, Inklusion

Schulpflichtig sind alle Kinder ab dem vollendeten 6. Lebensjahr. Auf Antrag der Eltern (in Einzelfällen auch von Amts wegen, Schulgesetz für Baden-Württemberg, § 82 Abs. 2) prüft



das **Staatliche Schulamt**, ob das Kind Anspruch auf ein **sonderpädagogisches Bildungsangebot** hat, das dann in einer **allgemeinen Schule** (**zielgleich** oder **zieldifferent**, siehe Abschnitt 3.3.1) oder einer **Sondereinrichtung** umgesetzt werden kann.

Bestimmte Schulen im Raum Mannheim verfügen bereits über Erfahrung mit **inklusivem Unterricht** für Kinder mit und ohne Behinderung. Für alle Fragen zur Inklusion an Schulen, also zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, ist das **Staatliche Schulamt** die erste Ansprechstelle (siehe auch Abschnitte 3.2 und 3.5):

**Staatliches Schulamt Mannheim**

Augustaanlage 67

68165 Mannheim

☎ 0621 292 41 41

📠 0621 292 41 44

poststelle@ssa-ma.kv.bwl.de

[www.schulaemter-bw.de/schulamt-mannheim/startseite](http://www.schulaemter-bw.de/schulamt-mannheim/startseite)

Siehe insbesondere auch **Abschnitt 3.4.** und gegebenenfalls auch die **Abschnitte 9 und 10** dieses Ratgebers.

### 3.3.1 Inklusion: Neues Schulgesetz für Baden-Württemberg

Den durch die **UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung** geprägten Reformzielen folgt grundsätzlich die **Neufassung des Schulgesetzes** für Baden-Württemberg vom Juli 2015 (in Kraft seit August 2015) indem sie die gemeinsame Erziehung und Unterrichtung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung als regelmäßige Lösung vorsieht.

#### **Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG)**

**§ 3 Abs.3** Schulgesetz für Baden-Württemberg: *In den Schulen wird allen Schülern ein barrierefreier und gleichberechtigter Zugang zu Bildung und Erziehung ermöglicht. Schüler mit und ohne Behinderung werden gemeinsam erzogen und unterrichtet (inklusive Bildung).*

**§ 15 Sonderpädagogische Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebote in allgemeinen Schulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren** [Hervorhebungen durch Verfasser]:

*(1) Die Erziehung, Bildung und Ausbildung von **Schülern mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebot** ist Aufgabe aller*

**Schulen.** Diese Schüler werden zu den Bildungszielen der allgemeinen Schulen geführt, soweit der besondere Anspruch der Schüler nicht eigene Bildungsziele erfordert. Sonderpädagogische Beratung, Unterstützung und Bildung zielt auch auf die bestmögliche berufliche Integration. Schwerpunkte sonderpädagogischer Beratung, Unterstützung und Bildung (**Förderschwerpunkte**) sind insbesondere

1. Lernen,
2. Sprache,
3. emotionale und soziale Entwicklung,
4. Sehen,
5. Hören,
6. geistige Entwicklung,
7. körperliche und motorische Entwicklung,
8. Schüler in längerer Krankenhausbehandlung.

(2) Die sonderpädagogische Beratung, Unterstützung und Bildung **findet in den allgemeinen Schulen statt, soweit Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot kein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum besuchen** [Verfasser: frühere Sonderschulen]. Die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren unterstützen die allgemeinen Schulen bedarfsgerecht bei der sonderpädagogischen Beratung, Unterstützung und Bildung. Sie werden in der Regel in **Typen** geführt, **die den Förderschwerpunkten** nach Absatz 1 entsprechen [Verfasser: den ehemaligen Sonderschultypen entsprechend].

(3) Wenn die besondere Aufgabe des sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums eine Internatsunterbringung der Schüler erfordert, ist der Schule ein Internat anzugliedern, in dem die Schüler Unterkunft, Verpflegung und eine familiengemäße Betreuung erhalten (sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit Internat).

(4) Besuchen Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot eine allgemeine Schule, **können die Bildungsziele und Leistungsanforderungen von denen der besuchten Schule abweichen (ziendifferenzierter Unterricht)**; für die gymnasiale Oberstufe und die Bildungsgänge beruflicher Schulen in der Sekundarstufe II gelten die allgemeinen Regelungen.

(5) Gemeinsamer Unterricht für Schüler mit **und ohne Anspruch** auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot kann auch an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren stattfinden, wenn die personellen und sächlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(6) Die Schulaufsichtsbehörde kann im Einvernehmen mit den beteiligten Schulträgern **kooperative Organisationsformen** des gemeinsamen Unterrichts an allgemeinen Schulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren einrichten.

Wichtige Teile der Neuregelung bezüglich des **Wahlrechts** der Erziehungsberechtigten sowie gewisse Ausnahmefälle finden sich in den §§ 82 - 84a Schulgesetz für Baden-Württemberg, siehe auch **Abschnitt 3.3.2**.

Seit 2015 kann somit jedes Kind, auch mit einer Behinderung, grundsätzlich jede allgemeine Schule (z. B. Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium) besuchen.

Weiterhin besteht das Recht der Erziehungsberechtigten, sich **alternativ** für die Beschulung ihres Kindes mit Behinderung an einem **SBBZ/Sonderschule** (SBBZ, siehe unten) zu entscheiden.

Fortan haben die **allgemeinen Schulen**, anders als nach früheren Bestimmungen, die Aufgabe, sich an die **besonderen Anforderungen** bei der Unterrichtung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung **anzupassen** und entsprechend sogenannten **zieldifferenten** (zielungleichen) **Unterricht** anzubieten (§ 15 Abs. 4 Schulgesetz für Baden-Württemberg).

Dies bedeutet, dass, in Anbetracht der Behinderungen, **nicht mehr an alle** Schüler und Schülerinnen einer Jahrgangsstufe in einer Schulart die **gleichen Anforderungen** zu stellen sind und dass eine **Nichterfüllung** dieser Anforderungen **kein Grund mehr** sein darf, die Kinder nicht in allgemeinen Schulen zu unterrichten. Kindern und Jugendlichen mit Behinderung (d. h. mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot) darf nach neuem Recht der Besuch **einer allgemeinen Schule** nicht verwehrt werden, an die **Entscheidung der Erziehungsberechtigten**, entweder zum Besuch einer allgemeinen Schule oder einer Sonderschule (SBBZ, siehe unten), **ist das Schulamt grundsätzlich gebunden**. Ein Recht der Eltern auf Unterrichtung ihrer Kinder **in einer ganz bestimmten Schule** bzw. in **einer ganz bestimmten Schulart** (bei zieldifferenter Beschulung) erwächst daraus aber **nicht** (vgl. §§ 82 - 84a Schulgesetz für Baden-Württemberg). **Nur in besonders gelagerten Einzelfällen** kann die Schulverwaltung **gegen den Willen der Eltern** eine Unterrichtung in einem **SBBZ (einer Sonderschule)** verfügen, siehe **Abschnitt 3.3.2**.

**Zieldifferenter inklusiver Unterricht** ist in der **Primarstufe** (Grundschule) und in der **Sekundarstufe I** möglich (d. h. in Schulen, die **üblicherweise** den **Mittleren Bildungsabschluss** anstreben). **Zieldifferenten** inklusiven Unterricht gibt es hingegen **nicht** in Bildungsgängen der **Sekundarstufe II** (Oberstufe Gymnasium und Berufliches Fachgymnasium), die zur Allgemeinen Hochschulreife (Abitur) führen.

Kindern und Jugendlichen mit **Behinderungsarten** aber, die die Aussichten auf den schulischen Lernerfolg **nicht** oder **nur geringfügig** einschränken (z. B. **Körperbehinderung/Sinnesbehinderung**, teilweise auch **seelische Behinderung**), stehen die Einrichtungen der Sekundarstufe II mit ihrem **zielgleichen** Unterricht **jedoch weiterhin offen**, auch dort erfolgt somit Inklusion. Da **inklusive Bildung** Aufgabe aller Schulen ist, sind also auch dort die **Anforderungen der Barrierefreiheit** entsprechend zu erfüllen.

Allerdings schränkt das **Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion**, (...) den zulässigen Aufwand zur Herstellung von **Barrierefreiheit** für inklusive Unterrichtsangebote durch die Schulträger teilweise ein, so dass **nicht sofort** an allen Einrichtungen diese Standards erfüllt werden können und Schülerinnen und Schüler während der inklusiven **Ausbauanstrengungen** gegebenenfalls noch an benachbarte vergleichbare Schulen **verwiesen** werden müssen, siehe auch **Abschnitt 3.3.2**.

Die bisherigen **Sonderschulen** bestehen unter dem Namen **Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)** weiter, sie arbeiten als Spezialeinrichtungen auf ihrem sonderpädagogischen Fachgebiet und bieten Eltern von Kindern mit Behinderung eine **Alternative** zur Beschulung in allgemeinen Schulen. Insbesondere aber spielen die SBBZ eine wichtige Rolle im Rahmen ihrer erweiterten **fachlichen Zusammenarbeit** mit allgemeinen Schulen. Zugleich wird auch Kindern und Jugendlichen **ohne Behinderung** grundsätzlich der Zugang zu den SBBZ eröffnet, was für die Einrichtung von **Kooperationsprojekten** zwischen allgemeinen Schulen und SBBZ von Bedeutung sein kann (§ 15 Abs. 5 Schulgesetz für Baden-Württemberg).

### **3.3.2 Verfahren zur Feststellung des Bedarfes und Wahl zwischen inklusiver und herkömmlicher sonderpädagogischer Bildung**

Eltern, die bei ihrem Kind behinderungsbedingt von einem **Bedarf an sonderpädagogischer Bildung** ausgehen, beantragen die Einleitung des sonderpädagogischen Feststellungsverfahrens beim **Staatlichen Schulamt**.

In der Folge beauftragt das Staatliche Schulamt ein dem vermutenden **Förderschwerpunkt** bzw. der **Art der Behinderung** entsprechendes **Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ)** mit einer gutachterlichen Stellungnahme.

Dabei wird das Kind gründlich von **sonderpädagogischen Lehrkräften** untersucht und im Rahmen des Gutachtens der Anspruch auf ein **sonderpädagogisches Bildungsangebot** entweder bestätigt oder verneint (Näheres siehe § 82 Schulgesetz für Baden-Württemberg).

Die Eltern haben nach dem **reformierten Schulgesetz** (siehe § 83 Abs. 2 Schulgesetz für Baden-Württemberg) nun in der **Grundschulstufe** (Primarstufe) und in der **ersten Stufe weiterführender Schulen** (Sekundarstufe I) grundsätzlich die **freie Wahl** zwischen:

- **Inklusiver** sonderpädagogischer Bildung an einer **allgemeinen Schule** (schulische Inklusion) und
- **herkömmlicher** sonderpädagogischer Beschulung in einem **SBBZ** (frühere **Sonderschule**).

Merkmale beider Lösungen werden in diesem Ratgeber **ausführlich dargestellt**.

Die Eltern werden nach Erhalt des **Feststellungsbescheids** (Bestätigung des Bedarfs an sonderpädagogischer Bildung) vom Staatlichen Schulamt Mannheim **persönlich und umfassend beraten**, damit sie ihr **Wahlrecht** ausüben können. Sie erklären im Anschluss daran gegenüber dem Staatlichen Schulamt Mannheim, ob ihr Kind im Rahmen eines **inklusive Bildungsangebots** an einer **allgemeinen Schule** oder an einem zuständigen **SBBZ** (frühere **Sonderschule**) unterrichtet werden soll.

Über die Frage, an **welcher** allgemeinen Schule ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen kann, wird dann im Rahmen einer **Bildungswegekonferenz** (in der z. B. Fachleute des **Schulamtes**, des **Schulträgers** und eventueller **Leistungsträger** zusammenkommen) **unter Mitwirkung der Eltern** beraten.

In dieser **Bildungswegekonferenz**, deren Zusammensetzung sich nach den Gegebenheiten des Einzelfalls richtet, erhalten die Eltern schließlich einen **Vorschlag**, an **welcher** allgemeinen Schule ihr Kind künftig **inklusive beschult** werden kann (**Bildungsangebot**).

Allerdings können die Eltern nicht verlangen, dass die schulische Inklusion an einer **ganz bestimmten Schule** realisiert wird. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Bildungswegekonferenz auch von der durch die Eltern gewünschten Schule abweichen, z. B. im Fall des **ziendifferenten Unterrichtes**, der grundsätzlich **gruppenbezogen** zu organisieren ist (§ 83 Abs. 3 Schulgesetz für Baden-Württemberg. Das heißt, dass mehrere Kinder/Jugendliche mit Behinderung in einer inklusiven Klasse lernen, so dass das sonderpädagogische Fachpersonal sein Arbeit **wirksamer** leisten kann, als wenn es einzelne Kinder mit Behinderung in (mitunter räumlich verstreuten) Klassen sonderpädagogisch unterrichtete. Hier hat der Gesetzgeber einer **besseren sonderpädagogischen Unterstützung** von Schülerinnen und Schülern innerhalb der (Inklusions-) Klasse Vorrang vor dem Elternwunsch nach einer **bestimmten Schule** eingeräumt. Mit steigender Zahl allgemeiner Schulen mit **Inklusionsklassen** wird diese Einschränkung voraussichtlich an Bedeutung **verlieren**.

Ein weiterer Grund für gewisse Einschränkungen kann sein, dass an einer Schule die jeweils nötige **Art der Barrierefreiheit** nicht hergestellt werden kann oder dass besondere Umstände vorliegen (§ 83 Abs. 4 Schulgesetz für Baden-Württemberg).

Auf der Homepage des Schulamtes, **www.schulamt-mannheim.de**, unter „**Themen und Schularten**“/“**Inklusion**“ sind zusammenfassende **Info-Broschüren** über das Verfahren zur Anmeldung und Umsetzung (inklusive) sonderpädagogischer Bildung erhältlich, siehe insbesondere:

- „**Umsetzung inklusiver Bildungsangebote, Ein Wegweiser für Erziehungsberechtigte**“
- „**Häufig gestellte Fragen und Antworten**“.

Auch die Fachstelle der Stadt Mannheim als **Schulträger** bietet zu diesen Themen Beratung:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung**

Bildungsplanung, Schulentwicklung, Inklusion

Wolfgang Schuy, Zimmer 506

E2, 15

68159 Mannheim

☎ 0621 293 79 03

wolfgang.schuy@mannheim.de

### **3.4 Sonderpädagogische Beratung und Bildung**

#### **3.4.1 Sonderpädagogische und kindermedizinische (pädiatrische) Beratungsangebote außerhalb von Schulen**

**Staatliches Schulamt Mannheim, Bereich Frühförderung**

**(Arbeitsstelle Frühkindliche Bildung und Frühförderung)**

Augustaanlage 67

68165 Mannheim

☎ 0621 292 41 40

📠 0621 292 41 44

ruth.gaisser@ssa-ma.kv.bwl.de

www.schulamt-mannheim.de

**Sprechzeiten:** Nach Vereinbarung

Sonderpädagogische Beratung bieten darüber hinaus, neben den bereits im vorherigen Abschnitt genannten Stellen des Staatlichen Schulamtes, sowohl die **Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)**, siehe Abschnitt 3.5.1, als auch weitere sonderpädagogische Beratungsstellen außerhalb von Schulen. Zur Elternberatung über sonderpädagogische Bildung und Förderung, bezogen auf bestimmte Arten von Behinderung, bestehen spezialisierte sonderpädagogische bzw. therapeutisch/medizinische Beratungsstellen:

### **Sozialpädiatrische Zentren (Kinderheilkunde-Zentren)**

Sozialpädiatrische (sozial-kinderheilkundliche) Zentren bieten im Vergleich zu den interdisziplinären (fachübergreifenden) Frühförderstellen weitergehende noch speziellere **diagnostische** (die Erkennung von Erkrankungen betreffende) Möglichkeiten für Kinder mit Entwicklungsstörungen und haben deshalb einen größeren regionalen Einzugsbereich. Von den 16 Sozialpädiatrischen Zentren in Baden-Württemberg befindet sich das für Mannheim nächstgelegene Sozialpädiatrische Zentrum in Heidelberg:

**Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ), Universitätsklinikum Heidelberg,**

**Sektion Neuropädiatrie** (Abteilung Kinder-Nervenheilkunde),

**Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin,**

**Angelika-Lautenschläger-Klinik**

Im Neuenheimer Feld 430

69120 Heidelberg

Anmeldung für alle Bereiche über die Leitstelle des Sozialpädiatrischen Zentrums:

☎ 06221 56 40 02

📠 06221 56 43 39

☎ 06221 56 48 23 (24 h erreichbar)

georg.hoffmann@med.uni-heidelberg.de

www.klinikum.uni-heidelberg.de (siehe „Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin“)

**Sonderpädagogisches Beratungszentrum, Elternberatung und Frühförderung,  
Abteilung des Hör- u. Sprachzentrums Heidelberg/Neckargemünd**

Schützenhausstraße 34

69151 Neckargemünd

☎ 06223 80 70

📠 06223 80 71 33

sbz@sbbzint-ngd.kv.bwl.de

www.hsz-hdn.de

Spezielle Diagnostik und Behandlung von **Hörstörungen** bei Kindern bietet die **Hals-Nasen-Ohren-Klinik** der Universitätsmedizin Mannheim:

**Universitätsmedizin Mannheim gGmbH** (Universitätsklinikum), Hals-Nasen-Ohren-Klinik, Prof. Dr. med. Karl Hörmann, **Zentrum für pädagogische Audiologie**

(d. h. Störungen/Erkrankungen des kindlichen Gehörs betreffend),

Theodor-Kutzer-Ufer 1-3

68135 Mannheim

☎ 0621 383 16 00 (Terminvergabe)

📠 0621 383 38 27

www.hno-mannheim.de

**Weitere Beratungsangebote:**

Beratung für Eltern von Kindern mit Behinderung und zur Inklusion allgemein bieten auch die Erstkontaktgruppe der Lebenshilfe sowie die **Elterninitiative Rhein-Neckar** und die **Mannheimer Initiative Kinder psychisch kranker Eltern MaKE** (ausführliche Angaben siehe Abschnitt 5.2).

**Erstkontaktgruppe für Eltern von Neugeborenen oder Föten mit Behinderung**

Stengelhofstraße 36

68219 Mannheim

☎ 0621 80 42 360

📠 0621 80 42 323

info@lebenshilfe-mannheim.de

nicolai.russ@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de



**Elterninitiative Rhein-Neckar, „Gemeinsam leben - gemeinsam lernen“ e. V.**

Kirsten Ehrhardt

☎ 06227 39 85 300

info@elterninitiative-rhein-neckar.de

www.elterninitiative-rhein-neckar.de

**Inklusionsberatungsportal der Elterninitiative Rhein-Neckar:**

**www.inklusion-rhein-neckar.de**

**Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben - gemeinsam lernen“**

**Baden-Württemberg e. V.**

Claudia Heizmann

Richard-Wagner-Straße 2

76185 Karlsruhe

☎ 0721 35 05 367

kontakt@lag-bw.de

www.lag-bw.de (mit ausführlichem Elternratgeber zum neuen Schulgesetz, der ständig aktualisiert wird).

Weitere **Beratungsangebote**, bezogen auf **bestimmte Behinderungen/chronische Krankheiten**, bei Menschen aller Altersgruppen, siehe **Abschnitte 9 und 10**.

### **3.4.2 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Raum Mannheim (bisherige Sonderschulen)**

Mit der Umwandlung der bisherigen Sonderschulen in **Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)** durch das reformierte Schulgesetz wird deren Aufgabe der sonderpädagogischen Beratung mehr als bisher betont, nähere Ausführungen hierzu siehe Abschnitt 3.4/3.4.1. Einige SBBZ verfügen auch über **Schulkindergärten** (siehe Abschnitt 3.2.2) und/oder integrierte **Frühförderstellen** (siehe Abschnitt 3.1).

**Hinweis:**

**Sonderpädagogische Beratung** ist Aufgabe **aller** Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Kontaktdaten des jeweiligen **Bereichs sonderpädagogische Beratung** innerhalb eines **SBBZ** werden in der folgenden Übersicht aber **nur** aufgeführt, sofern sie von denen der **Einrichtung insgesamt abweichen**.

**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **Sehen**, für Kinder und Jugendliche mit Sehbehinderung:

**Albrecht-Dürer-Schule**

Baumstraße 24

68309 Mannheim

☎ 0621 72 65 1

✉ 0621 73 63 12 3

mail@sbbz.sehen-mannheim.de

albrecht-duerer-schule-sbbz.direktion@mannheim.de

www.sehbehindertenschule-mannheim.de

**Sonderpädagogische Beratung:**

☎ 0621 73 63 12 4

oder

☎ 0621 72 65 1

✉ 0621 73 63 12 3

beratung@sbbz.sehen-mannheim.de

**Schloss-Schule Ilvesheim (SBBZ mit Internat, ehemals „Heimsonderschule“)**

Schlossstraße 23

68549 Ilvesheim

☎ 0621 49 69 0 /-527

✉ 0621 49 69 14 9

poststelle@sbbzint-ilv.kv.bwl.de

www.schloss-schule-ilvesheim.de

**Sonderpädagogische Beratung:**

☎ 0621 49 69 91 7

inge.ziehmann@sbbzint-ilv.kv.bwl.de

**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **Hören**/Förderschwerpunkt **Sprache**, für Kinder und Jugendliche mit Hörbehinderung und/oder sprachlicher Behinderung:

**Hermann-Gutzmann-Schule**

(zuständig für Kinder aus Mannheim, Weinheim und Teilen des Rhein-Neckar-Kreises)

Anemonenweg 4

68305 Mannheim

☎ 0621 293 76 37

📠 0621 293 76 60

[kontakt@gutzmann-schule.de](mailto:kontakt@gutzmann-schule.de)

[www.gutzmann-schule.de](http://www.gutzmann-schule.de)

**Sonderpädagogische Beratung:**

[beratungsstelle-hoeren@gutzmann-schule.de](mailto:beratungsstelle-hoeren@gutzmann-schule.de)

[beratungsstelle-sprache@gutzmann-schule.de](mailto:beratungsstelle-sprache@gutzmann-schule.de)

**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **geistige Entwicklung**, für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung (weiteres Angebot mit gleichem Förderschwerpunkt siehe Abschnitt „Private SBBZ“):

**Eugen-Neter-Schule**

Alter Frankfurter Weg 30

68307 Mannheim

☎ 0621 77 77 80 (auch Anmeldung zur sonderpädagogischen Beratung, s. u.)

📠 0621 77 77 811

eugen-neter-schule.direktion@mannheim.de

www.eugenneterschule.wordpress.com

**Sekretariat:**

edith.kuss@mannheim.de

**Außenstelle im ABZ** (Ausbildungszentrum der Bauindustrie Nordbaden)

Waldpforte 39

68305 Mannheim

Sekretariat: Patrizia Dahlinger

**Sekretariatszeiten:** Montag bis Donnerstag, 7.30 bis 10.30 Uhr

☎ 0621 12 26 79 60

📠 0621 12 26 79 63 4

patrizia.dahlinger@mannheim.de

Die **sonderpädagogische Beratungsstelle** am **SBBZ Eugen-Neter-Schule** bietet Familien mit Kindern, die in ihrer Entwicklung deutlich verzögert sind, Beratung und Unterstützung:

- ausführliche Beratung und Unterstützung bei Fragen, die sich auf die Entwicklung und Förderung des Kindes beziehen,
- Frühförderschwimmen im Hallenbad der Eugen-Neter-Schule (14-tägig),
- Elterngesprächsrunde mit Spielkreis in den Räumen der Erziehungsberatungsstelle der Caritas in D7, 5 (einmal monatlich),
- regelmäßige Hausfrühförderung oder Förderung des Kindes in einer Allgemeinen Kindertageseinrichtung (Warteliste vorhanden).

Die **Berufsschulstufe** (Jahrgangsstufe 10-12) der **Eugen-Neter-Schule**, in der Außenstelle Gartenstadt, auf einem gemeinsamen Gelände mit dem Ausbildungszentrum (ABZ) für Bauberufe, bereitet den Übergang der Schülerinnen und Schüler in die **Arbeitswelt** vor.

Sowohl im Handwerks- als auch im Dienstleistungsbereich erfolgt hier und an weiteren ausgelagerten Lernorten **ganztägige Unterweisung**.

Fähigkeiten in den Bereichen **Lesen, Schreiben** und **Rechnen** sowie **lebenspraktische Fertigkeiten** werden dabei in verschiedenen Arbeitsgebieten praxisnah erworben und angewandt.

In einer **Berufsvorbereitenden Einrichtung (BVE)** arbeiten zwei Klassen der Berufsschulstufe der **Eugen-Neter-Schule** mit Schülerinnen und Schülern der **Justus-von-Liebig-Schule** (Berufsschule, Neckarpromenade 42, 68167 Mannheim) zusammen. Der Unterricht der BVE-Klassen findet in der Justus-von-Liebig-Schule statt und hat die **Eingliederung** der Schülerinnen und Schüler auf dem **allgemeinen Arbeitsmarkt** zum Ziel, nähere Ausführungen hierzu siehe Abschnitt 4.1.1.

**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **körperliche und motorische Entwicklung**, für Kinder und Jugendliche mit körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderung mit körperlichem Anteil (weiteres Angebot mit gleichem Förderschwerpunkt siehe Abschnitt „Private SBBZ“):

**Martinsschule Ladenburg**

Hirschberger Allee 2

68526 Ladenburg

☎ 06203 95 83 90

📠 06203 95 83 95 33 0

info@martinsschule-ladenburg.de

www.martinsschule-ladenburg.de

**Sonderpädagogische Beratung:**

☎ 06203 95 83 91 320

📠 06203 95 83 95 320

info@beratungsstelle-martinsschule.de

www.beratungsstelle-martinsschule.de

## **Besondere Beratungsangebote am SBBZ Martinsschule Ladenburg:**

### **Aufsuchende Elternberatung in der Kinderklinik der Universitätsmedizin Mannheim**

Die Sonderpädagogische Beratungsstelle am SBBZ Martinsschule Ladenburg bietet den **Eltern frühgeborener oder kranker Säuglinge** die Möglichkeit zu **pädagogischen Beratungsgesprächen ab der Geburt**. Das Angebot besteht in den **neonatologischen** (d. h. auf Frühgeborene und Neugeborene bzw. Kinderintensivmedizin spezialisierten) Stationen **28-4** und **30-4** der Kinderklinik der **Universitätsmedizin Mannheim** und findet zweimal in der Woche für eineinhalb Stunden am Bett des Kindes statt.

Die Eltern erhalten dabei Gelegenheit, ihre Sorgen, Ängste und Erfahrungen mitzuteilen und nach **individuellen Bewältigungsstrategien** zu suchen. Im Gespräch erfahren sie mehr über die Verhaltensweisen, Reaktionen und Kompetenzen ihres Kindes und erhalten Informationen über **Unterstützungsangebote** und **Entwicklungsperspektiven** nach der Entlassung.

### **Eltern-Kind-Gruppe**

Die **Sonderpädagogische Beratungsstelle am SBBZ Martinsschule Ladenburg** bietet in den Räumen der Schule eine **Eltern-Kind-Gruppe**. Das Angebot richtet sich an Familien mit **frühgeborenen** oder **entwicklungsverzögerten** Kindern und Kindern mit **Behinderung** ab dem ersten Lebensmonat bis zum dritten Lebensjahr.

Besondere Situationen erfordern konkrete Hilfen und Anregungen, damit Eltern und Kinder Erschwernisse besser bewältigen und leichter in Kontakt kommen können. Durch gezielte **Spiel- und Bewegungsangebote** sowie **Angebote zur Anregung der Sinne** werden die Kinder in ihrer Entwicklung gefördert. Dabei werden die Bedürfnisse und Interessen der Babys und Kleinkinder beachtet. Eltern erhalten vielfältige Anregungen und Informationen, um ihre Kinder bewusster erleben und in ihrer Entwicklung begleiten zu können.

### **Unterstützte Kommunikation: „Auch wer nicht sprechen kann...hat viel zu sagen.“**

Im Rahmen der **Sonderpädagogischen Beratungsstelle am SBBZ Martinsschule Ladenburg** bietet die **Beratungsstelle für Unterstützte Kommunikation (BUK)** individuelle Beratungen in Bezug auf Kinder und Jugendliche, die aufgrund einer angeborenen oder erworbenen (körperlichen) Behinderung der dafür entscheidenden Organe **wenig oder nicht verständlich sprechen** können.

Ausgewählte **Unterstützungsangebote** erleichtern und verbessern die Verständigung im Alltag der Familie, des Kindergartens oder der Schule. Die interdisziplinären (d. h. mehrere Fachgebiete umfassenden) Teams bieten zunächst eine etwa zweistündige **Erstberatung** und **Folgetermine** nach Bedarf.

Sowohl **Familien** als auch **Einrichtungen** erhalten nach der Beratung einen ausführlichen **Beratungsbericht**. Daneben können Familien bei der Antragstellung auf Kostenübernahme für bestimmte Hilfsmittel beim Leistungsträger unterstützt werden.

Alle Beratungen sind für Ratsuchende kostenfrei.

**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **Lernen**, für Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, Lernschwäche (ehemals Sonderschultyp Förderschule, weiteres Angebot mit gleichem Förderschwerpunkt siehe Abschnitt „Private SBBZ“):

**Eduard-Spranger-Schule**

Anemonenweg 8

68305 Mannheim

☎ 0621 293 76 28

📠 0621 293 76 84

eduard-spranger-schule.direktion@mannheim.de

www.eduard-spranger-schule.de

**Sonderpädagogische Beratung:**

ext.ess.beratung1@mannheim.de

**Johannes-Gutenberg-Schule-Mannheim**

Oppauer Straße 3

68305 Mannheim

☎ 0621 293 76 12

📠 0621 293 77 69

johannes-gutenberg-schule.direktion@mannheim.de

www.jgs-mannheim.de

**Maria-Montessori-Schule**

U2, 5-7

68161 Mannheim

☎ 0621 293 23 50

📠 0621 293 23 53

maria-montessori-schule.direktion@mannheim.de

www.mms-mannheim.de

**Rheinauschule-Förderschule**

Mutterstadter Platz 5

68219 Mannheim

☎ 0621 293 65 83

📠 0621 293 65 94

rheinauschule-sbbz.direktion@mannheim.de

www.mannheimer-schulen.de/rfs

**Sonderpädagogische Beratung:**

Schifferstadter Straße 4

68219 Mannheim

☎ 0621 293 65 85 (nur Anrufbeantworter, Kontakt siehe auch oben)

fruehberatung-sued@rheinauschule-sbbz.de

**Wilhelm-Busch-Schule**

Käthe-Kollwitz-Straße 1

68169 Mannheim

☎ 0621 293 76 18

📠 0621 293 77 47

wilhelm-busch-schule.direktion@mannheim.de

www.mannheimer-schulen.de/wbs



**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **emotionale und soziale Entwicklung** (ehemals Sonderschultyp „Schule für Erziehungshilfe“, weiteres Angebot mit gleichem Förderschwerpunkt siehe Abschnitt „Private SBBZ“):

**Hans-Zulliger-Schule**

Mittelstraße 137

68169 Mannheim

☎ 0621 293 53 50

📠 0621 293 53 53

[hans-zulliger-schule.direktion@mannheim.de](mailto:hans-zulliger-schule.direktion@mannheim.de)

[www.zulliger-schule.de](http://www.zulliger-schule.de)

**Sonderpädagogische Beratung:**

[fruehberatung@zulliger-schule.de](mailto:fruehberatung@zulliger-schule.de)

**SBBZ** Förderschwerpunkt Kinder und Jugendliche in **längerer Krankenhausbehandlung:**

**Klinikscheule 1, für Kinder und Jugendliche in längerer Krankenhausbehandlung, Universitätsmedizin Mannheim (Universitätsklinikum)**

Theodor-Kutzer-Ufer 1-3

68167 Mannheim

☎ 0621 383 45 43

📠 0621 383 29 08

[info@klinikscheule1.de](mailto:info@klinikscheule1.de)

[www.klinikscheule1.de](http://www.klinikscheule1.de)

**Schule im Quadrat J5**, SBBZ für Schüler\*innen in längerer Krankenhausbehandlung

J5

68159 Mannheim

☎ 0621 1703 16 50

📠 0621 1703 16 55

[schule.quadratJ5@mannheim.de](mailto:schule.quadratJ5@mannheim.de)

[www.schule-quadratJ5.de](http://www.schule-quadratJ5.de)

Die Schreibweise mit „Gender-Stern“ („Schüler\*innen“) entspricht einem Wunsch der Einrichtung.

**Private SBBZ** (ehemals „**Sonderschulen in privater Trägerschaft**“)

**SBBZ** (Waldorf-Pädagogik) mit Förderschwerpunkt **geistige Entwicklung**, für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung:

**Hans Müller-Wiedemann Schule**, Freie Heilpädagogische Schule, SBBZ Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, in freier Trägerschaft

Kiesteichweg 14

68199 Mannheim

☎ 0621 80 39 777

📠 0621 84 15 539

[info@wiedemann-schule.de](mailto:info@wiedemann-schule.de)

[www.wiedemann-schule.de](http://www.wiedemann-schule.de)

**SBBZ** (Waldorf-Pädagogik) mit **zwei** Förderschwerpunkten:

Förderschwerpunkt **Lernen**, für Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, Lernschwäche (ehemals Sonderschultyp „Förderschule“) und

Förderschwerpunkt **emotionale und soziale Entwicklung** (ehemals Sonderschultyp „Schule für Erziehungshilfe“):

**Odilienschule**, SBBZ mit den **beiden** Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung, in freier Trägerschaft

Kiesteichweg 10

68199 Mannheim

☎ 0621 86 20 549

📠 0621 84 25 797

kontakt@odilienschule-mannheim.de

www.odilienschule-mannheim.de

**SBBZ** mit Förderschwerpunkt **körperliche und motorische Entwicklung**, für Kinder und Jugendliche mit körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderung mit körperlichem Anteil.

**SRH Stephen-Hawking-Schule, SRH Schulen GmbH**

Im Spitzerfeld 25

69151 Neckargemünd

☎ 06223 81 30 05

📠 06223 81 30 06

info.shs@srh.de

www.stephenhawkingsschule.de

**Sonderpädagogische Beratung:**

☎ 06223 81 30 10

info@shs.srh.de

www.stephenhawkingsschule.de

Die **SRH Stephen-Hawking Schule** umfasst Bildungsangebote von der **Grundschule bis zum Abitur** und verschiedene Beratungsangebote (sonderpädagogische Beratung, Frühförderung und Beratungsstelle für Computer und Kommunikation). Mit der berufsbildenden **Justus-von-Liebig Schule** in Mannheim besteht eine Kooperation in Form von zwei

inklusive **VAB-Klassen** (Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf) als Außenklassen der **Stephen-Hawking-Schule**.

**Allgemeiner Hinweis zu den privaten SBBZ (früher „Sonderschulen in privater Trägerschaft“):**

Die **Eingliederungshilfe** kann mit dem Schulbesuch verbundene **behinderungsbedingte Zusatzkosten** übernehmen (also Zusatzkosten, wie sie auch beim Besuch **öffentlicher Schulen** anfielen), jedoch nicht die Kosten des Privatschulbesuches selbst („Schulgeld“) wie sie auch für Kinder ohne Behinderung dort anfielen), dies obliegt gegebenenfalls dem **Schulkostenträger**.

Nur wenn die Beschulung nachweislich **nicht** an einer **öffentlichen Schule** möglich ist oder wenn aus bestimmten Gründen **Wahlfreiheit** zugestanden wurde (z. B. bei großer räumlicher Entfernung), werden auch **Privatschulkosten („Schulgeld“)** als solche vom **Schulkostenträger** (Gemeinde/Landkreis, Bundesland) übernommen (vergleiche Urteil Bundessozialgericht, B 8 SO 10/11 R). Ansonsten sind die **Privatschulkosten** von den Erziehungsberechtigten aufzubringen.

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,  
Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung  
K1, 7-13  
68159 Mannheim  
Siehe Abschnitt 2**

### **3.4.3 Außenklassen der SBBZ (ehemals Sonderschulen) an allgemeinen Schulen**

Das neue Schulgesetz ermöglicht weiterhin, dass **SBBZ (Sonderschulen)** an allgemeine Schule ausgelagerte **Außenklassen** bilden, die nun als „**Kooperative Organisationsformen**“ bezeichnet werden (§ 15 Abs. 6 Schulgesetz für Baden-Württemberg). Die jeweiligen SBBZ (Sonderschulen) und allgemeinen Schulen treffen dazu umfassende Vereinbarungen zur **Zusammenarbeit**. Welche der SBBZ/Sonderschulen (siehe Abschnitt 3.4.2) aktuell mit welchen allgemeinen Schulen über Außenklassen in Verbindung stehen, kann beim **Staatlichen Schulamt** (siehe Abschnitt 3.3) erfahren werden.

Die **Außenklassen**, Stand 2016 (für Schuljahr 2016/2017):

<b>SBBZ/Sonder- schule</b>	<b>Jahrgangs- stufe</b>	<b>Beteiligte allgemeine Schule an der die Außenklasse des SBBZ angesiedelt ist</b>
Eugen-Neter-Schule	1	Brüder-Grimm-Grundschule (geplant)
	2	Käfertal-Grundschule
	2	Brüder-Grimm-Grundschule
	2	Bertha-Hirsch-Grundschule
	4	Bertha-Hirsch-Grundschule
	5	In einer Sekundarstufe 1-Schule (Wechsel aus Brüder-Grimm-Grundschule)
Martinsschule Ladenburg	1	Bertha-Hirsch-Grundschule
	8	Waldschule (Werkrealschule)
	4	Friedrich-Ebert-Schule Ilvesheim (Grundschule)
	6	Neurottschule Ketsch (Gemeinschaftsschule)
SRH Stephen- Hawking-Schule	VAB	Justus-von-Liebig Schule (Berufsschule)
	VAB	Justus-von-Liebig Schule (Berufsschule)

VAB: Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf.

Beteiligte allgemeine Schulen siehe nächster Abschnitt.

### **Allgemeine Schulen mit Außenklassen von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Raum Mannheim**

#### **Bertha-Hirsch-Schule (Grundschule)**

Elisabeth-Altmann-Gottheiner Straße 26

68309 Mannheim

☎ 0621 72 587

bertha-hirsch-schule.direktion@mannheim.de

www.berthahirschschule.de

**Brüder-Grimm-Schule (Grundschule)**

Spessartstraße 24-28

68259 Mannheim

☎ 0621 293 84 52

📠 0621 293 84 53

brueder-grimm-schule.direktion@mannheim.de

www.mannheimer-schulen.de/bgs

**Friedrich-Ebert-Schule (Grundschule)**

Mühlenweg 71

68549 Ilvesheim

☎ 0621 72 49 34 0

📠 0621 72 49 34 20

schule@fes-ilvesheim.de

www.fes-ilvesheim.de

(Nicht mit der Friedrich-Ebert-Schule in Mannheim zu verwechseln)

**Käfertalschule (Grundschule)**

Wormser Straße 26

68309 Mannheim

☎ 0621 73 36 17

📠 0621 73 63 506

kontakt@kaefertalschule-in-mannheim.de

www.kaefertalschule-in-mannheim.de

**Neurottschule Ketsch (Gemeinschaftsschule)**

Gartenstraße 31

68775 Ketsch

☎ 06202 85 93 40

📠 06202 85 93 41 09

neurottschule.ketsch@t-online.de

www.neurottschule-ketsch.de

**Justus-von-Liebig Schule (Berufsschule)**

Neckarpromenade 42

68167 Mannheim

☎ 0621 293 14 576

📠 0621 293 14 588

info@jvls-ma.de

www.jvls-ma.de

**Waldschule (Werkrealschule, Realschule)**

Walkürenstraße 7

68305 Mannheim

☎ 0621 76 41 60

📠 0621 76 41 61 6

waldschule.sekretariat@mannheim.de

www.waldschule-mannheim.de

### 3.5 Inklusionsbegleitung als Dienstleistung

Kinder und Jugendliche mit **Behinderung**, die bereits **allgemeine Schulen** besuchen und bei denen sich wegen Art und Umfang der Behinderung ein besonderer **Unterstützungsbedarf** ergibt, der nicht zu den Kernaufgaben der Schule gehört und von dieser nicht oder noch nicht geleistet werden kann, können die Hilfe von **Inklusionsbegleiterinnen** und **Inklusionsbegleitern** in Anspruch nehmen (auch **Schulbegleitungen** oder **Integrationsassistenzen** genannt). Dabei handelt es sich in der Regel um von den **Trägern der freien Wohlfahrtspflege** oder von anderen Stellen organisierte Dienste, die, je nach den Anforderungen des Einzelfalles, auch von entsprechend **unterwiesenen Nichtfachleuten** geleistet werden können. Ebenso gibt es **freiberuflich** tätige Inklusionsbegleiterinnen und Inklusionsbegleiter, deren **fachliche** und **persönliche Eignung** von der Behörde sichergestellt wird.

Die Gewährung dieser Art der Inklusionshilfen im Rahmen der **Eingliederungshilfe** erfordert eine Antragstellung bei den zuständigen Behörden, nähere Ausführungen hierzu siehe **Abschnitt 2.2** dieses Ratgebers.

**Leistungserbringer** Inklusionshilfen in Mannheim:

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., Therapiezentrum für autistische Kinder, Jugendliche und Erwachsene**, Integrationshilfe als Einzelfallbegleitung (nach § 35a SGB VIII, Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit drohender seelischer Behinderung, siehe Abschnitt 2.2.3), Autismus-Therapie für Betroffene und Beratung der Bezugspersonen

S6, 18

68161 Mannheim

☎ 0621 15 65 71 8

📠 0621 15 69 93 73

m.rossbrei@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**Gemeindediakonie Mannheim, b.i.f.** (Beratung, Inklusion, Familienunterstützung),

ambulante Dienste

Rheingoldstraße 27

68199 Mannheim

☎ 0621 84 25 14 50

📠 0621 84 25 14 58

Christine Kau

kau@gemeindediakonie-mannheim.de

Sebastian Lorenz

lorenz@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Lebenshilfe Mannheim e. V., Offene Hilfen - Fachdienst Integrationsassistenz**

Distelsand 11

68219 Mannheim

☎ 0621 58 67 46 59

📠 0621 86 23 55 52

📱 0152 02 90 61 99

tom.schaaf@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de



**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH**

Katja Maier-Hehr

Enzianstraße 45

68309 Mannheim

☎ 0621 32 88 69 70

📠 0621 73 28 86 97 17

katja.maier-hehr@reha-suedwest.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

**Sozialarbeit im Netz, Bereich Inklusionsbegleitung**

Am Schäferstock 7

68163 Mannheim

☎ 0621 31 97 60 18

kontakt@sozialarbeit-im-netz.de

www.sozialarbeit-im-netz.de

**Vereinigung für Hauspflege und Familienhilfe e. V.**

Alte Frankfurter Straße 33a

68305 Mannheim

☎ 0621 22 0 88

📠 0621 23 0 12

info@vhf-ma.de

www.vhf-ma.de

Die Elterninitiative Rhein-Neckar bietet auch **ehrenamtliche Beratung** zu allen Fragen der Inklusionsbegleitung:

**Elterninitiative Rhein-Neckar, „Gemeinsam leben-gemeinsam lernen“ e. V.**

Kirsten Ehrhardt

☎ 06227 39 85 300

info@elterninitiative-rhein-neckar.de

www.elterninitiative-rhein-neckar.de

**Inklusionsberatungsportal der Elterninitiative Rhein-Neckar:**

**www.inklusion-rhein-neckar.de**

## 4 Berufsbildung, Beschäftigung und Förderung

Nach **Erfüllung der Schulpflicht** ist grundsätzlich die **Bundesagentur für Arbeit** („Arbeitsamt“) zuständig für Berufsberatung und Arbeitsvermittlung. Auch eine begleitende Betreuung und Beratung im Verlauf beruflicher Rehabilitationsmaßnahmen („Reha“, Heilmaßnahmen) sowie die Erarbeitung eines persönlichen Planes (**Reha-Gesamtplan**) durch Reha-Vermittlerinnen und -Vermittler findet dort statt. Die Leistungen der Reha-Vermittlung umfassen Hilfen zum Finden und Behalten eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen der Beratung und Vermittlung sowie Trainingsmaßnahmen und Mobilitätshilfen.

### **Bundesagentur für Arbeit Mannheim, Berufliche Rehabilitation**

M3 a

68161 Mannheim

☎ 0800 4 55 55 00 (Anruf ist kostenfrei)

📠 0621 16 51 71

mannheim.161-reha@arbeitsagentur.de

www.arbeitsagentur.de

### **Jobcenter Mannheim, Berufliche Rehabilitation**

Ifflandstraße 2-6

68161 Mannheim

☎ 0800 4 55 55 00 (Anruf ist kostenfrei)

📠 0621 18 16 65 56

mannheim.161-reha@arbeitsagentur.de

Die Träger der Leistungen zur **Teilhabe am Arbeitsleben** (Bundesagentur für Arbeit, Gesetzliche Unfallversicherung, Gesetzliche Rentenversicherung, Träger der Jugendhilfe, Träger der Sozialhilfe) können dabei die Unterstützung des **Integrationsamts** in Anspruch nehmen, sofern die betreffende Person **schwerbehindert** (siehe Abschnitt 1.3) oder **gleichgestellt** ist (siehe Abschnitt 1.7).

Hinsichtlich der Beschäftigung Schwerbehinderter müssen Arbeitgeber formal eine **Pflichtquote** (siehe Abschnitt 1.7.1) erfüllen. Diese Pflichtquote **beträgt 5% (5-Prozent-Quote) und gilt ab 20 Beschäftigten**. Danach muss ein Arbeitgeber auf 5% seiner Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigen (siehe Abschnitt 1.7.1). Schwerbehinderte Frauen sind besonders zu berücksichtigen. Arbeitgeber mit bis zu 39 Arbeitsplätzen müssen zumindest einen, Arbeitgeber mit bis zu 59 Arbeitsplätzen zwei schwerbehinderte Menschen beschäftigen. Die

genannten Zahlen gelten jeweils jahresdurchschnittlich je Monat. Maßgebliche Vorschrift ist § 71 SGB IX (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch). Die Erfüllung der Pflichtquote als einer **Mindestquote** befreit den Arbeitgeber nicht von seiner zusätzlichen Pflicht, bei der Besetzung freier werdender Stellen **zunächst zu prüfen**, ob ein **Mensch mit Schwerbehinderung** eingestellt werden kann (§ 81 SGB IX).

Das **KVJS-Integrationsamt** (Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg) erfüllt seine Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX – Teil 2), ihm obliegt unter anderem die Aufgabe, **begleitende Hilfen** im Arbeitsleben für Menschen mit Schwerbehinderung zu gewähren. Das Integrationsamt ist, anders als die Bundesagentur für Arbeit, nur zuständig für Personen mit Behinderung, **die bereits (oder noch) einen Arbeitsplatz haben** und dabei auf Schwierigkeiten stoßen.

Der **Integrationsfachdienst** (§ 109 SGB IX) wird im Auftrag des **KVJS-Integrationsamtes** und der **Rehabilitationsträger (Leistungsträger)** tätig. Er berät und unterstützt die betroffenen Personen und deren **Arbeitgeber** sowie die **Schwerbehindertenvertreter** der Unternehmen und Verwaltungen bei psychosozialen Problemlagen bzw. bei behinderungsspezifischen Fragestellungen im Rahmen der Berufsorientierung beim Übergang von der Schule ins Berufsleben (siehe nächste Abschnitte). Die Beratung und Unterstützung wird vom Integrationsamt bzw. den Rehabilitationsträgern finanziert (auf Basis der **Ausgleichsabgabe**, siehe Abschnitte 1.7.1 und 4.4) und ist deshalb für die Betroffenen sowie die Betriebe kostenfrei. Nach § 109 Abs. 4 SGB IX kann der Integrationsfachdienst auch für Menschen mit Behinderung tätig werden, die **nicht den Status der Schwerbehinderung** besitzen (siehe auch Abschnitt 1.3).

**Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS),**

- Integrationsamt -

Erzbergerstraße 119

76133 Karlsruhe

☎ 0721 81 07 0

📠 0721 81 07 975

info@kvjs.de

www.kvjs.de

### **Integrationsfachdienst (IFD) in Mannheim**

Leitung: Markus Hölz

Kaiserring 38

68161 Mannheim

☎ 0621 170 29 30

📠 0621 170 29 50

info.mannheim@ifd.3in.de

[www.bw-lv.de/integrationsfachdienste/ifd-mannheim](http://www.bw-lv.de/integrationsfachdienste/ifd-mannheim)

**IFD landesweit:** [www.ifd-bw.de](http://www.ifd-bw.de)

Die **Eingliederungshilfe** ist auch für Maßnahmen zur Erleichterung der beruflichen Integration bzw. Inklusion zuständig (siehe auch Abschnitt 2):

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**

**Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung**

K1, 7-13

68159 Mannheim

**Siehe Abschnitt 2**

## **4.1 Berufsvorbereitende Maßnahmen/Angebote für junge Menschen**

Die Zeit des Übergangs von der Schule (oder der Sonderschule/dem SBBZ) in den folgenden Lebensabschnitt ist für Menschen mit Behinderung von besonderer Bedeutung für ihre Möglichkeiten der Integration in den **allgemeinen Arbeitsmarkt**.

### **4.1.1 Berufsvorbereitende Einrichtung (BVE)**

Die **Berufsvorbereitende Einrichtung (BVE)** ist ein schulisches Angebot, das unter Federführung des **Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg** zur Eingliederung von Abgängerinnen und Abgängern aus Sonderschulen für geistig Behinderte und aus Förderschulen in den **allgemeinen Arbeitsmarkt** eingerichtet wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sonderschulen für Geistig Behinderte (SBBZ mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) werden im Rahmen der sogenannten **Berufsschulstufe** der Sonderschule an **allgemeinen Berufsbildenden Schulen** unterrichtet. Jugendliche aus Förderschulen (SBBZ mit Förderschwerpunkt Lernen) treten hingegen direkt in allgemeine berufsbildende

Schulen ein. Durch Praktika in Betrieben, unter **intensiver Betreuung** durch den Integrationsfachdienst, werden beide Personenkreise an die Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes herangeführt. Hierbei ergeben sich zudem Kontakte zu möglichen **späteren Arbeitgebern**.

#### 4.1.2 Kooperative Berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV)

Die Kooperative Berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (**KoBV**) ist ein weiteres Angebot zur besseren Eingliederung von Menschen mit Behinderung. Es handelt sich dabei um eine **Variante der dualen Ausbildung** für schwerbehinderte junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Die KoBV schließt in der Regel unmittelbar an die vorherige **BVE** an. KoBV bündelt die **schulischen** und **beruflichen** Angebote der einzelnen Träger wie der **Arbeitsagentur**, der **Integrationsfachdienste**, **Sonderschulen** und einem **Bildungsträger**. Deren Angebote werden **nicht mehr nacheinander** sondern **nebeneinander** (gleichzeitig) erbracht.

Der **Bildungsträger** kann sowohl eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) sein als auch ein anderer Anbieter entsprechender Leistungen (siehe auch nächster Abschnitt). Die KoBV orientiert sich am bekannten Modell der **dualen Ausbildung** (Berufsausbildung durch Ausbildungsbetrieb und Berufsschule) für Menschen ohne Behinderung. Der berufspraktische Teil erfolgt in Betrieben des **allgemeinen Arbeitsmarktes**. Der Unterricht an **regulären Berufsschulen** wird nach einem speziell für KoBV angepassten **sonderpädagogischen Lehrplan** gestaltet. Der **persönliche Förderbedarf** der Schülerinnen und Schüler wird in Arbeitserprobungen ermittelt. Eine **Unterstützungsgruppe** aus Berufsbegleiterinnen und Berufsbegleitern, Integrationsfachdienst, Lehr- und Ausbildungskräften geht darauf individuell ein. Die teilnehmenden Auszubildenden sind für die Dauer der Maßnahme **berufsschulpflichtig**. Über die Aufnahme in KoBV entscheidet die Agentur für Arbeit in Abstimmung mit allen Beteiligten. Seit 2014 ist in Mannheim der Förderband e. V. (siehe weiter unten) Bildungsträger im Rahmen der KoBV.

Nähere Erläuterungen zu den Angeboten **BVE** und **KoBV** enthält die Internetseite des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, **KVJS** (siehe Abschnitt 4).

#### 4.1.3 Weitere Maßnahmen

In Mannheim bietet eine Reihe von Trägern **berufsvorbereitende Maßnahmen** für Jugendliche mit Behinderung. Diese Angebote sind nicht speziell bzw. ausschließlich für Menschen mit Behinderung konzipiert, sondern wenden sich in der Regel allgemein an die Schülerinnen und

Schüler mit **Förderschwerpunkt Lernen**. Die **SBBZ mit Förderschwerpunkt Lernen** hießen früher in Baden -Württemberg „Förderschulen“ (siehe auch Abschnitt 3.4.2). Es handelt sich um Schulen für Kinder und Jugendliche mit besonderer Lernschwäche, die aber keine Behinderung im engeren Sinn aufweisen. In anderen Bundesländern ist der Begriff „Förderschule“ oft gleichbedeutend mit Sonderschule allgemein.

Spezielle Ausbildungsangebote mit der Maßgabe der **Ortsnähe** werden von der Agentur für Arbeit Mannheim in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege angeboten. Diese umfassen Plätze zur beruflichen Vorbereitung in verschiedensten Berufsfeldern. Für die berufliche Erstausbildung stehen Ausbildungsplätze in sogenannten „**behindertenspezifischen Berufen**“ (§ 117 SGB III, Drittes Buch Sozialgesetzbuch) zur Verfügung (siehe auch Abschnitt 4.2). Darüber hinaus bietet die Agentur für Arbeit noch weitere **Berufsvorbereitungsmaßnahmen**, die im Folgenden aber nicht alle aufgezählt werden da es sich meist um zeitlich begrenzte Projekte handelt, welche sich den Veränderungen der Ausbildungssituation anpassen. Sie werden in der Regel von einem erprobten Stamm an Anbietern durchgeführt.

## **Berufsförderungswerke**

Eine weitere Möglichkeit der beruflichen Erstausbildung bieten die überregionalen **Berufsbildungswerke/Berufsförderungswerke**. Angeboten wird dort eine **außerbetriebliche Ausbildung** mit der Besonderheit der wegesparenden **räumlichen Konzentration** der praktischen Ausbildungsstätten und der Berufsschule in Verbindung mit behinderungsbezogenen Fachdiensten (z. B. therapeutische Dienste) an einem Ort. In Baden-Württemberg stehen sieben dieser Einrichtungen zur Verfügung. Jede davon ist auf eine oder **mehrere Behinderungsarten spezialisiert** und bietet dadurch verbesserte Möglichkeiten der Förderung. Wenn die Ausübung des bisherigen Berufes nach Eintritt einer Behinderung nicht mehr möglich ist, kann in **Berufsförderungswerken (BFW)**, **Berufsfortbildungswerken** und **Beruflichen Trainingszentren(BTZ)** eine berufliche Neuorientierung und Ausbildung angestrebt werden:

### **Berufsfortbildungswerk des DGB Mannheim**

Christian Schwarz

D7, 2-4

68159 Mannheim

☎ 0621 12 09 30

📠 0621 12 09 336

mannheim@bfw.de

www.bfw.de

**Berufsförderungswerk Kurt-Lindemann-Haus gGmbH**

Schlierbacher Landstraße 200a

69118 Heidelberg

☎ 06221 56 27 705

📠 06221 56 27 708

elisabeth.vogler@med.uni-heidelberg.de

www.bfw-heidelberg-schlierbach.de

**Förderband e. V.**

D4, 4

68159 Mannheim

☎ 0621 16 66 10

📠 0621 16 66 130

info@foerderband-ma.de

www.foerderband-ma.de

Über die übliche Tätigkeit einer Einrichtung der **Jugendberufshilfe** (§ 13 SGB VIII, Aches Buch Sozialgesetzbuch) hinaus bietet der Förderband e. V. (insbesondere für Schüler und Schülerinnen mit **Förderschwerpunkt Lernen**):

- **Ausbildungshelfer** in den 8. und 9. Klassen der SBBZ mit Förderschwerpunkt Lernen und im inklusiven Unterricht (an allgemeinen Schulen).
- Eine **berufsvorbereitende Privatschule** für Schüler und Schülerinnen mit Förderschwerpunkt Lernen (nicht kostenpflichtig).
- **Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen** speziell für Schüler und Schülerinnen mit Förderschwerpunkt Lernen.
- **Reha-Ausbildungsplätze** (§ 117 SGB III, Drittes Buch Sozialgesetzbuch) in Kooperation mit Mannheimer Betrieben:
  - Auf drei Jahre verlängerte zweijährige Ausbildung („2+1“): Fachlagerist, Verkäufer und Fachkraft im Gastgewerbe.
  - Dreijährige Ausbildung: Fachpraktiker Küche, Fachpraktiker Hauswirtschaft und Gartenbaufachwerker.
- **Begleitete betriebliche Ausbildung** und ausbildungsbegleitende Hilfen für Rehabilitanden.

**IB-Bildungszentrum Mannheim**

Thomas Ackermann/Jutta Meliset

Neckarauer Straße 106-116

68163 Mannheim

☎ 0621 81 98 23 0

📠 0621 81 98 17 0

thomas.ackermann@internationaler-bund.de

jutta.meliset@internationaler-bund.de

www.internationaler-bund.de

Der IB ist in Mannheim Träger von **Reha-Ausbildungen** (§ 117 SGB III).

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Arbeitsassistentz & Jobcoaching**

Enzianstraße 45

68309 Mannheim

☎ 0621 32 88 697 -11

📠 0621 32 88 697 -17

katja.maier-hehr@reha-suedwest.de

**SRH Berufliche Rehabilitation, Berufsförderungswerk Heidelberg**

Thorsten Schenk

Bonhoefferstraße 1

69123 Heidelberg

☎ 06221 88 21 10

📠 06221 88 31 01

thorsten.schenk@bfw.srh.de

www.bfw-heidelberg.de



**SRH Berufliches Trainingszentrum (BTZ) Mannheim**

Andrea Baltes

Am Exerzierplatz 2

68167 Mannheim

☎ 0621 87 99 130

kontakt@btzmannheim.de

www.srh.de

**SRH Berufsbildungswerk Neckargemünd GmbH,**

Berufsvorbereitung und außerbetriebliche Berufsausbildung

Joachim Trabold

Im Spitzerfeld 25

69151 Neckargemünd

☎ 06223 89 23 32

📠 06223 89 21 26

info@bbw.srh.de

www.bbw-neckargemuend.de

**Werkhof Mannheim gGmbH (Waldorf-Pädagogik)**

Johannes Pelzel

Neckarauer Waldweg 131

68199 Mannheim

☎ 0621 80 33 057

📠 0621 80 33 485

info@werkhof-mannheim.de

www.werkhof-mannheim.de

**USS GmbH, Standort Mannheim, gewerblicher Schulungsanbieter**

Fabrikstationstraße 45

68163 Mannheim

☎ 0621 30 97 85 11

📠 0621 30 97 85 21

info.ma@uss.de

www.uss.de

## 4.2 Inklusionsbetriebe

Diese Betriebe (früher **Integrationsbetriebe**) sind rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen des **allgemeinen Arbeitsmarktes** mit **30-50%** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit **Schwerbehinderung** (siehe Abschnitt 1.3), deren Teilhabe am Arbeitsleben besonders **erschwert sein kann** (11. Kapitel SGB IX). Die Beschäftigung in einem Inklusionsbetrieb soll auch dabei helfen, schwerbehinderten Personen **andere Arbeitsplätze** des allgemeinen Arbeitsmarktes nahe zu bringen. Inklusionsbetriebe bieten dazu arbeitsbegleitende **Betreuung**, berufliche **Weiterbildung** und oft die Teilnahmemöglichkeit an außerbetrieblichen **Trainings- und Bildungsmaßnahmen**.

Das **Integrationsamt** fördert mit Mitteln aus der **Ausgleichsabgabe** (siehe Abschnitt 4.4) Aufbau, Erweiterung, Modernisierung, Ausstattung und betriebswirtschaftliche Beratung von Inklusionsbetrieben. Auch rechtlich unselbstständige Inklusionsbetriebe oder Inklusionsabteilungen von privaten Unternehmen oder öffentlichen Arbeitgebern können vom Integrationsamt gefördert werden.

Ein **wichtiger Unterschied** zwischen **Inklusionsbetrieben** und **Werkstätten für Menschen mit Behinderung** (siehe Abschnitt 4.4) ist, dass erstere ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **reguläre (oft tarifliche) Löhne** zahlen und, wie andere Betriebe auch, dem **Mindestlohngesetz** (Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns, MiLoG) unterliegen. Daher sind die dort Beschäftigten in der Regel **nicht auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen** und von den damit verbundenen Beschränkungen nicht betroffen.

Inklusionsbetriebe können Menschen mit Behinderung eine **unterhaltssichernde Berufstätigkeit** bieten, die auch den Zielen der **UN-Konvention** für die Rechte von Menschen mit Behinderung entspricht (vergleiche Abschnitte 2.2.1, 4.1 und 4.4).

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen e. V.** („bag if, Das Netzwerk inklusiver Unternehmen“) bietet umfangreiche Ausführungen zur Arbeit der Betriebe und zu den besonderen Schwierigkeiten, auf die sie aus ihrer Sicht dabei immer noch stoßen:

**www.bag-if.de**, siehe insbesondere die Artikel und Stellungnahmen unter “Downloads”

### Vom Landesintegrationsamt geförderte Inklusionsbetriebe in Mannheim:

**Caritasverband, ad laborem gGmbH** (ad laborem: Lateinisch „für Arbeit“)

Hallesche Straße 1

68309 Mannheim

☎ 0621 48 10 200

📠 0621 48 10 20 29

info@adlaborem.de

www.adlaborem.de

Über die übliche Tätigkeit eines **Inklusionsbetriebs** hinaus bietet die **ad laborem gGmbH** Menschen mit Behinderung noch weitere Möglichkeiten:

- **Reha-Ausbildungsplätze** (§ 117 SGB III, Drittes Buch Sozialgesetzbuch) für Fachlageristen (Ausbildung im Lager) als Kooperationspartner des Förderband e. V. (verlängerte Ausbildung mit zusätzlicher Unterstützung, siehe Abschnitt 4.1.3)
- **Arbeitserprobungen** und Langzeitpraktika für Menschen aus Werkstätten, Sonderschulen oder am Übergang der Systeme
- **Probebeschäftigung** (§ 46 SGB III) in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit

**Caritasverband, c. ad laborem gGmbH, Restaurant-Café Landolin,**

(ad laborem: Lateinisch „zur Arbeit“)

Speckweg 17

68305 Mannheim

☎ 0621 30 86 61 00

📠 0621 30 86 61 01

info@landolin.de

www.landolin.de

**Rechtlicher Sitz:**

c. ad laborem gGmbH

B5, 19a

68159 Mannheim

☎ 0621 1 26 02 0

www.caritas-mannheim.de

**Caritasverband, Fairkauf Mannheim gGmbH, Secondhand-Kaufhaus**

(Gebrauchtwaren-Kaufhaus)

Carl-Reuther-Straße 2

68305 Mannheim

☎ 0621 12 85 08 51 (Kaufhaus)

☎ 0621 12 85 08 50 (Verwaltung)

info@fairkauf-mannheim.de

www.fairkauf-mannheim.de

Über die übliche Tätigkeit eines **Inklusionsunternehmens** hinaus bietet die **Fairkauf Mannheim gGmbH** Menschen mit Behinderung noch weitere Möglichkeiten:

- **Arbeitserprobungen** und Praktika
- **Probebeschäftigung** (§ 46 SGB III)
- **Arbeitsgelegenheiten** (§ 16 d SGB II, Zweites Buch Sozialgesetzbuch) für Langzeitarbeitslose

**Markthaus Mannheim gGmbH**

Second-Hand-Kaufhaus, sowie sechs Lebensmittelmärkte in der Region Rhein-Neckar

Floßwörthstraße 3-9

68199 Mannheim

☎ 0621 83 36 80

thomas.weichert@markthaus-mannheim.de

www.markthaus-mannheim.de

Über die übliche Tätigkeit eines **Inklusionsunternehmens** hinaus bietet das **Markthaus Mannheim** Menschen mit Behinderung **noch weitere Möglichkeiten**:

- **Reha-Ausbildungsplätze** (§ 117 SGB III) für Menschen mit besonderem Förderbedarf
- **Arbeitserprobungen** und Langzeitpraktika für Menschen aus Werkstätten (siehe Abschnitt 4.4) und Sonderschulen oder am Übergang der Systeme
- **Probebeschäftigung** (§ 46 SGB III) in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit

### 4.3 Beschäftigungsfördermaßnahmen

Weiterhin existieren in Mannheim und Umgebung gezielte **Beschäftigungsfördermaßnahmen** für Menschen mit Behinderung:

**„Arbeit für alle“ e. V., Verein zur Förderung neuer Arbeitsplätze und**

**Betriebsbegründungen („Eine Initiative der katholischen Christen Mannheims“)**

C2, 16-18

68159 Mannheim

☎ 0621 12 69 50

📠 0621 12 69 526

afa@hausderjugend-bdkj-ma.de

www.arbeitfueralle-ma.de

**BIOTOPIA Arbeitsförderungsbetriebe Mannheim gGmbH**

Friedrich-Ebert-Straße 83

68167 Mannheim

☎ 0621 46 00 50

📠 0621 43 10 262

info@biotopia.de

www.biotopia.de

**FNF („Food-non-Food“), Gesellschaft zur Förderung von Arbeitsplätzen mbH**

(Food-non-Food=Nahrungsmittel und andere Produkte) ist ein Unternehmen an dem die Stadt Mannheim, der Verein für Gemeindediakonie, der Arbeiter Samariter Bund und das Gemeinschaftswerk Arbeit und Umwelt beteiligt sind.

Geschäftsführer: Peter Triendl

Rathaus E5

68159 Mannheim

☎ 0621 293 95 12

📠 0174 16 99 01 2

📠 0621 293 47 95 12

peter.triendl@mannheim.de

**Werkgemeinschaft-Martinshof, Arbeitsförderungsbetrieb gGmbH**

(Waldorf-Pädagogik)

Kiesteichweg 14

68199 Mannheim

Die Tätigkeit erfolgt in Form des **Inklusionsprojekts Archehof** in Heidelberg:

Mittelgewannweg 16

69123 Heidelberg

📠 0151 61 31 03 22 Claus Rosenfelder (Bildungsbegleiter)

📠 0173 67 21 67 1 Elfi Gomell-Lakies (Geschäftsführerin)

info@werkgemeinschaft-martinshof.de

www-werkgemeinschaft-martinshof.de

## 4.4 Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Werkstätten dieser Art („Werkstätten für behinderte Menschen, WfbM“) sind Einrichtungen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben (12. Kapitel SGB IX, Neuntes Buch Sozialgesetzbuch).

Laut Gesetz haben die Werkstätten den **Übergang von Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt** durch geeignete Maßnahmen zu fördern sowie über ein möglichst breites Angebot an Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen und über qualifiziertes Personal zu verfügen (§ 136 SGB IX). Daseinszweck der Werkstätten **sind nicht Produktion und Dienstleistung oder Gewinnerzielung**, sondern allein die sogenannte **Teilhabe** von Menschen mit wesentlicher Behinderung **am Arbeitsleben** (5. Kapitel SGB IX).

Gemäß ihrer Aufgaben gliedern sich die Werkstätten in **Eingangsverfahren, Berufsbildungsbereich** und **Arbeitsbereich**.

Die Finanzierung der Werkstätten erfolgt in erster Line über **Vergütungssätze (Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben)**, die die **Leistungsträger** monatlich für jede Person mit Behinderung an die Werkstatt zahlen (5. Kapitel SGB IX). Die Einnahmen durch **Kundenaufträge** tragen bei den meisten Werkstätten nur zu einem **geringen Teil** zur Kostendeckung bei.

Die Leistungen im **Eingangsverfahren** und **Berufsbildungsbereich** der Werkstätten (siehe unten) werden in der Regel von der **Bundesagentur für Arbeit** getragen (§ 42 Abs. 1 SGB IX). Im daran anschließenden **Arbeitsbereich** der Werkstätten ist hingegen in den meisten Fällen der Träger der Sozialhilfe/Eingliederungshilfe zuständiger Leistungsträger (§ 42 Abs. 2 SGB IX).

Neben den Vorschriften des **SGB IX** regelt die **Werkstättenverordnung (WVO)** die Arbeit der Einrichtungen, die in diesem Sinn weniger Gestaltungsfreiheit haben als **Inklusionsbetriebe** (siehe Abschnitt 4.2) oder normale Firmen des „1. Arbeitsmarktes“.

Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung werden dadurch zusätzlich gefördert, dass Unternehmen, die diesen Werkstätten Aufträge erteilen, einen Teil der Rechnungssumme mit den **Ausgleichsabgaben** verrechnen können, die sie zahlen müssen, wenn sie selbst **keine oder zu wenige Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen** (§ 140 SGB IX), siehe Abschnitt 1.7.1.

Die Beschäftigung der Menschen mit Behinderung in Werkstätten geht mit einer vergleichsweise **hohen Betreuungsdichte** durch Fachkräfte einher, die entsprechende Kosten verursacht: Nach der **Werkstättenverordnung** soll im **Arbeitsbereich** ein **Betreuungsschlüssel** von **1:12** und im **Berufsbildungsbereich** von **1:6** erreicht werden (§ 9 Abs. 3 WVO). Die dabei

zur Betreuung eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen neben der **arbeitsbezogenen** beruflichen Qualifikation über eine **sonderpädagogische Zusatzbildung** verfügen.

#### 4.4.1 Zugang zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung

In jeder Werkstatt besteht nach ein **Fachausschuss**, dem in gleicher Zahl jeweils Vertreter und Vertreterinnen der Werkstatt, der **Bundesagentur für Arbeit** sowie des **Trägers der Sozialhilfe (Eingliederungshilfe)** angehören und der fallbezogen weitere Fachleute (auch anderer Leistungsträger) hinzuziehen kann (§ 2 WVO).

Die Berechtigung zum Bezug von **Eingliederungshilfeleistungen** zum Werkstattbesuch (sog. **Teilhabe am Arbeitsleben**) gilt grundsätzlich unabhängig von Art und Schwere der Behinderung, „sofern erwartet werden kann, dass spätestens nach Teilnahme an Maßnahmen des Berufsbildungsbereichs ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbracht werden kann“ (§ 136 Abs. 2 Satz 1 SGB IX).

Der **Fachausschuss** der Werkstatt gibt eine **Empfehlung** bezüglich der **Eignung der Einrichtung** für eine Person mit Behinderung ab. Neuaufnahmen erfolgen über das **Eingangsverfahren** (§ 3 WVO). Der Fachausschuss berät bezüglich des weiteren Verfahrens: Mögliche Verkürzung des **Eingangsverfahrens**, Aufnahme in den **Berufsbildungsbereich** und schließlich den **Arbeitsbereich**.

In der Sprache der **Bundesagentur für Arbeit** werden die am **Eingangsverfahren** und dem **Berufsbildungsbereich** teilnehmenden Personen als **Rehabilitanden** bezeichnet. Dieser Ausdruck deutet einen vorübergehenden Zustand an, was jedoch nur auf diese beiden Bereiche zutrifft. Bei der darauf folgenden Tätigkeit im Arbeitsbereich der Werkstatt handelt es sich hingegen in aller Regel um **Beschäftigung auf Dauer**.

Nach entsprechendem Antrag auf **Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben** erfolgt die Entscheidung des Leistungsträgers der **Beruflichen Rehabilitation** (Bundesagentur für Arbeit, Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich) bzw. der **Eingliederungshilfe** (Träger der Eingliederungshilfe, Arbeitsbereich) über die **Gewährung der Leistung** und damit über die Aufnahme in die Werkstatt. Dabei ist die Einschätzung des Fachausschusses entsprechend einzubeziehen.



#### 4.4.2 Aspekte des Werkstattbesuchs für Beschäftigte

Die Tätigkeit in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung gilt **nicht als Arbeit** im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes (§ 36, SGB IX), die dort beschäftigten Personen sind demnach **keine Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**, wenn auch eine in mehrerer Hinsicht „arbeitnehmerähnliche“ Stellung gegeben ist (§ 138 SGB IX). Ungeachtet des **nicht** gegebenen **Arbeitnehmerverhältnisses** werden die Werkstattbeschäftigten **Versicherte** der **Gesetzlichen**

- **Rentenversicherung** (§ 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a SGB VI)
- **Krankenversicherung** (§ 5 Abs. 1 Nr. 7 SGB V)
- **Unfallversicherung** (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 und 4 SGB VII)
- **Pflegeversicherung** (§ 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 SGB XI)

mit entsprechenden **Rechten**.

Eine Besonderheit sind dabei bestimmte Regelungen zur **Erwerbsminderungsrente**, die zwar formal vom Werkstattbesuch unabhängig sind, deren Bedingungen jedoch in erster Linie auf den Personenkreis der Werkstattbeschäftigten zutreffen (§ 43 Abs. 6 SGB VI, Sechstes Buch Sozialgesetzbuch, oft als „**Rentenprivileg**“ bezeichnet), nähere Angaben hierzu siehe Abschnitt 1.7.9.

Die rechtlichen Grundlagen der Werkstätten schreiben eine **Entlohnung** der im Arbeitsbereich der Werkstatt tätigen Menschen mit Behinderung vor, über deren Höhe jedoch **keine genauen Aussagen** getroffen werden (§ 138 Abs. 2 SGB IX). Der Werkstattlohn setzt sich demnach aus einem sog. **Grundbetrag** und einem grundsätzlich leistungsbezogenen sog. **Steigerungsbetrag** zusammen. Der einheitliche Grundbetrag entspricht kraft Festlegung in der **Höhe** dem jeweils gültigen **Ausbildungsgeld** der Bundesagentur für Arbeit (§ 125 SGB III, Drittes Buch Sozialgesetzbuch), wie es zuletzt im Berufsbildungsbereich der Werkstatt gezahlt wurde (2017: 80 € monatlich), hat mit diesem aber ansonsten nichts zu tun. Der Steigerungsbetrag ist hingegen **variabel** und soll die **Arbeitsleistung** des Menschen mit Behinderung widerspiegeln.

Nach den Vorschriften der **Werkstättenverordnung (WVO)** ist als sog. **Arbeitsergebnis** die Differenz der Einnahmen und Ausgaben der Werkstatt zu bilden, wobei Aufwendungen für die Entlohnung der Menschen mit Behinderung (Grund- und Steigerungsbetrag) zunächst außer Betracht blieben. Es sollen dann **70%** des so ermittelten „**Arbeitsergebnisses**“ (**Überschussbetrag**) der Werkstatt für die Entlohnung der Teilnehmenden verwendet werden, wobei der **Steigerungsbetrag** grundsätzlich von der Leitung der Werkstatt personenbezogen festgelegt wird. Dabei spielen Arbeitsleistung und wirtschaftliche Lage der Werkstatt eine Rolle. Im Ergebnis liegt der Werkstattlohn meist im Bereich von 120 - 180 € monatlich, laut

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales** betrug der durchschnittliche Lohn im Jahre 2014 (**ohne** Arbeitsförderungsgeld, siehe unten) 155 € monatlich.

Die **Leistungsträger** zahlen ergänzend zum Werkstattlohn das sog. **Arbeitsförderungsgeld** in Höhe von 52 € (2017) monatlich an Menschen im **Arbeitsbereich** der Werkstatt, das von dieser mit ausgezahlt wird. Überschreitet der persönliche Werkstattlohn jedoch **299 €** (Summe aus Grund- und Steigerungsbetrag), so wird **nur die Differenz** zum „Maximallohn“ von 351 € als Arbeitsförderungsgeld gewährt, oberhalb von 351 € entfällt das Arbeitsförderungsgeld vollständig (§ 43 SGB IX).

Das Arbeitsförderungsgeld wird sozialhilferechtlich **nicht als Einkommen** erfasst, (§ 82 Abs. 2 Nr. 5 SGB XII, Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch). Grund- und Steigerungsbetrag gelten hingegen (abzüglich Grundfreibetrag) als zu erfassendes **Einkommen**, so dass ein Teil hiervon mit der in den meisten Fällen zur **Existenzsicherung** erforderlichen **Sozialhilfe (Grundsicherung bei Erwerbsminderung)** verrechnet wird (§ 82 SGB XII). Den Menschen mit Behinderung bleibt in der Regel also nur einen Teil des Werkstattentgeltes als **Mehreinkommen**, auch leistungsbezogene Erhöhungen des Steigerungsbetrages werden **nicht** voll wirksam.

Im Falle gleichzeitiger **stationärer Wohnleistungen**, was besonders bei Menschen mit geistiger Behinderung häufiger vorkommt, kommt es zu einer weiteren Minderung der direkt auszahlenden Grundsicherung, da die **gewährten Wohnleistungen** einen Teil der **allgemeinen Lebenshaltungskosten** abdecken (§ 82 und § 85 SGB XII in Verbindung mit § 88 SGB XII).

**Änderungen seit 2017** im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zu Gunsten der Werkstattbeschäftigten:

**Günstigere Anrechnungsregeln** bei der Grundsicherung, **50% statt bisher 25%** des den Grundfreibetrag übersteigenden Werkstattlohns bleiben in der Grundsicherung anrechnungsfrei.

**Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes von 26 € auf 52 €.**

#### 4.4.3 Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt?

In den oben widergegebenen **gesetzlichen Grundlagen** der Werkstätten für Menschen mit Behinderung wird deren Ziel der **Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt** betont. In Wirklichkeit erreichen die Werkstätten dies aber leider **nur bei einem sehr kleinen** Teil der Beschäftigten, der größte Teil von ihnen **verbleibt dauerhaft** in diesen Einrichtungen.

Die aktuellen Bemühungen und neuen **Reformansätze**, auch im Zuge des **BTHG**, legen den Schwerpunkt daher darauf, den Eintritt von Menschen (gerade Schulabgängerinnen und Schulabgängern) in die Werkstätten von vorne herein, falls möglich, **zu vermeiden** und ihnen **Alternativen** zugänglich zu machen (siehe auch Abschnitte 3.4.2 und 4.1).

In Mannheim wie bundesweit führt seit Jahren ein **fortwährender Anstieg** der Zahl der Werkstattbeschäftigten zu steigenden Reformbedarf. Steigend ist dabei auch die Zahl der Personen (oft mit seelischer Behinderung), die nicht unmittelbar nach der Schule sondern aus der **Arbeitslosigkeit heraus** in Werkstätten eintreten („**Quereinsteiger**“). Verantwortlich hierfür sind insbesondere **nachteilige Veränderungen** des allgemeinen Arbeitsmarkts. Sie führen zu einem **zunehmenden Ausschluss** der Menschen mit Behinderung von der Beschäftigung in **regulären Arbeitsverhältnissen mit existenzsichernder Vergütung** (vergleiche **Fortschreibung des Teilhabepplans für Menschen mit Behinderung in Mannheim 2015**, Stadt Mannheim 2016, Modul 1: Teilhabe am Arbeitsleben, Abschnitt 3.6.4; und vertiefend: **Entwicklung der Zugangszahlen zu Werkstätten für behinderte Menschen**, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 2008).

Die Herausforderung des Hilfesystems besteht darin, dieser Entwicklung mit geeigneten Maßnahmen **gegenzusteuern**.

#### 4.4.4 Reformperspektiven, UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung

Die von Deutschland unterzeichnete **UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung** nennt Anforderungen bei der Beschäftigung:

**UN-Konvention, Artikel 27 — Arbeit und Beschäftigung** [Hervorhebung durch Verfasser]

*(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den **Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen**, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. [...]*

Dies führt zu **Reformbedarf**, denn weder erlauben es die gesetzlichen Grundlagen, in den herkömmlichen Werkstätten den **Lebensunterhalt durch Arbeit** zu verdienen noch bieten diese Einrichtungen einen **integrativen Arbeitsmarkt**. Um die Anforderungen der UN-Konvention erfüllen zu können, müssen daher **neue Hilfeansätze** und **Bestimmungen** entwickelt werden, ein Gedanke, der auch beim **Bundesteilhabegesetz** eine wichtige Rolle spielt.

**Vorschau:**

Mit dem **Bundesteilhabegesetz** werden ab 2018 zur Erbringung von Leistungen zur **Teilhabe an Arbeit** zusätzlich zu den **herkömmlichen Werkstätten** noch **weitere Anbieter** zugelassen, für die viele der Regelungen nicht gelten, denen Werkstätten unterliegen und die deswegen erweiterte Möglichkeiten ausschöpfen können. Es werden sich somit voraussichtlich bald noch neue **Alternativen zum Werkstattbesuch** entwickeln, die sich an einen grundsätzlich **vergleichbaren Personenkreis** wenden, für den jedoch bisher Werkstätten **weniger in Frage kamen**.

Eine weitere wichtige Neuerung im Zuges des **Bundesteilhabegesetzes** ist die generelle Einführung eines **unbefristeten Budgets für Arbeit**, mit dem Menschen mit Behinderung sich **neue Möglichkeiten einer Beschäftigung** erschließen können, indem einem Arbeitgeber des **allgemeinen oder des sozialen** Arbeitsmarkts mittels des Budgets für Arbeit **ein dauerhafter Minderleistungsausgleich** zukommt.

**Werkstätten für Menschen mit Behinderung (§ 136 SGB IX) in Mannheim:**

**Arbeitstherapeutische Werkstätte Mannheim gGmbH (ATW),**

(bevorzugt für Menschen mit seelischer Behinderung)

Pfingstweidstraße 25-27

68199 Mannheim

☎ 0621 87 59 10

📠 0621 87 05 8

atw@atwmannheim.de

www.atwmannheim.de

Außenstelle Innenstadt (u. a. Fahrradwerkstatt):

F7, 17-18

68159 Mannheim

**Gemeindediakonie Mannheim, Diakoniewerkstätten Rhein-Neckar,**

(bevorzugt für Menschen mit geistiger Behinderung)

Friedrichstraße 46

68199 Mannheim

☎ 0621 84 10 40

📠 0621 84 10 436

info@diakoniewerkstatt.de

www.diakoniewerkstatt.de

**Berufsbildungsbereich**

Bohnenbergerstraße 4

68219 Mannheim

☎ 0621 85 61 27

📠 0621 85 44 901

**Förder- und Betreuungsbereich (siehe nächster Abschnitt)**

Kamenzer Straße 5

68309 Mannheim

☎ 0621 32 88 64 80

## 4.5 Förderung und Tagesstrukturierende Beschäftigung

Den „Werkstätten für behinderte Menschen“ (siehe Abschnitt 4.4) sind organisatorisch, und oft auch räumlich, **Förder- und Betreuungsbereiche (FuB)** für Betroffene mit **geistiger Behinderung/Mehrfachbehinderung** und Angebote der sogenannten **Tagesstrukturierenden Beschäftigung** (oft verkürzt auch „Tagesstruktur“ genannt) für Menschen mit **seelischer Behinderung** angeschlossen. Diese Leistungen beruhen auf eigenen, nach Landesrahmenvertrag (§ 79 SGB XII) festgelegten, sog. **Leistungstypen** und sind häufig den Werkstätten angegliedert, um mögliche Übertritte zu erleichtern (§ 136 Abs. 3 SGB IX). Hier werden Menschen **betreut und gefördert**, bei denen wegen der **Schwere der Behinderung** das realistische Ziel nicht eine Eingliederung ins Erwerbsleben sein kann. Bei diesen Maßnahmen geht es auch nicht darum, wirtschaftlich verwertbare Arbeit zu leisten (wie in den Werkstätten nach Abschnitt 4.4). Auch eine Reihe von Einrichtungen, die in erster Linie **Wohneinrichtungen** sind, bieten als weitere Leistung **Tagesstrukturierende Beschäftigung**. Die Finanzierung von Förder- und Betreuungsaktivitäten sowie Tagesstrukturierender Beschäftigung (als Leistung) erfolgt auch über die **Eingliederungshilfe** (siehe Abschnitt 2).

### 4.5.1 Leistungserbringer FUB bzw. Tagesstrukturierende Beschäftigung

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., Rudolf-Petereit-Haus**, Tagesstruktur für psychisch kranke Menschen (auch mit eigener Wohnung)

G6, 1

68159 Mannheim

☎ 0621 12 95 40

📠 0621 12 95 499

u.schuessele@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**AWO, Victor-Lenel stationär & ambulant**, Tagesstruktur für chronisch mehrfach  
beeinträchtigte Menschen (auch mit eigener Wohnung)

Rottannenweg 70

68305 Mannheim

☎ 0621 76 14 223

📠 0621 76 14 230

c.baumeister@awo-mannheim.de

k.hilpert@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**Caritasverband, Monikaheim**, Wohnheim für psychisch erkrankte Menschen,  
tagesstrukturierende Beschäftigung

Luisenstraße 64

68199 Mannheim

☎ 0621 86 250 50

📠 0621 86 250 520

monikaheim@caritas-mannheim.de

www.monikaheim-mannheim.de

**Diakonie, Elisabeth-Lutz-Haus**

Stresemannstraße 8

68165 Mannheim

☎ 0621 42 64 70

📠 0621 42 64 725

gisela.mueller@ekma.de

www.diakonie-mannheim.de

**Diakonie, Käthe-Luther-Heim, Wohnheim für psychisch kranke Frauen**

C7, 7

68159 Mannheim

☎ 0621 23 525

📠 0621 12 22 875

kaethe-luther-heim@ekma.de

www.diakonie-mannheim.de

**Gemeindediakonie Mannheim, Diakoniewerkstätten Rhein-Neckar,**

Friedrichstraße 46

68199 Mannheim

☎ 0621 84 10 40

📠 0621 84 10 436

info@diakoniewerkstatt.de

www.diakoniewerkstatt.de

**Förder- und Betreuungsbereich,** mit Förder- und Betreuungsgruppen in Käfertal,  
Neckarau, Mallau, Vogelstang und Waldhof

Kamenzer Straße 5

68309 Mannheim

☎ 0621 32 88 64 80

**Gemeindediakonie Mannheim, Katharina-Zell-Haus**

Friedrichstraße 71-73

68199 Mannheim

☎ 0621 85 89 63

📠 0621 85 44 180

knester@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de



**Haus Bethanien e. V.**, Mitglied im Diakonischen Werk Baden,

Tagesstruktur für psychisch kranke Menschen

Kirchenstraße 4-6

68159 Mannheim

☎ 0621 17 82 783

📠 0621 15 64 336

kontakt@hausbethanien-ma.de

www.hausbethanien-ma.de

**Johannes-Diakonie Mosbach, Standort Mannheim,**

**Bereich Förderung und Betreuung/Seniorenbetreuung**

**Häuser:**

Obere Riedstraße 63-65

68309 Mannheim

Fritz-Salm-Straße 16

68167 Mannheim

☎ 0621 44 57 55 94

sozialdienst.mannheim@johannes-diakonie.de

www.johannes-diakonie.de

**Nikolauspfl ege GmbH, Franz-Mersi-Haus,** Förder- und Betreuungsbereich für blinde

Menschen, Menschen mit Sehbehinderung und Menschen mit Mehrfachbehinderung

Käfertaler Straße 9-11

68167 Mannheim

☎ 0621 17 89 03 80

info@nikolauspfl ege.de

www.nikolauspfl ege.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Werner-Hülstrunk-Haus**, auch ambulante Hilfe  
für Menschen mit Behinderung außerhalb der Einrichtung  
Ida-Dehmel-Ring 39  
68309 Mannheim  
☎ 0621 72 84 87 50  
📠 0621 72 84 87 99  
whh.mannheim@reha-suedwest.de  
www.reha-suedwest.de/whh-ma

### 4.5.2 Sozialpsychiatrische Tagesstätte

Die Sozialpsychiatrische Tagesstätte wendet sich an Menschen mit **psychiatrischen Erkrankungen aus Mannheim**, die nicht belastbar genug sind, um die Anforderungen einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung zu erfüllen oder für die solche Werkstätten aus anderen Gründen nicht in Frage kommen.

Oft sind Betroffene nicht arbeitsfähig oder ganz ohne Beschäftigung. **Tagesstrukturierende Unterstützung** kann eine wertvolle Hilfe für sie sein, insbesondere weil viele psychische Erkrankungen mit Einsamkeit und sozialer Absonderung einhergehen und dadurch noch verschärft werden.

In der Tagesstätte stehen **sozialpsychiatrische Fachkräfte** zur Verfügung, die die Besucher und Besucherinnen unterstützen.

Die Aufnahme in die Tagesstätte erfolgt **„niederschwellig“**, es sind also weder ein Aufnahmeantrag, noch eine Kostenzusage oder sonstige bürokratische Voraussetzungen erforderlich („globalfinanziertes“ Angebot). Ebenso besteht keine Teilnahmepflicht und Interessentinnen und Interessenten können bei Bedarf **ohne Voranmeldung die Tagesstätte aufsuchen**. Angeboten werden Freizeitgestaltung, kreative Gestaltung, leichte Arbeitstherapie, lebenspraktische Förderung und das Knüpfen neuer stabilisierender Sozialkontakte.

**Sozialpsychiatrische Tagesstätte**

**der Arbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienst**

tagesstaette@spdi-mannheim.de

**Standort Mitte:**

J3, 8

68159 Mannheim

☎ 0621 17 86 673

📠 0621 17 86 674

**Öffnungszeiten:** Montag-Freitag 10-14 Uhr und 14-tägig Sonntag 11-14 Uhr

**Standort Süd:**

Sandrain 20 (St. Anna-Haus)

68219 Mannheim

☎ 0621 870 -11, -12, -13

📠 0621 87 10 422

**Öffnungszeiten:** Montag-Freitag 10-13 Uhr und zusätzlich  
Mittwoch und Donnerstag 14.30-17 Uhr

## 4.6 Studium

In Mannheim bieten das **Studierendenwerk Mannheim** und die jeweiligen **Beauftragten für Menschen mit Behinderung** der Hochschulen einen ersten Anlaufpunkt für Studierende mit Behinderung.

Die **Sozialberatung** des **Studierendenwerks Mannheim** berät und informiert über mögliche **Studienfinanzierung** und klärt Fragen zu **Sozialleistungen** und **Vergünstigungen** oder vermittelt an zuständige Stellen. Neben der **persönlichen Beratung** gibt es weitere Angebote wie z. B. das **Wohnheimangebot** des Studierendenwerks und die **Wohnraumvermittlung** mit unterschiedlichen auch **barrierefreien** Wohnungsangeboten.

Das Studierendenwerk Mannheim gibt einen gesonderten **Leitfaden für Studierende mit Behinderung** heraus („**Leitfaden Un-behindert Studieren**“). Dieser enthält Informationen rund um das Studium, auch über die Studienbedingungen und insbesondere die **Ansprechpartner für Studierende mit Behinderung an den einzelnen Hochschulen** in Mannheim. Der kostenlose **Leitfaden „Un-behindert Studieren“** ist online auf der Homepage oder gedruckt bei der Sozialberatung des Studierendenwerks erhältlich.

**Studierendenwerk Mannheim,**

**Sozialberatung**

Doris Neubauer (Dipl. Sozialarbeiterin)

Bismarckstraße 10 (Mensa, Eingang A, Zimmer 04, Zugang über Infothek)

68161 Mannheim

☎ 0621 49 07 25 30

📠 0621 49 07 28 99

sozialberatung@stw-ma.de

www.stw-ma.de

**Verwaltung:**

Studierendenwerk Mannheim AöR

L7, 8

68161 Mannheim

## 5 Ambulante Hilfe und Beratung

### 5.1 Abteilung Gemeindepsychiatrie des ZI

Die Abteilung Gemeindepsychiatrie ist eine selbstständige **Untereinheit des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit (ZI)**. Sie ist vor allem für die **außerklinische** Versorgung psychisch kranker Menschen zuständig und hat wesentlich zum Auf- und Ausbau des sogenannten komplementären (ergänzenden) Versorgungssystems in Mannheim beigetragen.

Aktuell dient die Abteilung als **Anlaufstelle** für Patientinnen und Patienten, Angehörige und andere an der psychiatrischen Versorgung beteiligte Personen. Neben der **fachärztlichen Behandlung** in der Institutsambulanz des ZI hält sie **eigene psychosoziale Angebote** im Bereich des ambulant **betreuten Wohnens**, der **beruflichen Integration** und im **Freizeitsektor** bereit.

Außerdem kooperiert die Abteilung Gemeindepsychiatrie mit **nahezu allen außerklinischen Einrichtungen** und Diensten für psychisch kranke Menschen in Mannheim. Dies erfolgt über regelmäßige Beratungen und über die Zusammenarbeit in zahlreichen Arbeitskreisen und Gremien.

#### **Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, Abteilung Gemeindepsychiatrie**

Leitung: Dr. Jens Bullenkamp

K3, 21

68159 Mannheim

☎ 0621 17 03 61 01

jens.bullenkamp@zi-mannheim.de

www.zi-mannheim.de

Terminvereinbarung: Annette Hoffmann

☎ 0621 17 03 61 02

annette.hoffmann@zi-mannheim.de

### 5.2 Mannheimer Initiative Kinder psychisch kranker Eltern (MalKE)

MalKE ist ein **präventives (vorbeugendes)** Angebot für Familien mit einem psychisch kranken **Elternteil**. Psychischen **Folgestörungen** der Kinder soll vorgebeugt werden, indem die Lebenssituation der gesamten Familie verbessert wird.

Für MalKE arbeitet die **Arbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienst** mit der **Psychologischen Beratungsstelle der Evangelischen Kirche in Mannheim** zusammen.

Diese Arbeit wird von einem **Arbeitskreis** unterstützt, in dem viele wichtige Fachstellen zusammenarbeiten (siehe Abschnitt 10).

**MaiKE** bietet: Abklärung der psychischen und sozialen Lage der Familie bzw. des psychisch erkrankten Elternteils; Einzelberatung gesunder und/oder psychisch erkrankter Eltern sowie sonstiger Angehöriger und der Kinder selbst; Paarberatung; Familienberatung; Zusammenwirken mit Jugendamt, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Gesundheitseinrichtungen sowie einschlägige Öffentlichkeitsarbeit.

**MalKE, Mannheimer Initiative für Kinder psychisch kranker Eltern**  
**Arbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi) Mannheim**

Leitung: Helene Aumüller

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 39 74 90

📠 0621 13 659

[h.aumueller@spdi-mannheim.de](mailto:h.aumueller@spdi-mannheim.de)

In Zusammenarbeit mit:

**Psychologische Beratungsstelle der Evangelischen Kirche in Mannheim**

M1, 9 a

68161 Mannheim

☎ 0621 28 000 280

📠 0621 28 000 299

[team@pb.ekma.de](mailto:team@pb.ekma.de)

[www.ekma.de](http://www.ekma.de)

### 5.3 Sozialpsychiatrischer Dienst in Mannheim (SpDi)

Der SpDi wird als Arbeitsgemeinschaft geführt, seine Träger sind:

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Mannheim e. V.
- Caritasverband Mannheim e. V.
- Diakonieverein im Diakonischen Werk Mannheim
- Zentralinstitut für Seelische Gesundheit

Die Aufgabe des Dienstes ist es, **Bürgerinnen und Bürgern aus Mannheim**, die psychisch langzeiterkrankt und nicht mehr oder noch nicht zu einer selbstständigen Lebensführung in der Lage sind, durch spezifische Hilfen ein erträgliches Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Ziel dabei ist auch, **Krankenhauseinweisungen zu vermeiden** beziehungsweise nach Krankenhausaufenthalt den Übergang in den Alltag zu erleichtern. Die Leistungen des SpDi umfassen sozialpsychiatrische Vorsorge, Nachsorge und Krisenintervention (Hilfe in Krisen), auch aufsuchend, sowie die Vermittlung sozialer Hilfen.

Zur **Vorsorge** gehört die möglichst frühzeitige angemessene Betreuung von Personen mit krankheitsbedingten psychosozialen Störungen, um stationäre Behandlungen entweder zu vermeiden oder aber so rechtzeitig in Anspruch zu nehmen, dass eine Verschlimmerung verhindert wird. Durch **Nachsorge** sollen stationäre Aufenthalte verkürzt und Wiederaufnahmen entweder vermieden oder bereits zur stationären Krisenintervention genutzt werden. **Ambulante Kriseninterventionen** werden vorrangig bei bereits betreuten psychisch langzeiterkrankten Menschen angeboten. Der Dienst bietet auch Angehörigenberatung auf Anfrage und organisiert **Angehörigentreffen** (Gruppenveranstaltungen).

Die Beratung und Betreuung durch den Dienst bedarf **keines Antrags und erfolgt für Betroffene kostenlos** (siehe auch Abschnitt 4.5.2 „Sozialpsychiatrische Tagesstätte“).

**Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)**

**Arbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienst**

Leitung: Helene Aumüller

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 39 74 90

📠 0621 13 659

[h.aumueller@spdi-mannheim.de](mailto:h.aumueller@spdi-mannheim.de)

Zahlreiche weitere Angebote der Hilfe und Beratung, meist auf **bestimmte Gebiete spezialisiert**, finden Sie in den **Abschnitten 9 und 10** dieses Ratgebers.

## 6 Mobilität, Verkehr und Barrierefreiheit

Mobilität ist ein zentraler Bestandteil selbstbestimmten Lebens und Voraussetzung für die **Teilhabe am Gemeinschaftsleben**. Sowohl beim öffentlichen Personennahverkehr wie auch dem motorisierten Individualverkehr sind in Mannheim eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen ergriffen worden, um die Mobilität von Menschen mit Behinderung zu verbessern.

Weitere **Informationen** und **Interessenvertretung** bezüglich **Barrierefreiheit** und **Mobilität von Menschen mit Behinderung** im Nahverkehr:

### **Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit Rhein-Neckar e. V.**

Alphornstraße 2a

68169 Mannheim

☎ 0621 33 67 499

info@barrierefrei-mannheim.de

www.barrierefrei-mannheim.de (auch Übersichten zur Barrierefreiheit in Mannheim)

### **Badischer Blinden- und Sehbehindertenverein - Verein mit Körperschaftsrechten (BBSV)**

Augartenstraße 55

68165 Mannheim

☎ 0621 40 20 31

📠 0621 40 23 04

info@bbsvvmk.de

www.bbsvvmk.de

Die **Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit Rhein-Neckar e. V.** und der **Badische Blinden- und Sehbehindertenverein - Verein mit Körperschaftsrechten (BBSV)** sind von der Stadt Mannheim als **Träger öffentlicher Belange amtlich anerkannt**.

In den **Abschnitten 9 und 10** finden Sie noch zahlreiche weitere **Verbände, Fachorganisationen, Foren** und **Gremien**.



## 6.1 Öffentlicher Personennahverkehr

Im Bereich des **öffentlichen Nahverkehrs** bedeuten die Entscheidung zur Anschaffung von **Niederflurwagen** und der **Bau von Hochbahnsteigen** in Mannheim eine wesentliche Erleichterung für viele Fahrgäste, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung. Die Ausstattung der Bahnsteige mit kontrastreichen **Blindenleitsystemen** und **akustischen Querungshilfen** über die Schienen sowie angrenzenden Straßen nutzt vor allem **blinden** und **sehbehinderten Menschen**, aber auch viele **ältere Personen** profitieren hiervon. Der Ausbau der **akustischen** und **optischen Fahrgastinformationen** für blinde und sehbehinderte Menschen **steht leider noch am Anfang**. Insgesamt bleibt vor allem bei bereits bestehenden Haltestellen noch Vieles für die Barrierefreiheit für alle Menschen zu tun. **Fahrkartenautomaten** sind nicht nur für Menschen mit geistiger Behinderung bei mangelnder Übung noch vergleichsweise schwer zu bedienen. Der technische Trend zur Ausstattung von immer mehr Geräten mit **berührungsempfindlichen Bildschirmen (Touchscreens)** stellt für blinde und sehbehinderte Menschen ein **Problem** dar.

Die **Unentgeltliche Beförderung** von Menschen mit **Schwerbehinderung** und bestimmten **Merkzeichen** (siehe Abschnitt 1.3) sowie deren Begleitpersonen (§ 145 SGB IX, Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) wird im Abschnitt 1.6.7 behandelt.

## 6.2 RNV-Beschwerdestelle, elektronisches Beschwerdesystem

Um die Bearbeitung von Beschwerden durch Fahrgäste des Unternehmens spürbar zu verbessern, betreibt die RNV Rhein-Neckar-Verkehr GmbH ein **elektronisches Beschwerde-Bearbeitungssystem**. Für die wirksame Funktion dieses Systems ist es wichtig, dass **alle eingehenden Mails** an eine einheitliche E-Mailadresse gesendet werden:

<b><a href="mailto:beschwerdemanagement@rnv-online.de">beschwerdemanagement@rnv-online.de</a></b>
---

Nur so ist gewährleistet, dass sie ohne Verzögerungen direkt in das System übertragen werden. Jeder neue Vorgang, der an diese Adresse gesendet wird, erzeugt automatisch einen Bearbeitungsfall, der durch eine eindeutige, einmalige **Vorgangsnummer** („Ticketnummer“) gekennzeichnet ist. An die Absende-Adresse wird dabei automatisch eine **Eingangsbestätigung** mit dieser **Vorgangsnummer** gesendet, deren **Aufbewahrung** und **Sicherung** zu empfehlen ist.

Bei Nachfragen oder Ergänzungen zu einem bestimmten Vorkommnis ist mit der betreffenden **Vorgangsnummer** eine **eindeutige Zuordnung** möglich.

Daneben gibt es für allgemeine Anfragen weiterhin:

**barrierefreiheit@rnv-online.de**  
**rnv-Servicenummer: 0621 46 5 4444**

**RNV, Rhein-Neckar-Verkehr GmbH,**  
Kundenqualitätsmanagement, Beschwerdemanagement  
Dynamostraße 13  
68165 Mannheim  
Leitung: Thomas Czech  
☎ 0621 465 44 50  
📠 0621 465 33 59  
t.czech@rnv-online.de  
www.rnv-online.de

### 6.3 Individueller Beförderungsdienst der Stadt Mannheim

Einen wichtigen Beitrag zur Mobilität von Menschen mit schwerer Behinderung leistet der individuelle **Beförderungsdienst** der Stadt Mannheim, **Fachbereich Arbeit und Soziales**. Er richtet sich an **schwerstgehinderte Personen**, die wegen der Art ihrer Behinderung **öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen können**, in **Mannheim wohnen** bzw. vor ihrer Heimaufnahme **in Mannheim wohnten** und die über keine eigene Fahrmöglichkeit innerhalb des Haushalts, der Familie oder ihres Freundeskreises verfügen.

Als Nachweis einer **Schwerstgehindung** gelten jeweils:

- der Bescheid des Versorgungsamts/Schwerbehindertenausweis mit dem **Merkzeichen aG** (außergewöhnliche Gehbehinderung), siehe auch Abschnitt 1.3.
- der Bescheid der Pflegekasse über **Pflegestufe III** (§ 15 SGB XI, Elftes Buch Sozialgesetzbuch)
- eine entsprechende **ärztliche Bescheinigung**

Als Sozialleistung im Rahmen der Eingliederungshilfe gemäß § 54 SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) ist die Nutzung des Beförderungsdienstes aber nicht nur an gesundheitliche, sondern auch an **wirtschaftliche Voraussetzungen** (Bedürftigkeit) gebunden. Hier gelten **Bestimmungen über den Einsatz von eigenem Einkommen und Vermögen**. Wird die

maßgebliche Einkommens- bzw. Vermögensfreigrenze überschritten, kann **keine unentgeltliche Beförderung** beansprucht werden bzw. es muss eine Eigenbeteiligung gezahlt werden. Für die Einzelheiten der Bestimmungen siehe **Beschlussvorlage 99/2008/V** des Gemeinderates (zugänglich über das **Bürgerinformationssystem der Stadt Mannheim** auf **www.mannheim.de**).

Der Beförderungsdienst ermöglicht die Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben (Theater, Kino, Sportstätten usw.) oder dient anderen **privaten Zwecken** (Besuche bei Verwandten oder Bekannten, Einkäufe usw.) im Stadtgebiet von Mannheim/Ludwigshafen. Für Fahrten zu **Arztbesuchen** sind diese Leistungen **nicht zu verwenden**. Solche Fahrten werden unter bestimmten Voraussetzungen von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt, sofern deren **medizinische Notwendigkeit** ärztlich bescheinigt wird (§ 60 SGB V, Fünftes Buch Sozialgesetzbuch). Ebenso kann der Dienst **nicht** für Fahrten zu Arbeits- oder Ausbildungsstellen genutzt werden. In der Regel sind in drei Monaten (einem Quartal) **48 Einzelfahrten** im Stadtgebiet Mannheim und Ludwigshafen möglich, dabei gelten Hin- und Rückfahrt jeweils als **getrennte Fahrten**. Wenn **wichtige Gründe** vorliegen (Krankenbesuche, Rollstuhl defekt usw.) können vorübergehend **zusätzliche Fahrten** gestattet werden. Weitergehende einzelfallbezogene Auskünfte erteilt die Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung (siehe Abschnitt 2). Bei dieser Hilfeart besteht **keine sozialräumliche Organisation**, sondern alphabetische Zuständigkeit der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung, Bereich individueller Beförderungsdienst für schwerstgehbehinderte Bürgerinnen und Bürger**

K1, 7-13, Zimmer 210

68159 Mannheim

**Nachnamen A-L:**

Gabriele Brunner

☎ 0621 293 8736

📠 0621 293 2610

[gabriele.brunner@mannheim.de](mailto:gabriele.brunner@mannheim.de)

**Nachnamen M-Z:**

Jessica Kirchner

☎ 0621 293 8732

📠 0621 293 3470

[jessica.kirchner@mannheim.de](mailto:jessica.kirchner@mannheim.de)

Mit folgendem **Leistungserbringer** besteht derzeit (2017) eine Vereinbarung des Fachbereichs Arbeit und Soziales über **Beförderungsleistungen**:

**GeBeP, Gesellschaft zur Betreuung und Pflege alter Menschen gGmbH,**

Fahrdienst, Ansprechperson: Petra Hart

Auf dem Sand 78

68309 Mannheim

☎ 0621 72 70 75 10

p.hart@gebep.de

www.gebep.de

## 6.4 Parken für Menschen mit Behinderung

Gesonderte Parkplätze für Menschen mit Behinderung, mit **Zusatzzeichen 1044-10** (Rollstuhl-symbol) zum allgemeinen **blauen Parkplatz-Zeichen** können im **amtlichen elektronischen-Stadtplan** der Stadtverwaltung (siehe [www.mannheim.de](http://www.mannheim.de)) angezeigt werden. In linker Spalte der Karten-Anwendung, bei den umfangreichen Zusatzfunktionen, ist „Parken“ zu wählen, ein Klick auf die einzelnen Parkplätze (mit Rollstuhl-Symbol) ruft Detailinformationen auf. Der zuständige Fachbereich Bürgerdienste hat zudem eine ausdruckbare **Liste der Parkplätze** erstellt, die ebenfalls auf [www.mannheim.de](http://www.mannheim.de) bereitsteht (bitte gegebenenfalls Suchfunktion nutzen: „**Schwerbehindertenparken**“).

Diese Parkplätze können nur von **Inhaberinnen und Inhabern des europäischen „Blauen Parkausweises“** benutzt werden („Rollstuhlfahrerausweis“, siehe Abschnitt 6.4.1). Dieser und der **Orangefarbene Parkausweis** (Abschnitt 6.4.2) gewähren ihren Inhaberinnen und Inhabern darüber hinaus **erweiterte Rechte beim Parken** (§ 46 StVO, Straßenverkehrs-Ordnung). Die Einzelheiten der Sonderrechte für Menschen mit mobilitätseinschränkenden Behinderungen sind in der **VwV-StVO** (Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung) des **Bundesverkehrsministeriums** geregelt, sie finden sich dort im Abschnitt „**Zu § 46 Ausnahmegenehmigung und Erlaubnis**“.

### 6.4.1 Blauer Parkausweis

Der blaue Parkausweis („**Blauer Rollstuhlfahrerausweis**“) kann bei den Bürgerdiensten beantragt werden (siehe Ende Abschnitt 6.4.2). Voraussetzung ist jeweils eine **Schwerbehinderung mit außergewöhnlicher Gehbehinderung (Merkzeichen aG)**, **Blindheit (Merkzeichen BI)** oder ein angeborenes Fehlen/missgebildet Sein von Gliedmaßen (Amelie/Phokomelie).

Der „**Blaue Rollstuhlfahrerausweis**“ berechtigt den **Inhaber/die Inhaberin und die Person, die ihn/sie befördert**, dazu (Zusammenfassung durch Fachbereich Bürgerdienste der Stadt Mannheim, Hervorhebung durch Verfasser):

- *auf den mit Zusatzschild „Rollstuhlfahrersymbol“ besonders gekennzeichneten Parkplätzen (sog. Behindertenparkplätzen) zu parken,*
- *bis zu drei Stunden an Stellen zu parken, an denen das eingeschränkte Halteverbot angeordnet ist. Für bestimmte Haltverbotsstrecken können auf Antrag auch längere Parkzeiten genehmigt werden. Die Ankunftszeit muss sich aus der Einstellung auf einer Parkscheibe ergeben,*
- *im Bereich eines Zonenhalteverbots die zugelassene Parkdauer zu überschreiten,*
- *an Stellen, an denen Parken erlaubt ist, jedoch durch ein Zusatzschild eine Begrenzung der Parkzeit angeordnet ist, über die zugelassene Zeit hinaus zu parken,*
- *in Fußgängerbereichen, in denen das Be- und Entladen für bestimmte Zeiten freigegeben ist, während der Ladezeiten zu parken,*
- *auf Parkplätzen für Anwohner bis zu drei Stunden zu parken,*
- *an Parkuhren und Parkscheinautomaten ohne Gebühr und zeitliche Begrenzung zu parken,*
- *auf gekennzeichneten Bus- und Sonderfahrstreifen in Berlin während der durch Zusatzschild ausgewiesenen Ladezeit bis zu drei Stunden zu parken. Die Ankunftszeit muss sich aus der Einstellung einer Parkscheibe ergeben,*
- *in Bereichen, in denen das absolute Halteverbot mit Zusatzzeichen: „Be- und Entladen, Ein- und Aussteigen frei“ angeordnet ist, bis zu drei Stunden zu parken. Die Ankunftszeit muss sich aus der Einstellung einer Parkscheibe ergeben,*
- *in ausgewiesenen verkehrsberuhigten Bereichen außerhalb der markierten Parkstände - soweit der übrige Verkehr, insbesondere der fließende Verkehr, nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt wird - zu parken, sofern in zumutbarer Entfernung keine andere Parkmöglichkeit besteht,*
- *Die höchstzulässige Parkzeit beträgt - wenn nicht anders angegeben - 24 Stunden.*

Diese Sonderrechte gelten allerdings **nur, wenn in zumutbarer Entfernung keine andere Parkmöglichkeit besteht**. Der Beginn ist mit einer **Parkscheibe** anzuzeigen.

**Zusatzzeichen Nr. 1044-10**



### 6.4.2 Personenbezogener Dauer-Parkplatz

Für Menschen mit mobilitätseinschränkender Behinderung und Anrecht auf den **Blauen Parkausweis** können grundsätzlich in begründeten Fällen auch **personenbezogene Dauer-Parkplätze** in der Nähe ihrer Wohnung oder Arbeitsstätte **reserviert** werden. Rechtsgrundlage hierfür ist, wie bei den allgemeinen Parkplätzen für Menschen mit mobilitätseinschränkender Behinderung auch, **§ 45 (1b) Nr. 2 StVO** (Straßenverkehrs-Ordnung). Auf einem solchen „**Schwerbehindertenparkplatz**“, der auf einem Schild (**Zusatzzeichen Nr. 1044-11**) ergänzend mit einer **personenbezogenen Nummer** (Parkausweisnummer) versehen ist, darf nur der spezielle Ausweisinhaber/die Ausweisinhaberin parken.

### Zusatzzeichen Nr. 1044-11



Anders als bei den **Ausweisen** (6.4.1, 6.4.2) besteht auf die Zuweisung eines persönlichen Dauer-Parkplatzes **kein Rechtsanspruch**.

Wegen der **Belegung** knappen öffentlichen Parkraumes, auch **während der Abwesenheit** des Fahrzeuges des Menschen mit Behinderung, sollten diese Dauer-Parkplätze nur in Fällen **absoluter Notwendigkeit** beansprucht werden, wenn **keine Alternative** besteht, die der betroffenen Person **zuzumuten** ist. Daher findet vor Genehmigung/Markierung eines solchen Platzes eine **genaue amtliche Prüfung** der Umstände durch den Fachbereich Sicherheit und Ordnung statt.

Das Verkehrszeichen Nr. 286 (Halteverbot) kann ebenso mit dem Zusatzzeichen Nr. 1044-11 (mit Parkausweisnummer) versehen werden, so dass die ausweisführende Person von dem Halteverbot ausgenommen ist.

Anders als der **blaue und der orangefarbene Parkausweis** sind die **markierten personenbezogenen Dauerparkplätze** nicht bei den **Bürgerdiensten** sondern dem zuständigen Fachbereich **Sicherheit und Ordnung** als **Verkehrsbehörde** zu beantragen:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Verkehrsbehörde,**

Abteilungsleitung: Carola Wacker

Karl-Ludwig-Straße 28-30

68165 Mannheim

☎ 0621 293 90 68

📠 0621 293 90 67

31verkehrsbehoerde@mannheim.de

www.mannheim.de (Suche „Verkehrsbehörde“)

## 6.5 Weitere Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung im Straßenverkehr

### 6.5.1 Orangefarbener Parkausweis

Den **orangefarbenen Parkausweis** (zuweilen auch „kleiner Parkausweis“ genannt) erhalten Menschen mit Behinderung, wenn mindestens einer dieser Fälle zutrifft (Zusammenfassung durch Fachbereich Bürgerdienste der Stadt Mannheim, Hervorhebungen durch Verfasser):

- sie sind schwerbehindert mit den Merkzeichen **G** (Gehbehinderung) und **B** (Begleitperson) und einem Grad der Behinderung (GdB) von **wenigstens 80 allein für Funktionsstörungen an den unteren Gliedmaßen** (und der Lendenwirbelsäule, soweit sich diese auf das Gehvermögen auswirken)
- sie sind schwerbehindert mit den Merkzeichen **G** und **B** und einem GdB von **wenigstens 70 allein für Funktionsstörungen an den unteren Gliedmaßen** (und der Lendenwirbelsäule, soweit sich diese auf das Gehvermögen auswirken) und gleichzeitig einem **GdB von mindestens 50 für Funktionsstörungen des Herzens oder der Atmungsorgane**
- sie sind an **Morbus Crohn** oder **Colitis ulcerosa** erkrankt und der hierfür festgestellte GdB beträgt **mindestens 60**
- sie haben einen **künstlichen Darmausgang** (Enterostoma) und zugleich eine künstliche Harnableitung (Urostoma) und der hierfür festgestellte GdB beträgt **wenigstens 70**

Die Anträge zum Erhalten des „**Orangefarbenen Ausweises**“ sind bei den zuständigen **Bürgerdiensten** zu stellen und werden von diesen dem **Versorgungsamt** (siehe auch Abschnitt 1.3) zur gutachterlichen Prüfung vorgelegt. Der orangefarbene Ausweis“ erlaubt

- im eingeschränkten Haltverbot bis zu drei Stunden zu parken (die Ankunftszeit muss auf einer Parkscheibe eingestellt werden),
- im Zonenhaltverbot über die zugelassene Zeit hinaus zu parken,
- an Stellen über die zugelassene Zeit hinaus zu parken, die als Parkplatz ausgeschildert sind (Nummer 314 und 315) und für die durch ein Zusatzschild eine begrenzte Parkzeit angeordnet ist,



- in Fußgängerzonen, in denen das Be- und Entladen für bestimmte Zeiten freigegeben ist, während der Ladezeit zu parken,
- in entsprechend gekennzeichneten verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325) außerhalb der gekennzeichneten Flächen zu parken, ohne jedoch den durchgehenden Verkehr zu behindern,
- an Parkuhren und bei Parkscheinautomaten ohne Gebühr und zeitlich unbegrenzt zu parken,
- auf Parkplätzen für Bewohnerinnen und Bewohner bis zu drei Stunden zu parken,
- in Einzelfällen kostenlos auf Kundenparkplätzen an Bahnhöfen der Deutschen Bahn (DB) zu parken. Da es sich hier jedoch nicht um öffentlichen Verkehrsraum, sondern um Privatgelände der DB handelt, sollten behinderte Menschen sich unbedingt genau über die Bedingungen informieren.

Er berechtigt **allerdings nicht** zum Parken auf den **allgemeinen „Schwerbehindertenparkplätzen“ (mit Rollstuhl-Symbol, Zusatzzeichen Nr. 1044-10)**, dazu wird **stets** der **Blaue Parkausweis** benötigt (siehe Abschnitt 6.4.1).

**Stadt Mannheim, Fachbereich Bürgerdienste**

K7

68159 Mannheim

 115

 0621 293 32 57

buergerdienste@mannheim.de

[www.mannheim.de/buerger-sein/buergerdienste](http://www.mannheim.de/buerger-sein/buergerdienste)

## **6.5.2 Parkscheinautomaten und Kleinwuchs bzw. Verlust/Fehlen von mehreren Gliedmaßen**

Die **VwV-StvO** (Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung) sieht auch Erleichterungen für Menschen vor, die wegen **Kleinwuchses** oder des **Verlusts/dem Fehlen von Gliedmaßen** in besonderer Weise eingeschränkt sind:

VwV-StVO zu § 46 StvO:

[...]

- I. Ohnhänder (Ohnarmer) erhalten eine Ausnahmegenehmigung, um an Parkuhren und Parkscheinautomaten gebührenfrei und im Zonenhaltverbot bzw. auf Parkplätzen mit zeitlicher Begrenzung ohne Benutzung der Parkscheibe zu parken.*
- II. Kleinwüchsige Menschen mit einer Körpergröße von 1,39 m und darunter erhalten eine Ausnahmegenehmigung, um an Parkuhren und Parkscheinautomaten gebührenfrei zu parken.*

[...]

### 6.5.3 Ausnahmen von der Gurt- und Schutzhelmpflicht

Auch bei der **Gurt- und Helmpflicht** sind nach **VwV-StvO** (Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung) Ausnahmen möglich:

*I. Ausnahmen von der Anlegepflicht*

*Von der Anlegepflicht für Sicherheitsgurte können Personen im Ausnahmewege befreit werden, wenn das Anlegen der Gurte aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist oder die Körpergröße weniger als 150 cm beträgt.*

*II. Ausnahmen von der Schutzhelmtragepflicht*

*Von der Schutzhelmtragepflicht können Personen im Ausnahmewege befreit werden, wenn das Tragen eines Schutzhelmes aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist.*

*III. Voraussetzungen*

*Die in Nummer I und II genannten Voraussetzungen gesundheitlicher Art sind durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen. In der ärztlichen Bescheinigung ist ausdrücklich zu bestätigen, dass der Antragsteller aufgrund des ärztlichen Befundes von der Gurtanlege- bzw. Helmtragepflicht befreit werden muss. Die Diagnose braucht aus der Bescheinigung nicht hervorzugehen.*

*IV. Geltungsdauer und Auflagen*

*Die Ausnahmegenehmigungen sind widerruflich und befristet zu erteilen.*

*Soweit aus der ärztlichen Bescheinigung keine geringere Dauer hervorgeht, ist die Ausnahmegenehmigung in der Regel auf ein Jahr zu befristen. Dort, wo es sich um einen attestierten nichtbesserungsfähigen Dauerzustand handelt, ist eine unbefristete Ausnahmegenehmigung zu erteilen.*

#### 6.5.4 Unbeschränkte Fahrt in Umweltzonen für Menschen mit Behinderung und Merkzeichen aG, H und/oder BI

Nach **Anhang 3 der 35. BImSchV (Bundesimmissionsschutzverordnung)** gibt es für Fahrzeuge von/mit Menschen mit bestimmten Behinderungen eine generelle Erlaubnis zur Fahrt in Umweltzonen nach **§ 40 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**:

*Folgende Kraftfahrzeuge sind von Verkehrsverboten nach § 40 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auch dann ausgenommen, wenn sie nicht gemäß § 2 Abs. 1 mit einer Plakette gekennzeichnet sind:*

*[...]*

*6. Kraftfahrzeuge, mit denen Personen fahren oder gefahren werden, die außergewöhnlich gehbehindert, hilflos oder blind sind und dies durch die nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Schwerbehindertenausweisverordnung im Schwerbehindertenausweis eingetragenen Merkzeichen „aG“, „H“ oder „BI“ nachweisen.*

#### 6.6 Zugang zu barrierefreien öffentlichen Toiletten/ „Euro-Schlüssel“

Um Menschen mit bestimmten Behinderungen einen leichten und **überregional einheitlichen Zugang zu barrierefreien Sanitäreinrichtungen** (früher: „Behindertentoiletten“) und anderen barrierefreien Einrichtungen zu ermöglichen, hat der **Verein CBF e. V. in Darmstadt** das System des Euro-Einheitsschlüssels („**Euro-Schlüssel**“) geschaffen. Er passt an Türen zu Einrichtungen in ganz **Deutschland und in anderen europäischen Ländern**. Der Euro-Schlüssel für Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung bzw. chronischer Erkrankung kann beim CBF zum Preis von 20 € **unter Nachweis der entsprechenden Behinderung/Erkrankung** bestellt werden.

Nähere Informationen hierzu sind direkt bei dem Verein einzuholen:

**CBF-Darmstadt e. V.**

(„Club Behinderter und ihrer Freunde in Darmstadt und Umgebung“ e. V.)

Pallaswiesenstraße 123a

64293 Darmstadt

☎ 06151 81 22 15

☎ 06151 81 22 21

📠 06151 81 22 81

bestellung@cbf-darmstadt.de

www.cbf-da.de

In **Mannheim** sind Euro-Schlüssel auch beim **Paritätischen Wohlfahrtsverband** erhältlich, es gelten die **gleichen Bedingungen** wie beim Verein CBF-Darmstadt e. V., jedoch wird um **telefonische Vorbestellung** gebeten:

**Paritätischer Wohlfahrtsverband, Regionalgeschäftsstelle Mannheim**

Alphornstraße 2a

68169 Mannheim

☎ 0621 33 67 499

📠 0621 33 67 497

info@paritaet-mannheim.de

www.paritaet-bw.de/kv-ma

Die Produkte zur **Ausstattung barrierefreier Anlagen** (Neubau oder Umbau) mit dem Euro-Schlüssel-System (also zugehörige **Euro-Schließzylinder** verschiedener Bauarten) werden von der Firma „Der Euroschlüssel“ Martin Dederichs e. K, geliefert:

info@dereuroschluessel.com, www.dereuroschluessel.com

## 6.7 Assistenzhunde und Barrierefreiheit

Menschen mit **Behinderung**, die einen **Assistenzhund** mit sich führen, sehen sich häufig dem Problem von **Zugangsbeschränkungen für Hunde** in bestimmten Bereichen gegenüber: Lebensmittelhandel, Krankenhäuser, Arztpraxen, Kulturbetriebe. Insbesondere für Menschen, die auf einen **Blindenführhund** angewiesen sind, kann dies eine **schwer erträgliche Einschränkung** bedeuten.

Leider gibt es bisher in Deutschland **keine spezifische** gesetzliche Regelung dieses Bereiches. Häufig werden von Einrichtungen **hygiene-** oder **lebensmittelrechtliche** Bedenken geäußert und auf bestehende gesetzliche **Zutrittsverbote** für Tiere verwiesen.

Das **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft** betonte auf Anfrage einschlägiger Betroffenenverbände jedoch **ausdrücklich ein Zutrittsrecht** von **Assistenzhunden** zu diesen vermeintlich verbotenen Bereichen. Abgestellt wird dabei vom Ministerium auf die Festlegungen des **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**, welches keine **Schlechterstellung** aufgrund einer Behinderung zulasse, und auf den besonderen Umstand, dass es sich bei Assistenzhunden **nicht um gewöhnliche Tiere**, sondern um **fachmännisch ausgebildete Hilfsmittel** (§ 33 SGB V, Fünftes Buch Sozialgesetzbuch) handelt, die genauen Regelungen und Kontrollen hinsichtlich Ausbildung und Haltung unterliegen. Entsprechend ist das Verhalten von **Assistenzhunden** nicht mit dem gewöhnlicher Hunde zu vergleichen, so dass nach Überzeugung des Ministeriums von ihnen **keine** hygienischen oder sonstigen Gefährdungen zu befürchten sind.

In Ermangelung einer **eindeutigen Regelung** und angesichts der häufigen **Praxisprobleme** haben Verbände blinder und sehbehinderter Menschen **Vereinbarungen** mit großen Unternehmen des **Lebensmittelhandels** getroffen, die ihnen die Möglichkeit zum **Zugang mit Assistenzhunden** in ihre Ladenlokale, ganz im Sinne der Barrierefreiheit, ausdrücklich bestätigt haben.

Ausführliche Fachberatung zu diesem Themenkreis bietet der **Badische Blinden- und Sehbehindertenverein**, siehe **Abschnitt 9.3.1**.

## 7 Wohnen und pflegerische Betreuung

**Das Ziel der Stadt Mannheim ist es, so vielen Menschen mit Behinderung wie möglich das Wohnen im eigenen Haushalt zu ermöglichen und das Leben in einer Einrichtung wann immer möglich zu vermeiden.**

Menschen mit Behinderung benötigen oft besondere Hilfe bei der selbstständigen Lebensführung in einem **eigenen Haushalt**. In vielen Fällen ist eine Vollbetreuung wie in stationären Heimen im herkömmlichen Sinn aber nicht erforderlich. Durch bedarfsdeckende Unterstützung und Betreuungsangebote kann das **eigenständige Wohnen** ermöglicht werden. Hierbei spielen Angebote des **Betreuten Wohnens** eine wichtige Rolle, die zum Gebiet der Eingliederungshilfe zählen.

Die Abteilung **Hilfe für Menschen mit Behinderung** im Fachbereich Arbeit und Soziales der Stadt Mannheim ist stets die kompetente Auskunftsstelle für Menschen mit Behinderung, bei der genaue und **anbieterneutrale Informationen** vorliegen:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**  
**Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung**  
K1, 7-13  
68159 Mannheim  
**Siehe Abschnitt 2**

Die **Eigenbezeichnungen** vieler Einrichtungen lassen nicht unmittelbar erkennen, um **welche Art** des Wohnens es sich handelt. Im Zuge der **Reformbemühungen zur Inklusion** wird am Ort klassischer **stationärer Einrichtungen (Heime)**, siehe Abschnitt 7.2, zusätzlich oder stattdessen, oft **Betreutes Wohnen** angeboten (vergleiche „**Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung in Mannheim**“, Stadt Mannheim 2010, Modul 2: Wohnen).

Dabei kann es sich entweder um eine Konzentration **Betreuten Wohnens** mit weitgehender Eigenständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb eines Gebäudes des Trägers (Art Apartmenthaus oder getrennter Gebäudeteil) handeln, oder darum, dass die Menschen mit Behinderung in normalen **Privatwohnungen** und **Häusern** wohnen und dort von den **Fachkräften** des **Leistungserbringers** aufgesucht werden, um ihnen die nötige qualifizierte Hilfe zu bieten.

Ebenso gibt es Einrichtungen, die beide Arbeitsweisen anbieten und zudem noch auf dem Gebiet der **Förderung und Tagesstruktur** arbeiten (siehe Abschnitt 4.5). Dies führt dazu, dass einige Einrichtungen und Dienste innerhalb dieses Ratgebers in mehreren Abschnitten gleichermaßen aufgeführt sind.

**Vorschau:**

Durch das **Bundesteilhabegesetz** wird es ab 2020 zu **grundlegenden** Veränderungen auch im Bereich des **Wohnens** und der **pflegerischen Betreuung** kommen.

Insbesondere die Unterscheidung zwischen **ambulanter** und **stationärer** Leistungserbringung, die auch Teile dieses Ratgebers strukturiert, **wird entfallen**.

Leistungen jeder Art sind fortan **personenbezogen** zu erbringen, d. h. sie haben sich **allein nach den Bedarfen** der **Leistungsbezieher** und **Leistungsbezieherinnen** und weniger nach **institutionellen Gegebenheiten** zu richten.

Kombinierte Leistungen des Wohnens, der Pflege, Förderung und Betreuung im bisherigen Sinn („**Komplexleistungen**“) werden nicht mehr erbracht. Das **Wohnen** wird nach den gleichen Leistungsgesetzen ermöglicht, die auch für bedürftige Menschen ohne Behinderung gelten. **Behinderungsbedingte** Teilhabe-Bedarfe werden durch einschlägige Fachleistungen gedeckt (z. B. **Assistenzleistungen** als wichtige Leistungsgruppe der Eingliederungshilfe). **Gruppenbezogene Leistungsformen** („pooling“) sind weiterhin möglich.

Diese Änderung ist im Zusammenhang mit der **leistungsrechtlichen Trennung** von **Existenzsicherung** und **behinderungsbezogener Eingliederungshilfe** von besonderer Bedeutung, da sie **mehr und freiere Kombinationen** von Leistungen je nach dem **persönlichen Bedarf** (und unabhängig von der Wohnform) ermöglicht.

**Beratungsangebot der Pflegestützpunkte**

Die erste Anlaufstelle zur **anbieterneutralen** Beratung in allen Fragen des **betreuten Wohnens**, **ambulanter** Pflegeleistungen und **stationärer** Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung bzw. mit Pflegebedarf sind die **Pflegestützpunkte** im **Fachbereich Arbeit und Soziales**. Die Pflegestützpunkte sind **am gleichen Ort** organisatorisch in eine Beratung für Ratsuchende mit Wohnort **nördlich des Neckars** und **südlich des Neckars** geteilt:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Pflegestützpunkte**

K1, 7-13 (Erdgeschoss)

68159 Mannheim

**Nördlich des Neckars:**

NN/zur Zeit nicht besetzt

**Südlich des Neckars:**

Silke Zada

☎ 0621 293 87 11

📠 0621 293 47 87 11

[silke.zada@mannheim.de](mailto:silke.zada@mannheim.de)

[www.mannheim.de/buerger-sein/pflegestuetzpunkte-0](http://www.mannheim.de/buerger-sein/pflegestuetzpunkte-0)

**Sprechzeiten:** Montag bis Mittwoch und Freitag 9 bis 12 Uhr

Donnerstag 14 bis 17 Uhr

Sowie nach persönlicher Terminvereinbarung

## 7.1 Ambulant betreute Wohnformen

Ambulant betreutes Wohnen ist die Verbindung einer selbstständigen Lebensführung in eigenem Wohnraum **außerhalb von Heimen**, jedoch mit einer planmäßig organisierten, regelmäßigen Beratung und persönlichen **Betreuung durch Fachkräfte**. Durch diese ambulanten Hilfen wird ein eigenständiges Wohnen für viele Menschen mit Behinderung ermöglicht. Grundsätzlich werden zwei ambulant betreute Wohnformen unterschieden:

- Ambulant betreutes Wohnen für erwachsene Menschen mit Behinderung. Das Betreute Wohnen kann sowohl in der eigenen Wohnung als auch in Wohngemeinschaften organisiert werden.
- Begleitetes Wohnen für volljährige Menschen mit Behinderung in Familien.

Das Wohnen von Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf in normalen Privatwohnungen, als Einzelperson, Paar oder als Wohngemeinschaft, wird insbesondere durch **ambulante Betreuungs- und Pflegedienste** ermöglicht (siehe Abschnitt 7.1.4). Allerdings leisten auch einige stationäre Einrichtungen ambulant aufsuchende Dienste für Menschen mit Behinderung außerhalb ihrer eigenen Gebäude und Wohnformen.



## **Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz – WTPG)**

Im Jahr 2014 ist in Baden-Württemberg das *Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz – WTPG)* in Kraft getreten. Es ersetzt das bis dahin geltende Heimgesetz. Eine wichtige Neuerung ist die Einführung moderner, doch **heimrechtlich geschützter** Wohnformen. Sie dienen der Stärkung der **Teilhabe** von Menschen in den Pflege- und Hilfeeinrichtungen am gesellschaftlichen Leben sowie der Verbesserung der **Informationsrechte**.

Das WTPG gilt für die neu definierten **ambulant betreuten Wohngemeinschaften** und **stationären Einrichtungen**, es bezieht sich auf Menschen mit **Pflegebedarf** sowie Menschen mit **Behinderung**. Es gelten je nach Wohnform unterschiedliche Anforderungen an die Einrichtungen und Träger. Der Begriff „Heim“ wird durch „**stationäre Einrichtungen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf oder mit Behinderung**“ ersetzt.

Was klassische stationäre Einrichtungen betrifft, gehen mit dem WTPG wenige Neuerungen einher. Wichtige Vorgaben zur **Sicherung der Qualität** und **amtliche Kontrollrechte** bleiben bestehen.

In § 4 WTPG sind die rechtlich neu eingeführten, Anbieter-verantworteten **ambulant betreuten Wohngemeinschaften** beschrieben. Sie dürfen grundsätzlich **nicht mehr als acht Personen** mit **Behinderung** umfassen (§ 4 Abs. 3 WTPG) bzw. nicht mehr als zwölf Personen mit **Unterstützungs- und Versorgungsbedarf/Pflege** (§ 4 Abs. 2 WTPG). Wohngruppen mit mehr als 8 bzw. 12 Bewohnern/Bewohnerinnen gelten als **stationäre Einrichtungen**. Für diese Anbieter-verantworteten, ambulant betreuten Wohngemeinschaften gelten Anforderungen (§ 13 WTPG):

- Jeder Person müssen **mindestens 25 m<sup>2</sup> Wohnfläche** zur Verfügung stehen
- Ebenfalls muss grundsätzlich eine **Präsenzkraft** täglich anwesend sein, bei ambulant betreuten Wohngemeinschaften im Bereich **Pflege in der Regel 24 Stunden** täglich, bei ambulant betreuten Wohngemeinschaften für volljährige Menschen mit **Behinderung in der Regel zwölf Stunden** täglich
- Für Wohngemeinschaften, die auf Menschen mit **seelischer Behinderung** abgestimmt sind, gelten **verminderte Anforderungen** (§ 13 Abs. 4 WTPG).
- Es muss **qualifiziertes Personal** nach fachlichen Regeln in der Einrichtung tätig sein

Zudem gilt:

- Aspekte der **Selbstverantwortung** und **Eigenständigkeit** der Bewohnerinnen und Bewohner müssen gegeben sein

- Das Angebot darf **nicht Teil** einer stationären Einrichtung sein
- Eine weitere Besonderheit der ambulant betreuten Wohngemeinschaften ist (anders als bei früheren, rechtlich kaum definierten „Pflege WGs“) ihre Unterstellung unter die **amtliche Heimaufsicht** zum erhöhten Schutz der Bewohner (§ 18 WTPG)

Das WTPG eröffnet zudem neue flexible **Gestaltungsmöglichkeiten** und soll die **Ambulantisierung** (den Abbau stationärer Lösungen) erleichtern. Die **ambulant betreuten Wohngemeinschaften** schließen eine Lücke zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

Auch in Mannheim gibt es bereits ambulant betreute Wohngemeinschaften, die den **Vorgaben des WTPG** entsprechen.

### 7.1.1 Allgemeine Angebote ambulant betreuten Wohnens (und von Pflege) in Mannheim

**Gemeindediakonie Mannheim, b.i.f. (Beratung, Inklusion, Familienunterstützung),  
ambulante Dienste**

**Büro Mannheim Nord**

Unionstraße 4

68309 Mannheim

☎ 0621 72 84 88 82

📠 0621 72 84 88 89

benders@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Büro Mannheim Süd**

Rheingoldstraße 27

68199 Mannheim

☎ 0621 84 25 06 90

📠 0621 84 25 06 99

held@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Haus Miteinander**

Albert-Fritz-Weg 4

68307 Mannheim

☎ 0621 400 47 548

📠 0621 400 47 519

buehler-eger@miteinanderev.de

info@miteinanderev.de

[www.aktion-miteinander.de/haus-miteinander.html](http://www.aktion-miteinander.de/haus-miteinander.html)

**Johannes-Diakonie Mosbach, Standort Mannheim,  
Bereich ambulant betreutes Wohnen**

Fritz-Salm-Straße 16

68167 Mannheim

☎ 0621 44 57 55 94

[sozialdienst.mannheim@johannes-diakonie.de](mailto:sozialdienst.mannheim@johannes-diakonie.de)

[www.johannes-diakonie.de](http://www.johannes-diakonie.de)

**Lebenshilfe Mannheim e. V., -Wohnbereich-**

Stengelhofstraße 36

68219 Mannheim

☎ 0621 80 42 30

📠 0621 80 42 329

[wohnbereich@lebenshilfe-mannheim.de](mailto:wohnbereich@lebenshilfe-mannheim.de)

[www.lebenshilfe-mannheim.de](http://www.lebenshilfe-mannheim.de)

**Nikolauspflege GmbH, Franz-Mersi-Haus, Mannheim, ambulant betreutes Wohnen für  
Blinde und Menschen mit Sehbehinderung sowie Menschen mit Mehrfachbehinderung**

Käfertaler Straße 9-11

68167 Mannheim

☎ 0621 17 89 03 80

[mersi-haus@nikolauspflege.de](mailto:mersi-haus@nikolauspflege.de)

[www.nikolauspflege.de](http://www.nikolauspflege.de)

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Ambulant begleitetes Wohnen**

Enzianstraße 45

68309 Mannheim

☎ 0621 76 44 097 12 / -13

📠 0621 76 44 097 19

abw.mannheim@reha-suedwest.de

www.reha-suedwest.de/begleitetes-wohnen

**Sozialarbeit im Netz, Bereich Ambulante Dienste**

Am Schäferstock 7

68163 Mannheim

☎ 0621 31 97 60 18

kontakt@sozialarbeit-im-netz.de

www.sozialarbeit-im-netz.de

**7.1.2 Ambulant betreutes Wohnen: Angebote für Menschen mit  
seelischer (psychischer) Behinderung und/oder allgemeinen  
sozialen Benachteiligungen**

**Arbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)**

Leitung: Helene Aumüller

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 39 74 90

📠 0621 13 659

h.aumueller@spdi-mannheim.de

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., HausHALT**, ambulant betreutes Wohnen mit Anpassung an den Bedarf für psychisch kranke junge Erwachsene  
(auch auf Grundlage eines Persönlichen Budgets in eigener Wohnung)

Wingertstraße 1a

68199 Mannheim

☎ 0621 86 19 27 92

📠 0621 86 19 27 96

n.adam@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., Rudolf-Petereit-Haus**, ambulant betreutes Wohnen (auch auf Grundlage eines Persönlichen Budgets in eigener Wohnung)

H7, 12-13

68159 Mannheim

☎ 0621 12 95 40

📠 0621 12 95 499

u.schuessele@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., Victor-Lenel stationär & ambulant**, ambulant betreutes Wohnen mit Anpassung an den Bedarf, auch in eigener Wohnung, für chronisch mehrfach beeinträchtigte Menschen

Rottannenweg 70

68305 Mannheim

☎ 0621 76 14 223

📠 0621 76 14 230

c.baumeister@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**Caritasverband, Agathe-Syren-Haus,**

Nachsorge-Wohngruppe für ehemals suchtkranke Menschen

Bruchsaler Straße 61

68219 Mannheim

☎ 0621 80 61 129

📠 0621 80 34 905

nachsorge-wg@caritas-mannheim.de

www.caritas-mannheim.de

**Caritasverband, Albert-Stehlin-Haus,** Wohnangebot für Menschen mit seelischer (psychischer) Behinderung oder allgemeinen sozialen Benachteiligungen mit bedarfsweiser Betreuung

Luisenstraße 64

68199 Mannheim

☎ 06 21 86 25 05 11

📠 06 21 86 25 05 20

albert-stehlin-haus@caritas-mannheim.de

www.caritas-mannheim.de

**Caritasverband, Monikaheim,** Wohnheim für psychisch erkrankte Menschen

Luisenstraße 64

68199 Mannheim

☎ 0621 86 250 50

📠 0621 86 250 520

monikaheim@caritas-mannheim.de

www.monikaheim-mannheim.de

**Caritasverband, St. Anna-Haus,** Wohnheim und Außenwohngruppen für chronisch psychisch erkrankte Menschen

Sandrain 20

68219 Mannheim

☎ 0621 87 01 1

📠 0621 87 10 422

annahaus@caritas-mannheim.de

www.caritas-mannheim.de

**Diakonie, Elisabeth-Lutz-Haus**

Stresemannstraße 8

68165 Mannheim

☎ 0621 42 64 70

📠 0621 42 64 725

gisela.mueller@ekma.de

www.diakonie-mannheim.de

**Haus Bethanien e. V., Mitglied im Diakonischen Werk Baden,** Betreutes Wohnen (im eigenen Wohnraum) für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten

Kirchenstraße 4-6

68159 Mannheim

☎ 0621 17 82 783

📠 0621 15 64 336

kontakt@hausbethanien-ma.de

www.hausbethanien-ma.de

**Frank-Herrmann-Stiftung**

Meerwiesenstraße 66

68163 Mannheim

☎ 0621 81 17 88

📠 0621 82 83 437

mail@frank-herrmann-stiftung.de

www.frank-herrmann-stiftung.de

**Betreutes Wohnen in Trägerschaft der Frank Herrmann-Stiftung**

Falkensteinweg 14

68219 Mannheim

☎ 0621 81 17 88

📠 0621 82 83 437

**Sozialdienst katholischer Frauen Mannheim e. V.**, ambulant betreutes Wohnen für psychisch kranke Menschen in privatem oder trügereigenem Wohnraum

B5, 20

68159 Mannheim

☎ 0621 12 08 020

thomas.kindsvogel@skf-mannheim.de

☎ 0621 12 08 021

barbara.gruendel-lang@skf-mannheim.de

www.skf-mannheim.de

**Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, Abteilung Gemeindepsychiatrie**

Leitung: Dr. Jens Bullenkamp

K3, 21

68159 Mannheim

☎ 0621 17 03 61 01

jens.bullenkamp@zi-mannheim.de

www.zi-mannheim.de



### **7.1.3 Begleitetes Wohnen in Gastfamilien für Menschen mit Behinderung**

#### **Für Menschen mit geistiger Behinderung:**

**Gemeindediakonie Mannheim, b.i.f. (Beratung, Inklusion, Familienunterstützung), ambulante Dienste**

**Büro Mannheim Nord**

Unionstraße 4

68309 Mannheim

☎ 0621 72 84 88 82

📠 0621 72 84 88 89

benders@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Büro Mannheim Süd**

Rheingoldstraße 27

68199 Mannheim

☎ 0621 84 25 06 90

📠 0621 84 25 06 99

held@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

#### **Für Menschen mit seelischer Behinderung:**

**Arbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)**

Leitung: Helene Aumüller

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 39 74 90

📠 0621 13 659

h.aumueller@spdi-mannheim.de

### 7.1.4 Familienunterstützende Dienste, Pflegedienste, Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege

Als Erweiterung der ambulanten Angebote und Dienste bestehen **Familienentlastende Dienste (FeD)/Familienunterstützende Dienste (FuD)**, die durch Betreuungs- und Versorgungsleistungen für **Entlastung und Unterstützung von Familienangehörigen und Nahestehenden** sorgen und ein Leben der Menschen mit Behinderung in vertrauter Umgebung ermöglichen.

Allgemeine **Pflegedienste**, die Menschen mit Behinderung in ihrer **eigenen Wohnumgebung** die nötigen Unterstützungsleistungen erbringen, ermöglichen diesen erst ein Leben außerhalb von stationären Einrichtungen. Bei familienentlastenden Diensten und Pflegediensten handelt es sich nicht um Wohnformen, bei denen der **Leistungserbringer** auch die Wohneinrichtung (Gebäude) selbst betreibt, sondern um Unterstützung für Menschen mit Behinderung in **normalen Privatwohnungen**, was dem Ziel der Inklusion der Menschen mit Behinderung in die allgemeine Bevölkerung wesentlich näher kommt.

**Verhinderungspflege** kann von der **Pflegeversicherung** getragen und von professionellen Diensten erbracht werden, wenn private Pflegepersonen ihre Aufgaben zeitweise (Urlaub; Erkrankung) nicht wahrnehmen können (§ 39 SGB XI, Elftes Buch Sozialgesetzbuch).

Speziell zu Fragen der Pflege bei privatem Wohnen besteht das Beratungsangebot der **Pflegestützpunkte**:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Pflegestützpunkte**

K1, 7-13 (Erdgeschoss)

68159 Mannheim

**Siehe Abschnitt 7**

Leistungserbringer:

**Arbeiter-Samariter-Bund e. V. Rhein-Neckar/Mannheim**

Auf dem Sand 78

68309 Mannheim

☎ 0621 72 70 710

📠 0621 72 70 740

service@asb-rhein-neckar.de

www.asb-rhein-neckar.de

**Duha e. V. – Verein für soziale Dienste –**

Kultursensible Beratung, Betreuung und Begleitung für Menschen mit Behinderung unter Berücksichtigung der Muttersprache

Mustafa Dedekeloglu, Sozialpädagoge BA (Berufsakademie)

Karlsruher Straße 5

68219 Mannheim

☎ 0621 43 73 17 01

📠 0621 43 79 441

info@duha-ev.de

www.duha-ev.de

**Gemeindediakonie Mannheim, b.i.f. (Beratung, Inklusion, Familienunterstützung), ambulante Dienste**

**Büro Mannheim Nord**

Unionstraße 4

68309 Mannheim

☎ 0621 72 84 88 82

📠 0621 72 84 88 89

benders@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Büro Mannheim Süd**

Rheingoldstraße 27

68199 Mannheim

☎ 0621 84 25 06 90

📠 0621 84 25 06 99

held@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Lebenshilfe Mannheim e. V., Offene Hilfen - Fachdienst Integrationsassistenz**

Distelsand 11

68219 Mannheim

☎ 0621 58 67 46 59

📠 0621 86 23 55 52

📱 0152 02 90 61 99

tom.schaaf@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Familienunterstützender Dienst (FuD)**

Enzianstraße 45

68309 Mannheim

☎ 0621 32 88 69 70

📠 0621 32 88 69 717

ann-kathrin.krusenbaum@reha-suedwest.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

**Roll In e. V.**

Ulmenweg 1-5

68167 Mannheim

☎ 0621 30 32 12

📠 0621 30 64 93

mail@rollin.de

www.rollin.de

**Sozialarbeit im Netz, Bereich ambulante Dienste**

Am Schäferstock 7

68163 Mannheim

☎ 0621 31 97 60 18

kontakt@sozialarbeit-im-netz.de

www.sozialarbeit-im-netz.de

**Symbios gUG, haftungsbeschränkt**

(gemeinnützige Unternehmergesellschaft, haftungsbeschränkt), Teilhabe von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf

Elsterweg 14

74821 Mosbach

☎ 06261 93 77 78

📞 0176 31 13 91 72

michael.soult@symbios.info

www.symbios.info

**In Mannheim:** Wohngemeinschaft R7, 6, 68161 Mannheim

**Vereinigung für Hauspflege und Familienhilfe e. V. Mannheim**

Alte Frankfurter Straße 33a

68305 Mannheim

☎ 0621 22 0 88

📞 0621 23 0 12

info@vhf-ma.de

www.vhf-ma.de

**VIP Care GmbH**

Häuserstraße 44

68789 St.Leon-Rot

☎ 0800 84 77 353 (kostenfrei)

📞 06227 39 99 533

info@vip-care-online.de

www.vip-care-online.de

## Kurzzeitpflege

Ebenfalls zu den familienentlastenden Diensten zählt die **Kurzzeitpflege** (§ 42 SGB XI, Elftes Buch Sozialgesetzbuch und auch im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB XII, Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) für Menschen mit Behinderung im Franz Mersi-Haus zur situationsbezogenen Unterstützung/Entlastung der nahestehenden Personen. Hier kommen keine Dienste in der Wohnung zu Hilfe, sondern die Entlastung der pflegenden Personen zu Hause erfolgt durch die vorübergehende **Abwesenheit** der **Pflegebedürftigen** und ihrer Betreuung in der Einrichtung:

**Nikolauspflege GmbH, Franz-Mersi-Haus, Mannheim**, Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderung zur Entlastung von Angehörigen und nahestehenden Personen  
Käfertaler Straße 9-11  
68167 Mannheim  
☎ 0621 17 89 03 80  
mersi-haus@nikolauspflege.de  
www.nikolauspflege.de

Auch in anderen Einrichtungen gibt es in kleinerem Umfang Möglichkeiten der **Kurzzeitpflege** („Kurzzeitunterbringung“, „eingestreute“ Plätze), Auskünfte hierzu erteilen aktuell die Pflegestützpunkte (siehe Abschnitt 7) sowie die **Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung**, Bezirk Mitte, Herr Ruden (siehe Abschnitt 2.2.2).

## **7.2 Stationär betreute Wohnformen, Heime für Menschen mit Behinderung**

### **7.2.1 Stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung**

**Gemeindediakonie Mannheim, Margarete-Blarer-Haus,**

für Kinder und Jugendliche mit geistigen, körperlichen und mehrfachen Behinderungen

Friedrichstraße 46a

68199 Mannheim

☎ 0621 86 00 17 0

✉ 0621 86 00 17 77

egger@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

### **7.2.2 Stationäre Einrichtungen für Erwachsene mit körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderung mit körperlichem Anteil**

**Caritasverband, Franz-Pfeifer-Haus,**

Pflegeheim für pflegebedürftige, psychisch kranke und behinderte Menschen

Sandrain 20a

68219 Mannheim

☎ 0621 170 28 90

✉ 0621 170 28 92 0

fph@caritas-mannheim.de

www.caritas-mannheim.de

**Nikolauspflege GmbH, Franz-Mersi-Haus, Mannheim,** Einrichtung für blinde Menschen,  
Menschen mit Sehbehinderung und Menschen mit Mehrfach-Behinderung  
Käfertaler Straße 9-11  
68167 Mannheim  
☎ 0621 17 89 03 80  
mersi-haus@nikolauspflege.de  
www.nikolauspflege.de

### **7.2.3 Stationäre Einrichtungen für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder Mehrfachbehinderung mit geistigem Anteil**

**Gemeindediakonie Mannheim, Wohnhaus Gartenstadt**  
Waldpforte 90-96  
68305 Mannheim  
☎ 0621 76 38 260  
📠 0621 76 38 26 11  
roehling@gemeindediakonie-mannheim.de  
www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Gemeindediakonie Mannheim, Wohnhaus Wallstadt**  
Storchenstraße 6-10  
☎ 0621 32 16 780  
📠 0621 32 16 78 16  
68259 Mannheim  
hoepfner@gemeindediakonie-mannheim.de  
www.gemeindediakonie-mannheim.de



**Gemeindediakonie Mannheim, Johannes-Calvin-Haus**

Rheingoldstraße 22-26

68199 Mannheim

☎ 0621 84 23 30

📠 0621 84 23 31 9

meinhof@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Gemeindediakonie Mannheim, Katharina-Zell-Haus**

Friedrichstraße 71-73

68199 Mannheim

☎ 0621 85 89 63

📠 0621 85 44 180

knester@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de

**Johannes-Diakonie Mosbach, Standort Mannheim, Bereich stationäres Wohnen**

**Häuser:**

Obere Riedstraße 63-65

68309 Mannheim

Fritz-Salm-Straße 16

68167 Mannheim

☎ 0621 44 57 55 94

sozialdienst.mannheim@johannes-diakonie.de

www.johannes-diakonie.de

**Lebenshilfe Mannheim e. V., Wohnhaus Stengelhof**

Stengelhofstraße 36

68219 Mannheim

☎ 0621 80 42 30

📠 0621 80 42 329

wohnbereich@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Werner-Hülstrunk-Haus**

Ida-Dehmel-Ring 39

68309 Mannheim

☎ 0621 72 84 87 50

📠 0621 72 84 87 99

whh.mannheim@reha-suedwest.de

www.reha-suedwest.de/whh-ma

## **7.2.4 Stationäre Einrichtungen für Erwachsene mit seelischer (psychischer) Behinderung oder Suchterkrankungen**

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., Rudolf-Petereit-Haus,**

stationäres Wohnen mit Tagesstruktur für psychisch kranke Menschen

H7, 12-13

68159 Mannheim

☎ 0621 12 95 40

📠 0621 12 95 499

u.schuessle@awo-mannheim.de

www.awo-mannheim.de

**AWO Kreisverband Mannheim e. V., Victor-Lenel stationär & ambulant,**  
stationäres Wohnen mit Tagesstruktur für chronisch mehrfach beeinträchtigte Menschen  
Rottannenweg 70  
68305 Mannheim  
☎ 0621 76 14 223  
📠 0621 76 14 230  
c.baumeister@awo-mannheim.de  
www.awo-mannheim.de

**Caritasverband, Franz-Pfeifer-Haus,**  
Pflegeheim für pflegebedürftige psychisch kranke und behinderte Menschen  
Sandrain 20a  
68219 Mannheim  
☎ 0621 170 28 90  
📠 0621 170 28 920  
fph@caritas-mannheim.de  
www.caritas-mannheim.de

**Caritasverband, St. Anna-Haus,**  
Wohnheim und Außenwohngruppen für chronisch psychisch erkrankte Menschen  
Sandrain 20  
68219 Mannheim  
☎ 0621 87 0 11  
📠 0621 87 10 422  
annahaus@caritas-mannheim.de  
www.caritas-mannheim.de

**Caritasverband, Monikaheim,** Wohnheim für psychisch erkrankte Menschen

Luisenstraße 64

68199 Mannheim

☎ 0621 86 25 050

📠 0621 86 25 05 20

monikaheim@caritas-mannheim.de

www.monikaheim-mannheim.de

**Diakonie, Elisabeth-Lutz-Haus,** Wohnheim für Menschen mit psychischer Erkrankung

Stresemannstraße 8

68165 Mannheim

☎ 0621 42 64 70

📠 0621 42 64 725

gisela.mueller@ekma.de

www.diakonie-mannheim.de

**Diakonie, Käthe-Luther-Heim,** Wohnheim für psychisch kranke Frauen

C7, 7

68159 Mannheim

☎ 0621 23 525

📠 0621 12 22 875

kaethe-luther-heim@ekma.de

www.diakonie-mannheim.de

**Haus Bethanien e. V., Mitglied im Diakonischen Werk Baden,** Wohnheim für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen und sozialen Schwierigkeiten

Kirchenstraße 4-6

68159 Mannheim

☎ 0621 17 82 783

📠 0621 15 64 336

kontakt@hausbethanien-ma.de

www.hausbethanien-ma.de

### 7.3 Behinderung und Alter

Da allgemein bei zunehmendem Alter von einem **steigenden Hilfebedarf** ausgegangen werden muss, ist auch bei Menschen mit Behinderung damit zu rechnen, dass **zusätzlich** zum **behinderungsbedingten** Bedarf ein **altersbedingter** Betreuungs- und Pflegebedarf eintritt.

Grundsätzlich sind für ältere Menschen mit Behinderung **keine neuen Einrichtungstypen** erforderlich, sie können bei Bedarf die Einrichtungen und Dienste nutzen, **die allen alten Menschen zur Verfügung stehen**. Dem medizinisch-technischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte ist es zu verdanken, dass heute auch immer mehr Menschen mit Behinderung ein **höheres Lebensalter** erreichen, sie unter den alten Menschen **daher zahlreicher werden**. Somit besteht die Notwendigkeit der Qualifizierung und Weiterentwicklung der bestehenden Einrichtungen um besonderen **behinderungsbedingten** Bedarfen zu entsprechen.

**Beratung älterer Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung bei der Stadt Mannheim:**

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**

**Seniorenbüro, Wohnen im Alter/Wohnberatung**

Michael Lammer

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 87 30

📠 0621 293 47 87 30

michael.lammer@mannheim.de

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Pflegestützpunkte**

K1, 7-13 (Erdgeschoss)

68159 Mannheim

**Siehe Abschnitt 7**

## **Spezielle teilstationäre und stationäre Angebote für ältere Menschen mit Behinderung im Raum Mannheim:**

### **Caritasverband, Franz-Pfeifer-Haus,**

Einrichtung für (alte) Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf

Sandrain 20a

68219 Mannheim

☎ 0621 170 28 90

📠 0621 170 28 920

fph@caritas-mannheim.de

[www.caritas-mannheim.de/77973.html](http://www.caritas-mannheim.de/77973.html)

### **Gemeindediakonie Mannheim, Wohnhaus Wallstadt,**

für Senioren und Seniorinnen mit Behinderung und Pflegebedarf

Storchenstraße 6-10

68259 Mannheim

☎ 0621 32 16 780

📠 0621 32 16 78 16

hoepfner@gemeindediakonie-mannheim.de

[www.gemeindediakonie-mannheim.de](http://www.gemeindediakonie-mannheim.de)

### **Gemeindediakonie Mannheim, Pflegeheim Wichernhaus**

Rheingoldstraße 27

68199 Mannheim

☎ 0621 84 40 20

cronau@wichernhaus-mannheim.de

[www.wichernhaus-mannheim.de](http://www.wichernhaus-mannheim.de)

**Katholisches Bürgerhospital**

E6, 1

68159 Mannheim

☎ 0621 12 50 89 81 1

📠 0621 15 65 35 7

siegel@kbh-Mannheim.de

Das **Katholische Bürgerhospital** ist keine Caritas-Einrichtung, erscheint jedoch mit seinen Daten auf [www.caritas-mannheim.de](http://www.caritas-mannheim.de) („Stiftung Katholisches Bürgerhospital“)

**Lebenshilfe Mannheim e. V., -Wohnbereich-**

Stengelhofstraße 36

68219 Mannheim

☎ 0621 80 42 30

📠 0621 80 42 329

wohnbereich@lebenshilfe-mannheim.de

[www.lebenshilfe-mannheim.de](http://www.lebenshilfe-mannheim.de)

**PZN, Psychiatrisches Zentrum Nordbaden, Gerontopsychiatrisches Zentrum**

Heidelberger Straße 1a

69168 Wiesloch

☎ 06222 55 26 50

sekretariat.gz@pzn-wiesloch.de

[www.pzn-wiesloch.de](http://www.pzn-wiesloch.de)

**Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, Tagesklinisches Seniorenzentrum**

D6, 6

68159 Mannheim

☎ 0621 1703 32 20

janine.marcy@zi-mannheim.de

[www.zi-mannheim.de](http://www.zi-mannheim.de)

## 7.4 Anpassung von privatem Wohnraum an besondere Anforderungen

Häufig werden Menschen mit Behinderung auch nur durch rein **technisch-bauliche Barrieren** am eigenständigen Wohnen gehindert. Um dies wann immer möglich abzustellen, sind die Stadt Mannheim als auch die Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald bestrebt, betroffene Menschen und ihre Angehörigen bei der **baulichen Anpassung bestehenden Wohnraums** fachlich zu beraten:

### Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald

B1, 1-2

68159 Mannheim

☎ 0621 18 00 21 58

📠 0621 19 00 21 59

[beratung@hwk-mannheim.de](mailto:beratung@hwk-mannheim.de)

[www.hwk-mannheim.de](http://www.hwk-mannheim.de)

### Stadt Mannheim, Fachbereich Stadtplanung

Collinistraße 1,

68161 Mannheim

Ingrid Hammer, Zimmer 209

☎ 0621 293 79 12

📠 0621 293 47 79 12

[wohnraumfoerderung@mannheim.de](mailto:wohnraumfoerderung@mannheim.de)

Siehe auch:

[www.mannheim.de/buerger-sein/foerderung-massnahmen-zur-schaffung-barrierenfreiem-wohnen](http://www.mannheim.de/buerger-sein/foerderung-massnahmen-zur-schaffung-barrierenfreiem-wohnen)

Darüber hinaus bemüht sich insbesondere die **GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH** (das Wohnungsunternehmen der Stadt Mannheim, ehemals „Gemeinnützige Baugesellschaft“) um eine barrierefreie Umgestaltung ihres Wohnungsbestandes und **Vermittlung barrierefreier** Wohnungen im Rahmen der (leider begrenzten) Möglichkeiten:



**GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH**

Ulmenweg 7

68167 Mannheim

☎ 0621 30 96 211

📠 0621 30 96 377

vermietung@gbg-mannheim.de

www.gbg-mannheim.de

Leider besteht in Mannheim ein **Missverhältnis** von **hoher Nachfrage** und **geringem Angebot** an barrierefreien Wohnungen zu einem für den Großteil der Betroffenen akzeptablen Preis.

Das Seniorenbüro der Stadt Mannheim berät zu Fragen des Wohnens älterer Menschen:

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales,**

Betreutes Wohnen für Senioren (Beratung)

Michael Lammer

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 87 30

📠 0621 293 47 87 30

michael.lammer@mannheim.de

## 8 Erwachsenenbildung, Freizeit und Sport

### Augenblick Theater Mannheim

Inklusive Theatergruppe für Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderung im Jugendkulturzentrum Forum („Forum der Jugend“, Schafweide):

#### **Augenblick Theater Mannheim**

Leitung: Birgit Thomas

Neckarpromenade 46

68167 Mannheim

☎ 0621 29 37 66 1

kontakt@augenblick-theater-mannheim.de

www.augenblick-theater-mannheim.de

### **Mannheimer Abendakademie: barrierefrei lernen**

Die Mannheimer Abendakademie strebt nach dem Abbau aller Hindernisse, die für Menschen mit Behinderung bei der Nutzung ihrer Bildungs- und Freizeitangebote noch bestehen können.

Alle Räume im Haus der Abendakademie in U1, 16-19 sind **barrierefrei erreichbar** und mit **Beleuchtung nach aktuellen Normen** ausgestattet. Bei Kursen in nicht barrierefreien Gebäuden (insbesondere allgemeinen Schulen im gesamten Stadtgebiet) bemüht sich die Abendakademie um entsprechende Hilfsangebote. Menschen mit persönlichem **Assistenzbedarf** können ohne Mehrkosten mit einer **Begleitperson** an den Kursen und Veranstaltungen teilnehmen. Die Berechtigung hierzu ist durch den **Schwerbehindertenausweis** (mit **Merkzeichen B**) nachzuweisen.

**Mannheimer Abendakademie und Volkshochschule GmbH**

U1, 16-19

68161 Mannheim

☎ 0621 10 76 0

📠 0621 10 76 17 2

info@abendakademie-mannheim.de

www.abendakademie-mannheim.de

**Barrierefrei lernen, Beauftragte für barrierefreie Bildungsangebote:**

Gerhard Steinbach (Zimmer 507)

☎ 0621 10 76 18 2

g.steinbach@abendakademie-mannheim.de

Silvia Szabó (Zimmer 507)

☎ 0621 10 76 18 6

s.szabo@abendakademie-mannheim.de

**Besonderes Bildungs- und Freizeitangebot in Zusammenarbeit mit Wohlfahrts- und Fachverbänden**

Die Mannheimer Abendakademie, die Gemeindediakonie Mannheim und die Lebenshilfe Mannheim führen seit über 30 Jahren gemeinsam ein **Programm "Barrierefrei lernen"** durch, das sich mit ca. 20 Kursen pro Semester an Menschen mit und ohne **geistige Behinderung** richtet.

Eine **Übersicht** des aktuellen Kursprogramms mit **Zusatzinformationen** kann angefordert oder als **PDF-Dokument** von der Homepage der Mannheimer Abendakademie heruntergeladen werden ([www.abendakademie-mannheim.de](http://www.abendakademie-mannheim.de), Suche: „barrierefrei“).

### **Sportportal Mannheim**

In Mannheim existiert ein breit gefächertes **Freizeitsport-Angebot** für Menschen mit Behinderung bei **Sportvereinen**. Einen Überblick bietet das **Sportportal Mannheim** des **Fachbereichs Sport und Freizeit** der Stadt Mannheim. In Zusammenarbeit mit dem **Sportkreis Mannheim** ermöglicht es die gezielte Suche nach Sportangeboten, auch für Menschen mit Behinderung:

#### **Stadt Mannheim, Fachbereich Sport und Freizeit**

Fachbereichsleitung: Uwe Kaliske

Collinistraße 1

68161 Mannheim

☎ 0621 293 70 66

📠 0621 293 71 26

fb52@mannheim.de

www.sportportal-mannheim.de

### **Einige beispielhafte Sportangebote für Menschen mit Behinderung:**

#### **BSG Mannheim-Nord,**

Allgemeiner Sport für Menschen mit Behinderung, Koronar- u. Frauensport

Harry Leist

Friedberger Straße 21

68305 Mannheim

☎ 0621 75 12 92

#### **Gehörlosensportvereinigung Mannheim 1966 e. V.**

Heinz Brandt

Bärsbacher Weg 20

69469 Weinheim

☎ 06201 23 0 44

heinz.brandt@gspvogg-mannheim.de

www.gspvogg-mannheim.de

**Gehörlosen-Tennisclub 1975 e. V.**

Werner Magin

Sohrauer Straße 41

68307 Mannheim

☎ 0621 78 83 78

📠 0621 78 87 893

w.magin@gv-mannheim.de

www.gv-mannheim.de

**GSKg Gehörlosen-Sport- und Kulturgemeinschaft Mannheim e. V.**

Rainer Kühn

Hirschberger Weg 13

68549 Ilvesheim

☎ 0621 72 24 49

info@gskg-mannheim.de

www.gskg-mannheim.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Familienunterstützender Dienst (FuD)**

Enzianstraße 45

68309 Mannheim

☎ 0621 32 88 69 70

📠 0621 32 88 69 717

ann-kathrin.krusenbaum@reha-suedwest.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

Die Reha-Südwest Regenbogen gGmbH bietet im Rahmen des FuD Freizeitmöglichkeiten für Erwachsene mit Behinderung.

**Sport- und Selbsthilfegruppe Multiple Sklerose** (auch für Schlaganfall-Betroffene)

Reha-Sport, Gymnastik im Sitzen (unter Anleitung einer ausgebildeten Physiotherapeutin), Hallenboccia, Rollstuhltanz (mit ausgebildetem Tanzlehrer), Selbsthilfe, Beratung, Gedankenaustausch, gelegentliche Freizeit-Aktivitäten, regelmäßige Treffen im Gemeindehaus der Maria-Hilf-Kirche (Almenhof)

Karl-Blind-Straße 5

68199 Mannheim

Nähere Auskünfte erteilt:

Katharina Justen

☎ 0621 30 63 96 (10-20 Uhr)

k.justen@adg.de

**SV Waldhof Mannheim e. V.**, Sport in der Krebsnachsorge

Hede Kott

Salzwedeler Weg 18

68309 Mannheim

☎ 0621 70 67 98

**Tanz- und Freizeitclub Tausendfüßler für Menschen mit und ohne Behinderung e. V.**

Alexander Gipp

Speyerer Straße 35

68199 Mannheim

☎ 0621 83 21 617

info@tausendfuessler-club.de

www.tausendfuessler-club.de

**TSG Mannheim-Rheinau, Koronarsport (Sport zugunsten der Herzgesundheit)**

1. Vorsitzender: Nikolaus Schmidt

Rheinauer Ring 99

68219 Mannheim

☎ 0621 89 14 62

📠 0621 86 23 684

info@tsg-rheinau-mannheim.de

www.tsg-rheinau-mannheim.de

**TSV Mannheim v. 1846 e. V., präventive und rehabilitative Bewegungsangebote**

(vorbeugende und wiederherstellende Bewegungsangebote)

Joachim Hefe

Hans-Reschke-Ufer 4a

68165 Mannheim

☎ 0621 76 21 180

📠 0621 76 21 18 66

info@tsvmannheim.de

www.tsvmannheim.de/gesundheitssport.html

**TV Mannheim-Rheinau-Koronarsportgruppe (Sport zugunsten der Herzgesundheit)**

Margot Eisele

📠 0151 70 81 39 36

info@tv-rheinau.de

www.tv-rheinau.de

**TV 1880 Käfertal e. V.,**

Integrative Sport- und Spielgruppe (ISSG) für Menschen mit und ohne Behinderung,  
Irene Betz

Wachenheimer Straße 75

68309 Mannheim

☎ 0621 72 43 78

issg@tv-kaefertal.de

www.tv-kaefertal.de

**Verein für Gesundheitssport Mannheim e. V.,**

Allgemeiner Sport für Menschen mit Behinderung

Ludwig Moritz

Fasanenstraße 3

68309 Mannheim

☎ 0621 73 88 02



## 9 Beratungsstellen, Fachverbände und Selbsthilfegruppen

In Mannheim gibt es zahlreiche **Beratungsstellen, Fachorganisationen, Selbsthilfegruppen** und **Interessenverbände**, die sich um die Belange von Menschen Behinderung kümmern. Da viele Organisationen sowohl Beratungsstelle, Selbsthilfegruppe als auch regionaler oder überregionaler Fach-/Interessenverband sind, werden sie hier zusammen aufgeführt.

### Allgemeine Beratung, Behinderungsarten-übergreifend:

#### Selbsthilfe

Sich mit Menschen in ähnlicher Lebenssituation auszutauschen und Erfahrungen weiterzugeben, hilft bei der Organisation und Bewältigung des Alltags. Dies gilt im Besonderen für Personen, die unmittelbar oder als Angehörige oder Nahestehende von Behinderung betroffen sind und so **außergewöhnliche Herausforderungen meistern** müssen.

Um solche **Eigeninitiativen** zu fördern, gibt es den **Gesundheitstreffpunkt Mannheim e. V.**. Der Verein unterstützt konkret bei der Gründung und Begleitung von **Selbsthilfegruppen** und vernetzt die Betroffenen miteinander. Menschen mit Behinderung und Angehörige sind gleichermaßen eingeladen, sich – **unverbindlich und anonym** – über bestehende Angebote zu informieren und Unterstützung anzunehmen, wenn sie selbst eine Selbsthilfegruppe gründen wollen. Ein besonderer Vorteil der Selbsthilfe als **niederschwelligem** Angebot liegt in der Vermeidung bürokratischer Zugangshürden.

Die nachfolgende Liste kann von der Vielzahl bestehender Selbsthilfegruppen nur eine Auswahl wiedergeben – allein im Bereich **chronischer Erkrankungen** und **Behinderungen** gibt es derzeit etwa 90 **Selbsthilfegruppen** sowie weitere in den Bereichen **Sucht** und **psychische Erkrankungen**.

Für aktuelle Informationen und Hinweise zum Selbsthilfewesen ist der **Gesundheitstreffpunkt Mannheim** die beste Auskunftsstelle, dort werden entsprechende Informationen aktuell gesammelt und gepflegt:

**Gesundheitstreffpunkt Mannheim e. V.**

Max-Joseph-Straße 1

68169 Mannheim

☎ 0621 33 91 818

📠 0621 33 63 261

gesundheitstreffpunkt-mannheim@t-online.de

www.gesundheitstreffpunkt-mannheim.de

Der Gesundheitstreffpunkt hat Kooperationsverträge mit der **Universitätsmedizin Mannheim (Universitätsklinikum)** sowie dem **Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI)** geschlossen. Beide Institutionen wurden als „**Selbsthilfefreundliche Krankenhäuser**“ ausgezeichnet. Bei stationärer Aufnahme können sich Betroffene und Angehörige auch bei der/dem jeweils zuständigen **Selbsthilfebeauftragten** über örtliche und der Erkrankung/Behinderung entsprechende Angebote der Selbsthilfe informieren, um vielleicht bereits während des Aufenthaltes Kontakte zu schließen, die ihnen nach der Entlassung den Übergang erleichtern:

**Universitätsmedizin Mannheim (Universitätsklinikum Mannheim)**

Theodor-Kutzer-Ufer 1-3

68167 Mannheim

**Selbsthilfebeauftragte:**

Angela Bast

☎ 0621 38 32 230

angela.bast@umm.de

**Vertreterin der Selbsthilfebeauftragten:**

Sonja Lauseker

☎ 0621 38 32 746

sonja.lauseker@umm.de

www.umm.de

**Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, ZI, Mannheim**

J5

68159 Mannheim

**Selbsthilfebeauftragter:**

Dr. Jens Bullenkamp

K3, 21

☎ 0621 17 03 61 01

jens.bullenkamp@zi-mannheim.de

www.zi-mannheim.de

**Patientinnen- und Patientenberatung Rhein-Neckar**

Die **Patientenberatung** Rhein-Neckar, die zum Gesundheitstreffpunkt Mannheim gehört, hilft Einzelpersonen beim Verstehen medizinischer Hintergründe, Krankenakten und Gesundheitsleistungen und klärt die Vollständigkeit medizinischer Befunde. Außerdem berät sie zur **Patientenverfügung**:

**Patientenberatung Rhein-Neckar** (Beratung auch in türkischer Sprache)

Max-Joseph-Straße 1

68169 Mannheim

☎ 0621 33 69 725

📠 0621 33 63 261

info@patientenberatung-rhein-neckar.de

**Barrierefreiheit:**

**Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit Rhein-Neckar e. V.**

Alphornstraße 2a

68169 Mannheim

☎ 0621 33 67 499

info@barrierefrei-mannheim.de

www.barrierefrei-mannheim.de

**Inklusion im Bildungs- und Erziehungswesen:**

**Elterninitiative Rhein-Neckar, „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ e. V.**

Kirsten Ehrhardt

☎ 06227 39 85 300

info@elterninitiative-rhein-neckar.de

www.elterninitiative-rhein-neckar.de

**Inklusionsberatungsstelle der Elterninitiative Rhein-Neckar:**

www.inklusion-rhein-neckar.de

**Interessenvertretung gegenüber Behörden, Politik und Gesellschaft:**

**SoVD Sozialverband Deutschland e. V., Landesverband Baden-Württemberg**

Mundenheimer Straße 11

68199 Mannheim

☎ 0621 84 14 172

☎ 0621 84 14 173

info@sovd-bawue.de

www.sovd.de

**VdK Landesverband Baden-Württemberg e. V., Kreisverband Mannheim**

Schwetzingen Straße 158

68165 Mannheim

☎ 0621 26 187

☎ 0621 22 61 87

kv-mannheim@vdk.de

www.vdk.de

## 9.1 Seelische/psychische Behinderung

(Siehe auch Abschnitt 5)

**Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle Psychiatrie Mannheim, IBB-Stelle**

Max-Joseph-Straße 1

68169 Mannheim

Sprechstunde: Donnerstag 16-17 Uhr

☎ 0621 15 66 151 (Anrufbeantworter)

(Nach § 9 Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Baden-Württemberg)

**Mannheimer Initiative Psychiatrie-Erfahrener, MIPE,**

Interessenvertretung für Menschen mit Psychiatriekontakt,

c/o Gesundheitstreffpunkt Mannheim

Max-Joseph-Straße 1

68169 Mannheim

**Ansprechpersonen:**

Ulrike

☎ 0621 47 47 44

Veronika

☎ 0621 43 73 94 37

mipe-mannheim@t-online.de

www.mipe-mannheim.de

Kooperation:

**Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) e. V.**

Wittener Straße 87

44789 Bochum

☎ 0234 68 70 55 52

kontakt-info@bpe-online.de

www.bpe-online.de

### 9.1.1 Suchterkrankungen:

**Anonyme Alkoholiker, City-Kontaktstelle**

Augartenstraße 13

68165 Mannheim

☎ 0621 19 295 (7 - 23 Uhr)

aa-kontakt@anonyme-alkoholiker.de

www.anonyme-alkoholiker.de

**Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH  
(bwlv), Fachstelle Sucht Mannheim,**

Offene Sprechstunde Dienstag 17-19 Uhr, Donnerstag 10-12 Uhr  
und Termine nach Vereinbarung

Moltkestraße 2

68165 Mannheim

☎ 0621 84 25 06 80

📠 0621 84 25 06 89 9

fs-mannheim@bw-lv.de

www.bw-lv.de

**Caritasverband Mannheim e. V., Suchtberatung, Psychosoziale Beratung, Behandlung, Prävention (Vorbeugung),**

Offene Sprechstunde Donnerstag 11-13 Uhr

Leitung: Thomas Wenz

D7, 5

68159 Mannheim

☎ 0621 12 50 61 0

📠 0621 12 50 62 92

suchtberatung@caritas-mannheim.de

www.caritas-mannheim.de

**Bereich Computer-/Internetsucht:**

Beate Dörflinger (Tel. siehe oben)

beate.doerflinger@caritas-mannheim.de

**Selbsthilfegruppe „Logout“,**

für Menschen mit pathologischem (krankhaftem) Computer-/Internetgebrauch

Treffen Freitags 19 bis 20.30 Uhr in der Caritas-Beratungsstelle (siehe oben)

Kontakt: Kilian Kohn

shg\_log\_out@gmx.de

**Selbsthilfegruppe „Klicks“**

für Eltern/Angehörige von Internetabhängigen

Treffen einmal monatlich in der Caritas-Beratungsstelle (siehe oben)

Kontakt:

Beate Dörflinger (siehe oben)

Kai Müller

☎ 06201 5 78 78

**Diakonisches Werk Mannheim, Beratungsstelle für Suchtfragen**

**(auch Glücksspielsucht),**

Offene Sprechstunde Dienstag 14-16 Uhr und Termine nach Vereinbarung

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 28 00 03 70

📠 0621 12 20 83 3

psb@diakonie-mannheim.de

www.diakonie-mannheim.de

**Drogenverein Mannheim e. V.**

Sprechzeiten, telefonisch sowie persönlich nach Terminvereinbarung:

Dienstag bis Freitag 10-12 Uhr, Montag bis Mittwoch 14-16 Uhr, Donnerstag 14-19 Uhr

Ansprechpartnerin: Frau Müller

K3, 11-14

68159 Mannheim

☎ 0621 15 90 00

info@drogenverein.de

www.drogenverein-mannheim.de

**Institut Glücksspiel & Abhängigkeit, Fachstelle Spielerschutz & Migration,**

Beratung (auch in türkischer Sprache) nach telefonischer Terminvereinbarung,

Ansprechpartner: Herr Tuncay

P4, 3-4

68161 Mannheim

☎ 0621 31 97 12 50

📠 0621 31 97 48 78

m.tuncay@europe-iga.eu

www.game-over.at



## 9.2 Geistige Behinderung

### **"Eltern für Eltern", Elternberatung der Lebenshilfe Mannheim,**

von und für Eltern von Kindern mit Behinderung oder Entwicklungsverzögerung, Hilfestellung bei Anträgen zum Schwerbehindertenausweis sowie zum Pflegegeld für Kinder und vieles mehr, Büro der offenen Hilfen

Harpener Straße 1

68219 Mannheim

☎ 0621 49 07 06 916

📠 0621 49 07 06 916

antje.warbinek@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de

### **Gemeindediakonie Mannheim, Beratung:**

Wohnen, Arbeit, ambulante Betreuung, Unterstützung

Friedrichstr. 46a

68199 Mannheim

Dorothea Scharrer

☎ 0621 84 40 31 6

Chiara Ewen

📠 0151 57 90 14 07

beratung@gemeindediakonie-mannheim.de

www.gemeindediakonie-mannheim.de/unsere-angebote/beratung

**Lebenshilfe Mannheim e. V., Gesprächskreis „Zukunftsplanen Wohnen“** für Familien und Angehörige von (jungen) Menschen mit geistiger Behinderung,

Ziel: Auseinandersetzung mit der zukünftigen Wohnsituation

Stengelhofstraße 36

68219 Mannheim

☎ 0621 80 42 30

📠 0621 80 42 32 9

wohnbereich@lebenshilfe-mannheim.de

www.lebenshilfe-mannheim.de

**People First Deutschland e. V.,**

Interessenvertretung für Menschen mit geistiger Behinderung

(Eigenbezeichnung: „Menschen mit Lernschwierigkeiten“)

Samuel-Beckett-Anlage 6

34119 Kassel

☎ 0561 72 88 53 20

📠 0561 72 88 52 32 0

info@menschzuerst.de

www.menschzuerst.de

**People First Ortsgruppe Mannheim:**

Klaus Lohmann

☎ 0621 44 84 27

### 9.3 Körperliche Behinderung/Erkrankungen

**ALS-Selbsthilfegruppe der Metropolregion Rhein-Neckar**

(ALS: Amyotrophe Lateralsklerose, ein schwerwiegendes Nervenleiden, das zu Muskellähmungen führen kann)

69124 Heidelberg

Margit Pfisterer

☎ 06221 78 21 61

📠 06221 78 62 51

Jürgen Schütz

☎ 06221 43 37 00 5

📠 0152 09 81 69 95

juergenbvb@online.de

**Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e.V.:**

www.dgm.org

**Alzheimer Gesellschaft Mannheim – Selbsthilfe Demenz – e. V.**

1. Vorsitzende: Sabine Schulz

Beim Hochwald 31

68305 Mannheim

☎ 0621 74 48 64

sabine.schulz@yahoo.de

www.alzheimer-mannheim.de

**Bezirksverein der Kehlkopflösen und Kehlkopfoptierten Heidelberg-Mannheim e. V.**

Vorsitzender: Karl-Heinz Strauß

Frankenberger Weg 1

68309 Mannheim

☎ 0621 70 69 61

strauss2702@arcor.de

www.kehlkopfoptierte-bw.de

**Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e. V.**

Allgemeine DGM-Selbsthilfegruppe der Metropolregion Rhein-Neckar

Regina Müller

68753 Waghäusel

☎ 07254 95 15 92

☎ 07254 95 31 46

regina.mueller@dgm.org

www.dgm.org

**Deutsche Leukämie-Forschungs-Hilfe – Aktion für krebskranke Kinder –  
Ortsverband Mannheim e. V.**

1. Vorsitzender: Martin Stachniss

Im Wirbel 62

68219 Mannheim

☎ 0621 87 19 68

📠 0621 87 47 72

info@krebskranke-kinder.de

www.krebskranke-kinder.de

**Deutsche Parkinson Vereinigung e. V.**

Regionalgruppe Mannheim

Christa Lipps

☎ 06203 15 879

christa.lipps@web.de

www.mannheim-parkinson.de

**Reha-Südwest Regenbogen gGmbH, Beratungsstelle Unterstützte Kommunikation**

Enzianstraße 45

68309 Mannheim

☎ 0621 74 15 29

📠 0621 74 78 79

petra.roeder@reha-suedwest.de

www.regenbogen-ggmbh-ma.de

Die Beratungsstelle Unterstützte Kommunikation berät Menschen, die in ihrer Lautsprache vorübergehend oder dauerhaft beeinträchtigt sind, sowie Angehörige, betreuende Einrichtungen und Arbeitgeber.

**Selbsthilfegruppe Aphasiker** (Menschen mit Sprachverlust/Sprachstörung)

Georg Erny

Rappoltsweiler Straße 36

68229 Mannheim

☎ 0621 47 51 16

Landesverband Aphasie und Schlaganfall Baden-Württemberg e. V.:

lvausbw@t-online.de

www.aphasie-schlaganfall-bw.de

**Sport- und Selbsthilfegruppe Multiple Sklerose** (auch für Schlaganfall-Betroffene)

Reha-Sport, Gymnastik im Sitzen (unter Anleitung einer ausgebildeten Physiotherapeutin), Hallenboccia, Rollstuhltanz (mit ausgebildetem Tanzlehrer), Selbsthilfe, Beratung, Gedankenaustausch, gelegentliche Freizeit-Aktivitäten, regelmäßige Treffen im Gemeindehaus der Maria-Hilf-Kirche (Almenhof)

Karl-Blind-Straße 5

68199 Mannheim

Nähere Auskünfte erteilt:

Katharina Justen

☎ 0621 30 63 96 (10-20 Uhr)

k.justen@adg.de

**Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte e. V. – Spastikerverein Mannheim –**

Vorsitzende: Andrea Baroncioni

Kirchwaldstraße 17

68305 Mannheim

☎ 0621 44 57 97 03

spastikerma@aol.com

www.spastikerma.de

### 9.3.1 Sinnesbehinderung

**Badischer Blinden- und Sehbehindertenverein - Verein mit Körperschaftsrechten (BBSV)**

Augartenstraße 55

68165 Mannheim

☎ 0621 40 20 31

📠 0621 40 23 04

info@bbsvvmk.de

www.bbsvvmk.de

**Badischer Wohlfahrtsverband für Hörgeschädigte e. V. (BWH),**

Beratung in Mannheim und nördlichem Rhein-Neckar-Kreis

Unionstraße 3

68309 Mannheim

☎ 0621 28 000 378

📠 0621 28 000 379

📱/SMS 0151 194 508 76

h.petzel@bwh-hd.de

www.bwh-hd.de

**Cochlear Implantat-Selbsthilfegruppe Rhein Neckar (CI-SHG Rhein-Neckar)**

Thomas M. Haase

Am Pfarrgarten 7

68519 Viernheim

☎ 06204 39 06

thomas.haase@civ-bawue.de

www.civ-bawue.de

**Cochlear-Implantat-Verband Baden-Württemberg e. V. (CIV-BaWü e. V.)**

Geschäftsstelle Stuttgart

Postfach 50 02 01

70332 Stuttgart

☎ 07143 96 92 716

info@civ-bawue.de

www.civ-bawue.de

**Diakonisches Werk Mannheim**

Beratung und Nachbarschaftshilfe für blinde und sehbehinderte Menschen

Elke Paul

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 28 000 372

paul@diakonie-mannheim.de

www.diakonie-mannheim.de

**Gehörlosenverein Mannheim 1891 e. V.**

1. Vorsitzender: Peter Oedingen

Dornheimer Ring 37

68309 Mannheim

☎ 03222 16 05 09 7

peter.oedingen@gv-mannheim.de

www.gv-mannheim.jimdo.com

## 10 Arbeitskreise, Foren und Netzwerke

Zwischen den Beteiligten der Hilfe für Menschen mit Behinderung besteht im Raum Mannheim eine Vielzahl regelmäßiger Arbeitskontakte, die die inhaltliche Abstimmung und Zusammenarbeit zugunsten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger fördern.

### 10.1 Arbeitskreis Drogenprobleme und Suchtprophylaxe, Suchthilfenetzwerk Mannheim

Die **Mannheimer Sucht- und Drogenpolitik** verfolgt ein wirksames Konzept, das die Bekämpfung von Straftaten stets mit Angeboten der Hilfe kombiniert. Dabei sind wesentliche Ziele, Sucht- und Drogenabhängigen zu einem **Ausstieg** aus ihrer Sucht- und Drogenkarriere und zum Einstieg in ein **suchtfreies Leben** zu verhelfen. Hierzu arbeiten alle Einrichtungen und Behörden, die mit der Sucht- und Drogenproblematik sowie der Suchtprävention in Mannheim zu tun haben (**siehe Abschnitt 9.1.1**), intensiv im örtlichen **Arbeitskreis Drogenprobleme und Suchtprophylaxe** zusammen (Suchtprophylaxe: Suchtvorbeugung). Der Arbeitskreis bildet auch das Zentrum des **Mannheimer Suchthilfenetzwerks**, das 2008 vom Dezernat für Bildung, Jugend, Gesundheit und den örtlichen Beteiligten der Suchthilfe und Suchtprävention (Suchtvorbeugung) ins Leben gerufen wurde, um die Versorgung suchtgefährdeter und suchtkranker Menschen in Mannheim zu verbessern. Siehe „Mannheimer Arbeitsgemeinschaft Sucht“.

#### Mannheimer Arbeitsgemeinschaft Sucht (MAS)

Die Mannheimer Arbeitsgemeinschaft Sucht ist eine **Arbeitsgemeinschaft** der **Suchthilfe-Anbieter** und der Suchtmedizin (**siehe auch Abschnitt 9.1.1**). Sie ist **Bestandteil des Suchthilfenetzwerkes Mannheim**. Die Leitung liegt ebenfalls beim Fachbereich Gesundheit (Bereich Suchtkoordination).



**Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit, Arbeitskreis Drogenprobleme und Suchtprophylaxe (Suchtvorbeugung),**

**Suchthilfenetzwerk Mannheim,**

R1, 12

68161 Mannheim

[www.mannheim.de/buerger-sein/suchtpraevention](http://www.mannheim.de/buerger-sein/suchtpraevention)

**Kommunale Suchtbeauftragte**

Kathrin Heinrich

☎ 0621 293 93 92

📠 0621 293 22 80

[53.suchthilfenetzwerk@mannheim.de](mailto:53.suchthilfenetzwerk@mannheim.de)

[www.mannheim.de/buerger-sein/suchtkoordination](http://www.mannheim.de/buerger-sein/suchtkoordination)

**Beauftragter für Suchtprophylaxe (Suchtvorbeugung)**

Dr. Timo Kläser

☎ 0621 293 93 39

📠 0621 293 22 80

[53.suchtpraevention@mannheim.de](mailto:53.suchtpraevention@mannheim.de)

## **10.2 Arbeitskreis Kinder psychisch kranker Eltern**

Der Arbeitskreis tagt unter Federführung des **Sozialpsychiatrischen Dienstes Mannheim** mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des/der

- Zentralinstituts für Seelische Gesundheit
- Psychiatrischen Zentrums Nordbaden
- Jugendamts der Stadt Mannheim (Soziale Dienste)
- Psychologischen Beratungsstelle der Evangelischen Kirche in Mannheim

Die Erkenntnisse des Arbeitskreises kommen dem Beratungsangebot der Initiative MaIKe zugute (siehe Abschnitt 5.2).

Der Arbeitskreis dient der Vernetzung der beteiligten Einrichtungen und knüpft Kontakte zu weiteren Fachstellen, die sich mit dem Thema Kinder psychisch kranker Eltern befassen:

**Arbeitskreis Kinder psychisch kranker Eltern**

Sozialpsychiatrischer Dienst

C3, 16

68159 Mannheim

☎ 0621 39 74 90

📠 0621 13 65 9

h.aumueller@spdi-mannheim.de

## 10.3 Forum Behinderung

Das **Forum Behinderung** ist ein offenes Netzwerk unter Leitung der **Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen** der Stadt Mannheim.

**Stadt Mannheim, Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen**

Ursula Frenz

Zimmer 403a

Rathaus E5

68159 Mannheim

☎ 0621 293 2005

ursula.frenz@mannheim.de

[www.mannheim.de/buerger-sein/menschen-behinderung](http://www.mannheim.de/buerger-sein/menschen-behinderung)

Am Forum Behinderung, das **zweimal im Jahr tagt**, nehmen sowohl selbst von Behinderung betroffene **Bürgerinnen** und **Bürger** als auch **Vertreterinnen** und **Vertreter** der ehrenamtlichen und der professionellen Arbeit für Menschen mit Behinderung teil. Das Forum dient dem **Erfahrungsaustausch** über Bedarfe und Teilhabe von Menschen mit Behinderung und gibt **Anstöße** zur Weiterentwicklung der Hilfen und zur Verbesserung ihrer Lebenslage in Mannheim.

Ausführliche Angaben und Berichte zur Arbeit des **Forums Behinderung** enthalten die **Geschäftsberichte** des früheren **Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Stadt Mannheim**, Klaus Dollmann (im Amt 2006 bis 2015). Diese Geschäftsberichte und weitere Veröffentlichungen zum Themengebiet erhalten Sie in gedruckter Form im Büro der **Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen** und zum **Herunterladen als PDF-Dokument** in ihrem Bereich auf der Seite der Stadt Mannheim bzw. im Bereich der **Sozialplanung im Fachbereich Arbeit und Soziales** ([www.mannheim.de](http://www.mannheim.de), dort Suchfunktion verwenden).

## 10.4 Gesprächskreis Frühförderung

Der Gesprächskreis Frühförderung ist unter der Leitung des **Staatlichen Schulamts** für die Stadt Mannheim eingerichtet. Er dient dem interdisziplinären (fachübergreifenden) Austausch der Vertreterinnen und Vertreter aller **Frühförderstellen**, **Sonderpädagogischen Beratungsstellen**, der **Schulkindergärten**, des **Schulamts**, des **Fachbereichs Gesundheit** und der **Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung** im **Fachbereich Arbeit und Soziales** der Stadt Mannheim:

### **Gesprächskreis Frühförderung**

Ruth Gaißer (Staatliches Schulamt Mannheim)

Augustaanlage 67

68165 Mannheim

☎ 0621 292 41 40

📠 0621 292 41 44

ruth.gaisser@ssa-ma.kv.bwl.de

[www.schulaemter-bw.de/schulamt-mannheim/Startseite](http://www.schulaemter-bw.de/schulamt-mannheim/Startseite)

**Sprechzeiten: Nach Vereinbarung**

## 10.5 Netzwerkkonferenz

An der einmal jährlich unter Leitung des **Fachbereichs Arbeit und Soziales, Abteilung Hilfe für Menschen mit Behinderung**, tagenden Netzwerkkonferenz nehmen alle örtlichen Organisationen und Behörden teil, die zur Teilhabe von Jugendlichen mit Behinderung in Schulen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung beitragen können. Dazu gehören Vertreterinnen und Vertreter des Integrationsfachdienstes, des Integrationsamts, der Agentur für Arbeit, der Schulen und des Staatlichen Schulamts Mannheim. Ebenso beteiligt sind die Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die Integrationsbetriebe und der **Fachbereich Bildung** der Stadt Mannheim.

In gemeinsamer Verantwortung werden **verbindliche Vorgehensweisen** festgelegt und die Zusammenarbeit geregelt. Dabei geht es darum, bei Durchführung der Hilfemaßnahmen fortlaufend sicherzustellen, dass sie bei der beruflichen Bildung und dem Übergang der Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderung auf den **allgemeinen Arbeitsmarkt** durchgehend ihre unterstützende Wirkung entfalten können.

**Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales, Netzwerkkonferenz**

Leitung: Anita Reidel

K1, 7-13

68159 Mannheim

☎ 0621 293 34 34

📠 0621 293 34 70

anita.reidel@mannheim.de

## **10.6 Runder Tisch benachteiligte Familien**

Unter der Leitung der Beratungsstelle für sonderpädagogische Frühbetreuung an der **Eugen-Neter-Schule** (siehe Abschnitt 3.5.2) hat sich ein Runder Tisch speziell zu den Belangen von **Kindern geistig behinderter und/oder analphabetischer** Eltern (solche, die nicht lesen und schreiben können) gegründet.

Am Runden Tisch vertreten sind verschiedene Einrichtungen der **Lebenshilfe Mannheim**, des **Caritas-Verbandes Mannheim e. V.** und des **Vereins für Gemeindediakonie und Rehabilitation** (Wiederherstellung) sowie der **Reha Südwest Regenbogen gGmbH**. Ebenso im Arbeitskreis zugegen sind Fachämter der Stadt Mannheim: **Fachbereich Arbeit und Soziales** (Abteilung Eingliederungshilfe), **Jugendamt**, **Fachbereich Tageseinrichtungen für Kinder** und **Fachbereich Gesundheit**, weiterhin die **Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen** der Stadt Mannheim, das **Staatliche Schulamt Mannheim** und weitere Beratungsstellen.

Der Runde Tisch hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf die **besonderen Belange** von Kindern aus den genannten benachteiligten Familien hinzuweisen und deren Förderung zu verbessern. Die enge Zusammenarbeit und **hohe Aufmerksamkeit** der zuständigen Behörden ist hier besonders wichtig:

**Runder Tisch Kinder aus sozial benachteiligten Familien mit geistig behinderten sowie analphabetischen Eltern** (Eltern ohne Lese- und Schreibfähigkeiten)

Christa Kantner

(Beratungsstelle für sonderpädagogische Frühbetreuung an der Eugen-Neter-Schule)

Alter Frankfurter Weg 30

68307 Mannheim

☎ 0621 77 77 80

📠 0621 77 77 811

eugen-neter-schule.direktion@mannheim.de

www.eugenneterschule.wordpress.com

## 10.7 Weitere Arbeitskreise/Foren

**Arbeitskreis Kinderschutz**

Ruth Gaißer (Staatliches Schulamt Mannheim)

Augustaanlage 67

68165 Mannheim

☎ 0621 292 41 40

📠 0621 292 41 44

ruth.gaisser@ssa-ma.kv.bwl.de

www.schulaemter-bw.de/schulamt-mannheim/Startseite

**Beratungskuratorium der Diakoniewerkstätten Rhein-Neckar,**

Verein für Gemeindediakonie und Rehabilitation e. V.

Rheingoldstraße 28a

68199 Mannheim

☎ 0621 84 40 30

📠 0621 84 40 330

scholl@gemeindediakonie-mannheim.de

www.diakoniewerkstatt.de

Aufgabe der Beratungen ist der Austausch über Planungen der Gemeindediakonie im Bereich der Hilfe für Menschen mit Behinderung.







Stadt Mannheim  
Fachbereich Arbeit und Soziales  
T1, 1-2  
68161 Mannheim  
Telefon: 0621 293-98 85  
Telefax: 0621 293-47 98 85  
[sozialplanung@mannheim.de](mailto:sozialplanung@mannheim.de)

Stand: 05 2017